



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„ Reden ist Silber, Schweigen Gold?“

Auswirkungen von Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf die politische Handlungsfähigkeit gesellschaftlich benachteiligter Menschen. Am Beispiel der Sozialen Arbeit.

verfasst von

Katrin Formanek, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuerin:

MMag. DDr. Ursula Naue

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Hintergrund der Fragestellung	7
2.1. Definition der Sozialen Arbeit	7
2.2. Gegenwärtige Herausforderungen der Sozialen Arbeit.....	11
2.2.1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit	12
2.2.2. Konsequenzen des New Public Management für die Praxis Sozialer Arbeit	14
2.3. Soziale Arbeit und die Konstruktion des/der anderen.....	18
2.3.1. Zielgruppendefinitionen in der Sozialen Arbeit	23
2.4. Zwischenfazit.....	26
3. Kulturtheoretische Betrachtungen von Differenzkonstruktionen	28
3.1. Differenzkonstruktion und Macht bei Derrida und Foucault	30
3.1.1. Jacques Derrida	30
3.1.2. Michel Foucault	33
3.1.3. Mein Körper, Dies Papier, Dies Feuer	37
3.2. Cultural Studies	40
3.2.1. Stuart Hall.....	41
3.3. Postkoloniale Theorie.....	43
3.3.1. Edward Said	46
3.3.2. Gayatri Chakravorty Spivak	48
3.4. Judith Butler	52
3.5. Giorgio Agamben.....	56
3.6. Zwischenfazit	61
4. Methodische Herangehensweise	65
4.1. Erhebungsverfahren.....	65
4.1.1. Das problemzentrierte Interview.....	66
4.1.2. Die Untersuchungsgruppe.....	68
4.1.3. Kurzfragebogen, erzählgenerierende Problemstellung und Interviewleitfaden	69
4.2. Das Auswertungsverfahren: die qualitative Inhaltsanalyse.....	71
5. Politisches Engagement, Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit aus Sicht der damit beschäftigten Personen	72
5.1. Gründe für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit	72
5.2. Organisationelle Möglichkeiten für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit	74
5.3. Ziele politischer Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit	78

5.4. Konkrete Strategien der Öffentlichkeits- und politischen Lobbyarbeit.....	83
5.5. Einspruch gegen Strafen.....	88
5.6. Einbezug und Feedback der Klient_innen	92
5.7. Politisches Engagement von Klient_innen	97
5.8. Kontakt mit Journalist_innen	101
6. Zusammenführung der theoretischen und empirischen Erkenntnisse.....	106
6.1. Die Konstruktion kollektiver Gruppen und die Zuschreibung kultureller Eigenschaften	107
6.2. Politisches Engagement und kollektive Gruppen	112
6.3. Politisches Engagement in der Sozialen Arbeit.....	116
6.4. Zwischenfazit.....	119
7. Fazit	121
8. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	127
9. Abstract (deutsch)	139
10. Abstract (englisch).....	140
11. Persönliche Erklärung	141
12. Lebenslauf.....	142

1. Einleitung

Den Denkanstoß für diese Arbeit bildete eine Erfahrung, welche ich im Zuge meiner Tätigkeit als Sozialarbeiterin machte, daher soll diese nun cursorisch dargestellt werden. Von 2007 bis 2010 arbeitete ich für eine sozialarbeiterische Beratungsstelle. Plötzlich sollte diese Einrichtung geschlossen, bzw. bestimmte Angebote abgeschafft werden (vgl. Winkler-Hermaden 2010:o.S.). Der genannte Grund hierfür war eine Neugestaltung der baulichen Umgebung, in der sich die Einrichtung befand (vgl. ebenda). Allerdings ging dies auch mit Sanktionen gegen die Klient_innen einher, welche sich in der Nähe der Einrichtung aufhielten, weshalb angenommen werden kann, dass diese möglicherweise unerwünscht waren¹. Dies führte bei Klient_innen der Beratungsstelle zu Ärger, was sich daran zeigt, dass diese begannen, Unterschriften gegen die Schließung der Beratungsstelle zu sammeln. Zuerst machte ich mir hier Gedanken über die politische Handlungsfähigkeit der Sozialarbeiter_innen, die bei der Entscheidung der Schließung ihrer Einrichtung übergangen wurden, da diese sehr kurzfristig informiert wurden. Dann allerdings fiel mir auf, dass auch die Klient_innen den Versuch der Einflussnahme unternommen hatten, der weder von den Sozialarbeiter_innen noch von anderen als ernst zu nehmend zur Kenntnis genommen wurde. Dies erschien mir als fragwürdig, da es meinem Verständnis nach eigentlich ein Ziel der Sozialen Arbeit sein müsste, Klient_innen darin zu unterstützen, an politischen Entscheidungen zu partizipieren. Im Gegenteil hatte ich jedoch das Gefühl, dass Klient_innen diese Fähigkeit oft auch von Sozialarbeiter_innen abgesprochen wurde.

Zweierlei Überlegungen bildeten dann die Grundpfeiler dieser Arbeit. Erstens findet sich hier eine Wahrnehmung aus der Praxis Sozialer Arbeit, wie sie zuvor dargestellt wurde. Fokussiert wird hier der Umstand, dass Sozialarbeiter_innen oft als Expert_innen für die Anliegen der Interessen ihrer Klient_innen wahrgenommen werden und in der Öffentlichkeit auftreten, um für diese zu sprechen. Zweitens gibt es auch eine politik- und kulturwissenschaftliche Überlegung, die darin besteht, dass Menschen oft zu Gruppen geordnet werden, denen bestimmte kulturelle Eigenschaften zugeschrieben werden (vgl. z. B.: Hall 2004). Dies kann problematisch sein, da eine Stigmatisierung aufgrund bestimmter kultureller Eigenschaften stattfinden und dies mit der Aberkennung politischer Handlungsfähigkeit einhergehen kann. Der Zusammenhang zu Ersterem ergibt sich dann durch die Überlegung, dass möglicherweise auch Sozialarbeiter_innen, indem sie über Menschen sprechen, zu der Zuschreibung scheinbar kultureller Eigenschaften zu bestimmten

¹ Vgl. Bericht auf ORF.at. Online unter: <http://wiev1.orf.at/stories/458923> [19.11.2014]

Gruppen beitragen und so auch zu einer Stigmatisierung bzw. Aberkennung politischer Handlungsfähigkeit der Menschen, die sie eigentlich unterstützen wollen.

Grob gesagt beschäftigt sich diese Arbeit daher mit politischer Handlungsfähigkeit gesellschaftlich benachteiligter Menschen. Genauer wird diesem Thema nachgegangen, indem nach der Beeinflussung politischer Handlungsfähigkeit von gesellschaftlich benachteiligten Menschen durch Menschen, welche für diese politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit machen gefragt wird. Eine weitere Eingrenzung ergibt sich dann durch einen speziellen Fokus auf die Soziale Arbeit. Es wurde also gefragt, inwiefern sich das Sprechen über gesellschaftlich benachteiligte Menschen erschwerend auf die Möglichkeiten politischen Engagements dieser auswirken kann. Weitere Fragen, die sich hier dann ergaben, waren, inwiefern in der theoretischen Literatur ein Zusammenhang gesehen wird zwischen der Konstruktion homogener Gruppen, der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften und verschiedenen Möglichkeiten politischen Engagements. Im Bereich der Sozialen Arbeit wurde gefragt, inwiefern Sozialarbeiter_innen oder Personen, die politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, durch ihr Reden über gesellschaftlich benachteiligte Menschen zu einer Zuschreibung von kulturellen Eigenschaften beitragen können, und damit auch zu einer Stigmatisierung bestimmter Menschen. Außerdem interessierte, wie gesellschaftlich benachteiligte Menschen in die politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit eingebunden sind bzw. inwiefern auch eigenständiges politisches Engagement gefördert wird.

Die Literatur, auf die bei diesen Fragestellungen zurückgegriffen werden konnte, befasste sich aus kulturwissenschaftlicher Sicht mit Fragen der kulturellen Zuschreibung von Eigenschaften oder aus politikwissenschaftlicher Perspektive mit dem Zusammenhang von politischer Handlungsfähigkeit und kulturellen Zuschreibungsprozessen. Hier fanden sich zahlreiche Überschneidungen und die Autor_innen, welche herangezogen wurden, waren größtenteils in beiden Bereichen gleichermaßen bekannt und von großer Bedeutung. Bei diesen handelte es sich insbesondere um Jacques Derrida und Michel Foucault, Stuart Hall, Edward Said, Gayatri Chakravorty Spivak, Judith Butler und nicht zuletzt um Giorgio Agamben. Es wurde auf verschiedene Autor_innen zurückgegriffen, da sich so ein umfassenderes Bild ergibt und verschiedene Aspekte beleuchtet werden können. In dem spezifischen Zusammenhang mit Sozialer Arbeit wurden diese Frage bis dato erst in einer Publikation bearbeitet (vgl. Kessl/Plößer 2010), die auch herangezogen wurde.

Für mich war es einerseits aufgrund einer konkreten Erfahrung von großem Interesse, dieses Thema zu bearbeiten. Andererseits auch aus politikwissenschaftlicher Sicht, da es um Fragen von gesellschaftlicher Macht geht und eben im Zusammenhang damit auch um gesellschaftliche Prozesse des Kampfes um politische Handlungsfähigkeit. Außerdem geht es auch um verschiedene politikwissenschaftliche Konzepte politischer Handlungsfähigkeit, die in ihrer Betrachtung dieser erlauben, bestimmte Formen des politischen Handelns zu sehen bzw. auszublenden (vgl. Kreisky 2012:29). Hier wird die Ansicht vertreten, dass es sinnvoll sein kann, politisches Engagement dort zu suchen, wo die Ansicht vorherrscht, dass es nicht zu finden wäre (vgl. dazu Kapitel 5), da so Ausschlüsse in Konzeptionen politischer Handlungsfähigkeit sichtbar werden können. Spannend war für mich außerdem, dass sich hier zeigt, dass theoretische Ansätze einen konkreten Praxisbezug haben. Überlegungen zum Beispiel, wie über Menschen gesprochen wird, können von großer Bedeutung für die Praxis Sozialer Arbeit sein und helfen diese im Sinn ihrer Klient_innen zu verbessern.

Die Bearbeitung dieser Fragestellungen soll einerseits auf einer literaturgestützten theoretischen Auseinandersetzung rund um Prozesse der kulturellen Zuschreibung und politischen Handlungsfähigkeit basieren. Hierdurch soll insbesondere auch ein tieferes Verständnis dieses Zusammenhanges erarbeitet werden. Weiters soll dann mittels Interviews der kulturellen Zuschreibung durch politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für gesellschaftlich benachteiligte Menschen im Kontext der Sozialen Arbeit nachgegangen werden, sowie der Wahrnehmung und Unterstützung politischer Handlungsfähigkeit von gesellschaftlich benachteiligten Menschen durch in diesem Bereich tätige Personen.

Zunächst soll ein Einstieg gefunden werden, in dem ein Problemaufriss erfolgt. Hier wird auf verschiedene Aspekte der Sozialen Arbeit eingegangen (Kapitel 2). Sodann erfolgt eine theoretische Auseinandersetzung mit der Zuschreibung kultureller Eigenschaften zu verschiedenen Gruppen von Menschen (Kapitel 3). In Kapitel 4 wird dann die empirische Herangehensweise erläutert und in Kapitel 5 werden die Ergebnisse der Interviews präsentiert. Abschließend werden dann die Ergebnisse, welche aus der theoretischen Auseinandersetzung resultierten, und jene aus der empirischen Untersuchung zusammengeführt und diskutiert (Kapitel 6). Kapitel 7 bildet als Fazit den Abschluss dieser Arbeit.

2. Hintergrund der Fragestellung

Wie in der Einleitung bereits deutlich wurde, stammt der in dieser Arbeit zu bearbeitende Problemzusammenhang aus dem Bereich der Sozialen Arbeit. In diesem Kapitel soll daher zunächst eine Beschäftigung mit dem stattfinden, was unter dem Begriff der „Sozialen Arbeit“ zu verstehen ist. Zu diesem Zweck werden zuerst einige Definitionen Sozialer Arbeit vorgestellt um so zu einer eigenen zu gelangen. In einem nächsten Schritt wird dann auf Herausforderungen der Sozialen Arbeit eingegangen, vor welchen sich auch die hier zu bearbeitende Forschungsfrage stellt.

2.1. Definition der Sozialen Arbeit

Wird nach einer klaren Beschreibung Sozialer Arbeit gesucht, stellt sich dies als komplex dar, da bei vielen Publikation, welche einen expliziten Bezug auf die Soziale Arbeit im Titel tragen, diese nicht definiert wird (vgl. z. B.: Seithe 2010, Scheu 2011). Des Weiteren fällt auf, dass in Kombinationen wie Soziale Arbeit und Empowerment (Salustowicz 2006) oder Soziale Arbeit und Partizipation (Scheu/Autrata 2013) das Verständnis dessen, was Soziale Arbeit bedeutet, oft vorausgesetzt scheint und nur der zweite Begriff eine genaue Definition erfährt. Dies kann einerseits daraus resultieren, dass sich diese Publikationen an ein Fachpublikum richten, welchem die Bedeutung des Begriffes „Soziale Arbeit“ bekannt ist, andererseits lassen sich in der Literatur vielfältige Hinweise auf ein Identitätsproblem der Sozialen Arbeit (z. B.: Schuhmeyer/Walzl 2010:9, Dimmel 2006:4.) finden, weshalb vermutet werden kann, dass eine klare Bedeutung den Autor_innen oft selbst nicht explizit vor Augen steht.

Dort, wo Definitionen von Sozialer Arbeit angeführt sind, zeigt sich, dass diese nicht einheitlich sind. Im Folgenden sollen einige dieser Ansätze diskutiert werden, um so wichtige Aspekte Sozialer Arbeit herauszuarbeiten.

Der Begriff der „Sozialen Arbeit“ wird laut Kusche und Hermann als Überbegriff für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und auch ehrenamtliches soziales Engagement verwendet (vgl. Kusche/Hermann 1997:118). Laut Werner Thole fielen die Begriffe der Sozialarbeit und Sozialpädagogik im Laufe ihrer Geschichte immer mehr zusammen, weshalb sie heute nicht mehr klar geschieden werden können (vgl. Thole 2012:20). Die Nähe zu ehrenamtlichem sozialen Engagement ergibt sich

einerseits aus der Geschichte der Sozialen Arbeit (siehe dazu z.B.: Kessl/Otto 2009:o.S.), andererseits gibt es auch heute noch in vielen Einrichtungen der Sozialen Arbeit ehrenamtliche Mitarbeiter_innen. Außerdem geht es auch damit einher, dass das Handeln in der Sozialen Arbeit alltagsnah ist und oft gefragt wird, ob dafür Geld gezahlt wird, weshalb ein Bedürfnis besteht, auf die Professionalität hinzuweisen (vgl. Galuske 2002:13). Eine Abgrenzung von ehrenamtlichem sozialen Engagement kann wichtig sein, um zu betonen, dass Soziale Arbeit eine professionelle soziale Dienstleistung ist. Dies soll bedeuten, dass sie spezifisches Handlungswissen voraussetzt, welches in einem Studium erworben wird. Ein weiterer Grund auf unbezahltes ehrenamtliches Engagement zurückzugreifen, kann darin bestehen Kosten zu sparen. Dies wiederum kann zu einer Qualitätsminderung der Sozialen Arbeit führen, da weniger speziell ausgebildete Personen herangezogen werden. Dies soll keine Abwertung beinhalten, da ehrenamtliche Mitarbeiter_innen oft wichtig sind, aber sie sind keine Sozialarbeiter_innen und sollten von diesen klar unterschieden sein. Im Folgenden soll daher das Interesse verberuflichter Sozialer Arbeit gelten, welche abgegrenzt ist von ehrenamtlichem sozialen Engagement. Hierzu findet sich bei Galuske, in einer Fußnote, eine Definition Sozialer Arbeit als

Sammelbegriff für alle Teilbereiche der SozArb/SozPäd (Sozialarbeit/Sozialpädagogik, A.d.V. [M.G.]), die jeweils durch Angebote, Dienste und Veranstaltungen bestimmt werden, in denen die Handlungsmöglichkeiten 'Beraten', 'Erziehung', 'Fürsorge', 'Hilfe' und 'Pflege' mehr oder weniger dominierend sind (Kreft/Mielenz 1996b zit.n. Galuske 2002:21).

Ehrenamtliches soziales Engagement ist hier kein Bestandteil der Definition Sozialer Arbeit. Es zeigt sich auch, dass der Definition keine allzu große Bedeutung zukommt, da sie lediglich in einer Fußnote vorkommt. Weiters ist hier auch erkennbar, dass ein Definitionsversuch der Sozialen Arbeit anhand ihrer verschiedenen Handlungsweisen unternommen wird. Dies kann Sozialarbeiter_innen Selbstbewusstsein in Bezug auf ihre professionellen Fähigkeiten bringen, da sie sich auf ein Handlungsrepertoire beziehen können. Es wäre hier jedoch weiter zu spezifizieren, was es zum Beispiel bedeutet, zu helfen und zu unterstützen. Dies kann dann methodisch ausformuliert werden. Andererseits fehlt aber die Reflexion eines gesellschaftspolitischen Auftrages oder der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, in welche Klient_innen und die Soziale Arbeit selbst eingebunden sind. Anders legt es die International Federation of Social Work (IFSW), eine der internationalen professionellen Vereinigung von Sozialarbeiter_innen, dar:

Soziale Arbeit ist eine Profession, die sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen fördert, um ihr Wohlbefinden zu verbessern. Indem sie sich auf Theorien menschlichen Verhaltens sowie sozialer Systeme als Erklärungsbasis stützt, interveniert Soziale Arbeit am Schnittpunkt zwischen Individuum und Umwelt/Gesellschaft. Dabei sind Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit von fundamentaler Bedeutung (IFSW 2012:o.S.).

In diesem Zitat werden drei unterschiedliche Ebenen, auf welchen Soziale Arbeit wirksam werden kann, angesprochen, diese sind einerseits eine Makro-Ebene, welche auf die gesamte Gesellschaft bezogen ist, eine Mesoebene, die auf zwischenmenschliche Beziehungen fokussiert, sowie eine Mikro-Ebene, welche sich auf das Individuum konzentriert. Es heißt des Weiteren in diesem Zitat, dass Soziale Arbeit zwischen Individuum und Umwelt/Gesellschaft steht und von hier aus handelt. Es kann aber auch so gesehen werden, dass die Soziale Arbeit selbst ein Bestandteil der Umwelt/Gesellschaft ist und von dieser beeinflusst wird. Außerdem wird hier eine normative Leitlinie angesprochen und dass Soziale Arbeit theoriegestützt agiert. Letzteres zeigt sich auch in folgendem Zitat:

Die Soziale Arbeit ist „die wissenschaftliche wie professionelle Erfassung und Bearbeitung sozialer Probleme in ihrem Wechselverhältnis zwischen den Bewältigungsmöglichkeiten der Menschen und den strukturellen Rahmenbedingungen der Gesellschaft“ (Spitzer 2011:59).

In diesem Zitat wird deutlich, dass Soziale Arbeit soziale Probleme wissenschaftlich und professionell bearbeitet. Dies kann dabei helfen, dass sich Soziale Arbeit von der Beeinflussung durch Gesellschaft und Umwelt distanziert und sozusagen eine andere Perspektive in Bezug auf gesellschaftliche Problemlagen einnimmt. Da es sich um gesellschaftliche bzw. soziale Probleme handelt, ist es aber so, dass diese oft nicht von der Sozialen Arbeit definiert werden, sondern gesellschaftlich vorgegeben sind. Die negative Konsequenz hieraus kann sein, wie es Frank Bettinger formuliert, dass Soziale Arbeit die „untertänige Handlangerin und Bearbeiterin ihr vorgegebener „Probleme““ ist (Bettinger 2008: 27). Damit die Soziale Arbeit selbst festlegen kann, was ein soziales Problem ist, müsste sie wohl bestimmte Kriterien für ein solches definieren. Dies findet sich bei der Definition der International Federation of Social Work durch die Bezugnahme auf Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit schon angedeutet, dennoch bleibt die Frage, was ein spezifischer Gegenstand der Sozialen Arbeit ist, da diese normativen Leitlinien nur sehr vage definiert sind und keine objektiven Kriterien festlegen.

Weitere Hinweise darauf, was Aufgabe und Gegenstand der Sozialen Arbeit ist, finden sich auch in folgender Beschreibung:

Soziale Arbeit ist ein vielschichtiges Theorie- und Praxisfeld. Sie ist der Förderung der menschlichen Entwicklung verpflichtet und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit individuellen Krisen und sozialen Problemlagen. Sie sichert und strukturiert soziale Bedingungen dort, wo die Anforderungen gesellschaftlichen Lebens die Möglichkeiten der Selbstbehauptung von Einzelnen oder Gruppen übersteigen (Bakic/Diebäcker/Hammer 2007:1).

Ins Auge sticht hier die Zweiteilung zwischen individuellen Krisen aufseiten des Individuums und gesellschaftlichen sozialen Problemen im zweiten Satz des Zitates. In der vorhergehenden

Definition wurde stärker das Wechselverhältnis beider angesprochen. Der Vorteil, der sich aus einer Trennung ergeben kann, ist, dass der Vorstellung des „hilfsbedürftigen“ Individuums als sozialem gesellschaftlichem Problem vorgebeugt wird. Deutlich wird außerdem, dass die Soziale Arbeit subsidiär tätig wird, was bedeutet, dass sie dort unterstützt, wo andere Ressourcen versagen und wo Menschen oder Gruppen von Menschen ein Problem allein nicht mehr bewältigen können. Dies ist ein zurückhaltender Zugang, der auch die Idealvorstellung in sich trägt, dass die Soziale Arbeit sich selbst unnötig macht, indem sie Lernprozesse anregt. Allerdings kann damit auch die negative Konsequenz einhergehen, dass Menschen beweisen müssen wahrhaft hilfsbedürftig zu sein. Eine letzte Definition soll abschließend herangezogen werden:

Soziale Arbeit verstehen wir als eine auf das Individuum bezogene Form (überwiegend staatlichen Handelns) die ihre Legitimation - trotz ihres kontrollierenden und häufig disziplinierenden Charakters - in hohem Maße aus ihrer individuellen Unterstützungsleistung in Form von Hilfe und Bildung bezieht (Diebäcker/Ranftler/Strahner/Wolfgruber 2009a:14).

Hervorzuheben ist an dieser Definition, dass erstmals die enge Verbindung des Staates und der Sozialen Arbeit angesprochen wird und diese sogar zusammenzufallen scheinen, da Soziale Arbeit staatliches Handeln ist. Weiters wird der Staat von den Autor_innen als ein soziales Verhältnis gedacht, in dem unterschiedliche Interessen miteinander interagieren und zum Ausdruck kommen (vgl. ebenda:14). Außerdem ist es interessant, dass auch auf Aspekte der Sozialen Arbeit, welche von den Autor_innen als negativ beurteilt werden, aufmerksam gemacht wird, welche legitimiert werden durch individuelle Unterstützungsleistung, wodurch sich ein umfassenderes Bild ergibt.

Abschließend soll die Soziale Arbeit definiert werden als eine professionelle soziale Dienstleistung, welche spezifisches Handlungs- und Reflexionswissen integriert. Sie wirkt in zwei Richtungen. Einerseits sind konkrete Individuen Empfänger_innen von Unterstützungsleistungen, andererseits gilt es in der Sozialen Arbeit auch, soziale Bedingungen zu reflektieren, die sich benachteiligend auf bestimmte Individuen auswirken. Ein wichtiges Charakteristikum Sozialer Arbeit ist auch, dass die Empfänger_innen von Dienstleistungen der Sozialen Arbeit nicht die Auftraggeber_innen sind, was die Soziale Arbeit von vielen anderen Dienstleistungsberufen unterscheidet. Dies kann dazu führen, dass der Bedarf an Sozialer Arbeit gegenüber Auftraggeber_innen argumentiert werden muss. Eine weitere Konsequenz kann sein, dass sich die Interessen der Auftraggeber_innen von jenen der Betroffenen unterscheiden und zum Beispiel auf Aspekte der Kontrolle fokussieren oder oberflächliche Problemlösung geboten wird. Diese Konsequenz führt auch zu der Frage, wer Definitionsmacht darüber hat, was ein Problem ist und wie es bearbeitet werden soll. Auf diese soll in Kapitel 2.3. noch zurückzukommen sein.

2.2. Gegenwärtige Herausforderungen der Sozialen Arbeit

Bisher wurden einige Aspekte der Sozialen Arbeit dargelegt. Im folgenden Kapitel soll nun auf gegenwärtige Diskussionen in Bezug auf die gesellschaftliche Einbettung der Sozialen Arbeit eingegangen werden (vgl. Kapitel 2.2.1.), da sich auch die hier zu bearbeitende Fragestellung aus diesem Problemzusammenhang heraus stellt. Diese Auseinandersetzung rund um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit finden sowohl in Deutschland wie auch in Österreich statt, und dies auch in durchaus vergleichbarer Weise, wenn von einigen Besonderheiten, vor allem in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung des Sozialsystems, abgesehen wird (vgl. Bakic/Diebäcker/Hammer 2008:52), daher wird hier auch Literatur aus Deutschland und Österreich herangezogen.

Bei einer Beschäftigung mit der hier verwendeten Literatur lassen sich innerhalb der Sozialen Arbeit zwei unterschiedliche Theoriestränge unterscheiden. Von diesen ist einer fokussiert auf die Produktion von handlungsbezogenem, anleitendem Wissen, wie zum Beispiel Methoden der Sozialen Arbeit (vgl. dazu z.B.: Galuske 2002). Die andere Herangehensweise besteht in einer Thematisierung des Kontexts der Sozialen Arbeit, die hier oft verknüpft ist mit einer Kritik an ebendiesem und einer Aufforderung Akteur_innen sozialer Arbeit sich für die Veränderung der gesellschaftlichen Umwelt zu engagieren (vgl. dazu z.B.: Staub-Bernasconi 2005). Bei dieser zweiten Beschäftigungsweise mit der Sozialen Arbeit fällt auf, dass die Autor_innen homogen argumentieren. Es scheint ein bestimmtes Bild dessen, wie die gegenwärtige Gesellschaft gestaltet ist, vorzuherrschen (vgl. dazu Bakic/Diebäcker/ Hammer 2008, Kessl/Otto 2009, Schuhmeyer/Walzl 2010, Stark 2006 usw. ...) und zu dieser Sichtweise findet sich weder Kritik noch ein alternatives Konzept. Diese Diskussion kann unter dem Titel der „Ökonomisierung der Sozialen Arbeit“ (Diebäcker, Ranftler, Strahner, Wolfgruber 2009a:1) zusammengefasst werden. Sie bezieht sich auf die Veränderung des Wohlfahrtsstaates hin zu einem neoliberalen Wettbewerbsstaat und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit (vgl. ebenda).

Es ist anzunehmen, dass die Soziale Arbeit wesentlich von dieser dominierenden Sichtweise eines neoliberalen Gesellschaftsbildes geprägt ist, da dieses auch in der Literatur überwiegt. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Wahrnehmung der Art und Beschaffenheit von Gesellschaft die Möglichkeiten, welche für Soziale Arbeit in dieser gesehen werden, strukturiert (vgl. Kapitel 2.1.). Wenn zum Beispiel davon ausgegangen wird, dass der

Sozialstaat drastisch abgebaut wird, kann es sein, dass keine neuen Projekte initiiert werden, sondern versucht wird, bestehende zu sichern oder Selbstinitiativen von Bürger_innen zu fördern. Daher soll diese Diskussion nun nachgezeichnet werden.

2.2.1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit

Die gesellschaftlich - staatliche Einbettung der Sozialen Arbeit bedarf einer Auseinandersetzung, da

Soziale Arbeit [...] ein Reflex der Kräfte der Gesellschaft [ist]. Wenn diese Kräfte progressiv sind, dann ist es Soziale Arbeit auch. Und natürlich wird, wenn diese Kräfte nach innen und rückwärts gewandt sind, wird [sic!] Soziale Arbeit als eine gesellschaftliche Institution ebenfalls diesem Zeitgeist folgen (Meyer 1995 zit. nach Staub-Bernasconi 2005:1).

Es zeigt sich in diesem Zitat also, dass Soziale Arbeit in einem Wechselverhältnis mit der Gesellschaft steht (vgl. Kapitel 2.1.). Hierzu ist zu sagen, dass die Soziale Arbeit und ihre Ausgestaltung zu großen Teilen von der Ausgestaltung des Sozialstaats abhängen (vgl. z.B.: Hammer 2006). Diesem kann bis in die 1980er-Jahre eine fortschreitende Ausweitung attestiert werden, worauf dann eine rückläufige Entwicklung folgte (vgl. Tálos 2005:72ff.). Die derzeitige Ausgestaltung der Gesellschaft wird in der Diskussion um die Möglichkeiten der Sozialen Arbeit düster gedeutet und ihre Charakteristika finden sich subsumiert unter den Titel des Neoliberalismus. Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert Neoliberalismus als

Denkrichtung des Liberalismus, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft jedoch nicht ganz ablehnt, sondern auf ein Minimum beschränken will (Bundeszentrale für politische Bildung 2013:o.S.).

Fabian Kessl und Hans-Uwe Otto weisen hier auf die analytische Unschärfe dieses Begriffes hin, der weder politisches Programm noch Theorie darstellt (vgl. Kessl/Otto 2009:o.S.). Trotz dieser Kritik soll der Begriff weiter verwendet werden, da er sich in der Diskussion um gesellschaftliche Veränderungen im Kontext der Sozialen Arbeit sehr häufig findet. Um herauszuarbeiten, was hier unter diesem Begriff zu verstehen ist, wird besonders auf zwei Arbeiten von Diebäcker, Ranftler, Strahner und Wolfgruber mit dem Titel „Neoliberale Strategien und die Regulierung sozialer Organisationen im lokalen Staat“ (2009a) und „Zeugnisse alltäglichen Leidens in sozialen Organisationen“ (2009b) eingegangen, da diese sich besonders mit Veränderungen, die in Wien stattfinden beschäftigen und auch die nachfolgenden Interviews (vgl. Kapitel 5) mit Personen aus Wien geführt wurden .

Einen ersten Aspekt des Neoliberalismus stellt eine Kritik am Staat dar, welche sich auf die Ineffizienz der bürokratischen Organisation des Sozialstaats bezieht, auf dessen Kosten und auf Beschränkungen von Freiheiten (vgl. Diebäcker/Ranftler/Strahner/Wolfgruber 2009a:2). Dass eine derartige Kritik auch die Soziale Arbeit betrifft ist evident, da diese - als Teil der Bürokratie und auch aufgrund ihrer teilweise im Kontext staatlichen Zwanges stattfindenden Interventionen - ebenfalls zum Gegenstand dieser wird. Ein zweiter Aspekt ist die Propagierung der marktförmigen Organisation ehemals nicht marktförmig organisierter Bereiche, wie es viele Angebote der Sozialen Arbeit darstellen (vgl. ebenda).

Aus diesen zwei Aspekten könnte gefolgert werden, dass ein Abbau des Staates durch machtvolle wirtschaftliche oder intellektuelle Eliten angestrebt wird. Es ist aber auch zu sagen, dass sich

der Staat auch in neoliberalen Politikentwürfen [...] nicht einfach zurückzieht, auch wenn mittels antistaatlicher Argumentationen in der Öffentlichkeit der Rückbau des Staates eingefordert wird, sondern selbst eine aktive Rolle spielt und teilweise in neuen Formen auftritt (Diebäcker/Ranftler/Strahner/Wolfgruber 2009a:3).

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass es, so wie es zu keinem Verschwinden des Staates kommt, auch zu keinem der Sozialen Arbeit kommt. Lediglich ihre Funktion wandelt sich, wie sich auch staatliches Handeln verändert. Nachvollziehen lässt sich dies an dem in der Literatur konstatierten Wandel vom Wohlfahrtsstaat zum „aktivierenden Sozialstaat“ (Stelzer-Orthofer 2008:11), welcher ein „Leitbild für einen Paradigmenwechsel zur Gestaltung sozialstaatlicher Sicherung“ (ebenda) ist. Aktiviert wird hierbei, indem eine Leistung verlangt wird. Wird diese erbracht, so wird im Gegenzug der Zugang zu sozialstaatlicher Hilfe erlaubt (vgl. Dimmel 2006:1, Hammer 2008:137, Stelzer-Orthofer 2008:11). Es wird deutlich, dass sozialstaatliche Maßnahmen nicht verschwinden, sondern einer Marktlogik unterworfen werden und hierbei mehr Ressourcen für die Kontrolle aufgewendet werden müssen, ob ein Mensch seine Eigenleistung erbracht hat.

Ein weiterer Aspekt bezieht sich auf die Neuorganisation Sozialer Arbeit. Hier ist als bedeutsame Strategie das „New Public Management“ (NPM) (Bakic/Diebäcker/Hammer 2008:52) zu nennen, welches auch als „wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ (Kellner 2010:60) bezeichnet wird. Allgemein gemeint sind damit Veränderungen, die Colin Crouch als marktwirtschaftliches Management, welches zur privatwirtschaftlichen Umgestaltung des öffentlichen Sektors dient, beschreibt (vgl. Crouch 2008: 102). Es handelt sich dabei um Reformversuche einer, wie zuvor beschrieben, als zu kostenintensiv und freiheitsbeschränkend charakterisierten Bürokratie, die das Ziel haben, größere Effizienz und Qualität in der staatlichen Verwaltung zu realisieren.

Maßnahmen zu diesem Zweck sind unter anderem (Teil-)Privatisierungen, neue Subventionsmodelle, Personalabbau und veränderte Personalführung sowie Effizienz- und Qualitätskontrollen. Diese sollen im folgenden Kapitel im Zusammenhang mit der Praxis Sozialer Arbeit diskutiert werden.

2.2.2. Konsequenzen des New Public Management für die Praxis Sozialer Arbeit

Zuerst soll auf den Aspekt der Teilprivatisierung eingegangen werden, der sich gut am Beispiel des Fonds Soziales Wien (FSW²), eines der größten Auftraggeber der Sozialen Arbeit, nachvollziehen lässt. Was eine solche Teilprivatisierung bedeutet, wird in nachfolgendem Zitat deutlich:

Entsprechend der üblichen Dreiteilung des NPM verbleiben hoheitliche Aufgaben, wie die behördliche Aufsicht oder die Zuerkennung der Sozialhilfe in der öffentlichen Verwaltung. Die Finanzierung und Steuerung obliegt seitdem der „juristisch privaten Person“ FSW und die Durchführung der sozialen Dienste wird neben den FSW-internen „operativen DienstleisterInnen“ überwiegend über private TrägerInnenorganisationen gewährleistet (Diebäcker, Ranftler, Strahner, Wolfgruber 2009a:7).

Diese beschriebene Dreiteilung wirkt sich dann, wie in diesem Zitat dargelegt, so aus, dass der Staat kontrolliert, der FSW, der der staatlichen Verwaltung untersteht, finanziert und soziale Einrichtungen Aufträge ausführen. Auf den ersten Blick ist nicht erkennbar, wie eine solche Verkomplizierung durch die Einrichtung einer neuen Organisation zu mehr Effizienz führen soll. Es kann aber sein, dass Kosten für Mitarbeiter_innen gesenkt werden, da sie nicht mehr direkt bei der Stadt Wien angestellt werden und damit in schlechter bezahlte Vertragsgruppen fallen können. Des Weiteren wird ein Wettbewerb zwischen sozialen Einrichtungen provoziert (vgl. ebenda). Es entsteht ein Machtzuwachs aufseiten des Staates und hier des FSW, da Einrichtungen von der Auftragserteilung abhängig sind.

Verstärkt wird das wohl noch dadurch, dass Leistungsvereinbarungen, Aufträge an soziale Einrichtungen, auf kürzere Zeit befristet werden (vgl. ebenda:8). Es stellt sich außerdem die Frage, nach welchen Kriterien die Vergabe erfolgt. Als Antwort kann gesagt werden, dass sich die „Durchsetzung outputorientierter, ökonomisch-quantifizierender Kategorien und die Abwertung fachlicher Prinzipien Sozialer Arbeit“ (ebenda) verfolgen lässt. Dies bedeutet, dass es wichtiger wird, wie viele Klient_innen betreut werden, als etwa, wie intensiv die Betreuung ist. Dies macht auch die Umstellung der Subventionen von Objektförderung zu Subjektförderung deutlich (vgl.

ebenda). Bei der vormals üblichen Objektförderung wurde eine soziale Einrichtung gefördert, im Zuge der Subjektförderung wird jetzt aber der/die einzelne Klient_in gefördert. Dies kann sich für die Sozialarbeiter_innen als größerer Druck, was Betreuungszahlen angeht, auswirken. Außerdem kommt es zu dem Effekt des „Creaming the poor“, indem die Konzentration mehr auf Klient_innen erfolgt, welche einen schnellen Erfolg versprechen und der „hoffnungslose“ Rest nicht mehr betreut wird (vgl. Dimmel 2006:3). Zieldefinitionen bei der Vergabe setzen außerdem voraus, dass Erfolg in der Sozialen Arbeit klar definiert werden kann. Dem ist zu widersprechen, da es oft nicht eindeutig ist, worin der Erfolg zu sehen ist. Zum Beispiel kann es in der niederschweligen Arbeit mit drogenkonsumierenden Menschen ein Erfolg sein, wenn diese ihren Konsum stabilisieren, oder es ist erst ein Erfolg, wenn jemand abstinent lebt. Des Weiteren zeigt sich hier auch, dass es kein kausales Ursache-Wirkungs-Verhältnis in der Sozialen Arbeit gibt. Letztlich ist es nämlich unklar, was genau ein bestimmtes Verhalten evoziert hat. So schreibt auch Bakic: „Dieser Anspruch an Soziale Arbeit übersieht jedoch die Offenheit von Bildungs- und Entscheidungsprozessen, die sich allgemein im sogenannten „Technologiedefizit“ Sozialer Arbeit zeigen“ (2008:205). Es ist hier auch zu beachten, dass es sich letztlich um Bildungs- und Entscheidungsprozesse der Klient_innen handelt und die Soziale Arbeit diese lediglich unterstützen, aber nicht ohne diese durchführen kann.

Eine andere interessante Novität im Zuge dieser Transformationen ist auch die Einführung des „KundInnenbegriffs“ (vgl. Stark 2006). Es zeigt sich hier dass ein Begriff, der eine positive Neuerung verspricht, wie hier die Aufwertung der Stellung der Adressat_innen der Sozialen Arbeit, diese eigentlich nicht beinhaltet. Zentrale Charakteristika eines/einer Kund_in können in der Freiwilligkeit, sich zwischen verschiedenen Produkten zu entscheiden, gesehen werden (vgl. ebenda:3). Dies trifft in der Sozialen Arbeit oft nicht zu. Es zeigt sich vielmehr, dass der Kund_innenbegriff ein anderes Verhältnis verschleiert und zwar, dass der/die eigentliche Kund_in im NPM eigentlich Financier, bzw. Auftraggeber_in und der/die vermeintliche Kund_in, der/die Adressat_in der Sozialen Arbeit bloß eine ökonomische Kennziffer ist (vgl. ebenda: 5). Es wäre hier die Auseinandersetzung mit einem möglicherweise hierarchischen Sozialarbeiter_innen-Klient_innen-Verhältnis wichtig. Außerdem ist es sinnvoll, die Rollenaufteilung klar im Auge zu behalten, denn nur so kann sie in ihren Auswirkungen erfasst und versucht werden, neue Handlungsräume, wo die vorhandenen zu einschränkend sind, zu suchen.

² <http://www.fsw.at/> [2.12.2014]

Eine weitere Folge ist auch die veränderte Rollenaufteilung innerhalb von Organisationen Sozialer Arbeit, auf welche nun eingegangen werden soll. Diebäcker, Ranftler, Strahner und Wolfgruber folgend ist „...davon auszugehen, dass die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit die Ausbildung von Hierarchien und das Entstehen von Distanz zwischen den Organisationsebenen innerhalb einer Einrichtung fördert“ (2009b:2), weiters heißt es dann auch, dass „[s]trategische Aufgaben und Funktionen wie Finanzverwaltung, Vertragsverhandlungen, Personalentwicklung oder Öffentlichkeitsarbeit [...] stärker auf Leitungsebene gebündelt“ (ebenda) werden. Es zeigt sich hier, dass die Distanz daraus resultieren kann, dass die Aufgaben sehr stark divergieren. Während in einer Organisation also von Sozialarbeiter_innen Soziale Arbeit gemacht wird, kommen jetzt auch Aufgabenfelder hinzu, für die möglicherweise eigens ausgebildete Spezialist_innen eingestellt werden. Dies kann mehrere Konsequenzen nach sich ziehen. Einerseits wird die fachlich-inhaltliche Kommunikation von den Sozialarbeiter_innen mit der Leitungsebene schwieriger (vgl. ebenda). Es werden hier von der Leitung oft Ziele vorgegeben, die nicht den fachlichen Standards der Sozialarbeiter_innen entsprechen (vgl. ebenda:3). Es ist anzunehmen, dass die Übertragung der Leitungsebene an Personen, die für eine privatwirtschaftliche Ausrichtung anhand von Kriterien der Effizienz und Kostensenkung zuständig sind, zu einer Veränderung der Sozialen Arbeit möglicherweise viel beitragen. Des Weiteren wird Öffentlichkeitsarbeit im Kontext der Sozialen Arbeit dann von Personen betrieben, die keine Sozialarbeiter_innen sind. Dies kann eine große Minderung an politischer Handlungsfähigkeit darstellen, da die Sozialarbeiter_innen sprachlos werden.

Eine Vernetzung von Sozialarbeiter_innen untereinander kann wichtig sein, da so versucht werden könnte, sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam zu sprechen. Allerdings ist auch dies unter Bedingungen der neoliberalen Restrukturierung der Sozialen Arbeit schwierig, denn

[a]us dem Blickwinkel der MitarbeiterInnen unterer Organisationsebenen nimmt die interorganisationale Kooperationsbereitschaft auf höheren Ebenen ab, da diese politischstrategisch agieren und um staatliche Aufträge konkurrieren würden. (Diebäcker, Ranftler, Strahner, Wolfgruber 2009a:12).

Es müsste hier also Vernetzung hinter dem Rücken der Leitungen stattfinden, da diese nicht erwünscht ist. Wenn noch berücksichtigt wird, dass Zeitressourcen knapper werden, wird evident, wie zersplitternd sich dies auf die Sozialarbeiter_innen auswirkt.

Eine andere Richtung aus der Anregung zu Reflexionsprozessen über die Veränderungen in der Praxis Sozialer Arbeit kommen ist die Wissenschaft, welche sich mit Sozialer Arbeit beschäftigt.

So wird z. B. von Bakic, Diebäcker und Hammer vorgeschlagen Gegenvorschläge zu der derzeitigen Leistungserbringung zu entwickeln, die dem professionellen Handeln von Sozialarbeiter_innen entsprechen (vgl. 2008:54). Allerdings ist zu beachten, wie diese auch einwenden, dass es hierzu zeitlicher und finanzieller Ressourcen bedarf (vgl.ebenda).

In der bisher erfolgten Auseinandersetzung wurden zu einem großen Teil Texte herangezogen, welche im Kontext von Fachhochschulen entwickelt wurden³ (vgl. Bakic/Diebäcker/Hammer 2008, Diebäcker/Ranftler/Strahner/Wolgruber 2009 a und b, Schuhmeyer/Walzl 2010, Kellner 2010, Dimmel 2006, Staub-Bernasconi 2005 usw.). Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass an Fachhochschulen anwendungsbezogen geforscht werden soll (vgl. Lenz 2012:308). Interessant ist, dass Lenz erwähnt, dass lange Zeit eine Skepsis von Sozialarbeiter_innen gegenüber der angeblich praxisfernen Wissenschaft vorherrschte. Dahingegen kommt es in jüngerer Zeit bedingt durch die Ökonomisierung und einen damit einhergehenden Legitimierungsdruck zu einem erhöhten Bedarf an Forschung (vgl. ebenda:309). Dieser kann durch die Anwendungsbezogenheit der Fachhochschulen befriedigt werden. Allerdings wird dort Wissen produziert, welches dazu dient, die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit zu unterstützen (ebenda:310). Wichtig wäre jedoch auch eine Forschung, welche nicht nur Wissen für die Praxis generiert, sondern auch für kritische Reflexionsprozesse Abstand zu dieser nimmt, wie es im Kontext dieser Arbeit versucht werden soll.

³ Es ist anzumerken, dass es innerhalb von Organisationen der Sozialen Arbeit zumeist keine Forschungsbemühungen gibt. In Österreich findet die Ausbildung von Sozialarbeiter_innen an Fachhochschulen statt, daher ist auch die Forschung hauptsächlich an diesen angesiedelt oder liegt in den Händen engagierter Einzelpersonen.

2.3. Soziale Arbeit und die Konstruktion des/der anderen

Nach dem in den vorhergehenden Kapiteln auf einige Aspekte eingegangen wurde, welche die Soziale Arbeit charakterisieren (siehe Kapitel 2.1.), und auch auf die Rahmenbedingungen, in die Soziale Arbeit eingebettet ist (siehe Kapitel 2.2.), soll nun einer Konsequenz nachgegangen werden, die als damit zusammenhängend betrachtet wird. Diese Konsequenz besteht in einer spezifischen Art der Konstruktion unterschiedlicher Adressat_innengruppe durch die Soziale Arbeit. Zuerst wird daher darauf eingegangen, warum es zu der Konstruktion der/des anderen in der Sozialen Arbeit kommen kann, dann sollen einige Aspekte näher beleuchtet werden. Die verwendete Literatur entstammt vorerst dem Bereich der Sozialen Arbeit. In Kapitel 3 soll dann eine kulturwissenschaftliche theoretische Reflexion dieser Sachverhalte folgen.

In Kapitel 2.2. wurde darauf eingegangen, dass Soziale Arbeit unter Bedingungen neoliberaler Transformationen einem erhöhten Legitimationsdruck ausgesetzt ist. Eine Möglichkeit der Legitimation kann sein, verstärkt Aufträge von staatlicher Seite wahrzunehmen und auf die eigene Formulierung von Aufgaben zu verzichten. Die Legitimation erfolgt dann aufgrund der Beauftragung. Allerdings dienen Bemühungen der Eigenlegitimation gerade auch dazu, sich von dieser Beauftragung nach fachlichen Kriterien abgrenzen zu können und einem auch normativen Auftrag im Sinn der Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit nachzukommen, worauf im vorhergehendem Kapitel (siehe Kapitel 2.1.) hingewiesen wurde. Eine andere Strategie kann es sein, den Bedarf an Sozialer Arbeit in der Gesellschaft zu propagieren (vgl. Mecheril/ Melter 2010:124). Dieser kann aufgezeigt werden, wenn in der Gesellschaft Menschen identifiziert werden, die ein wie auch immer geartetes Problem zu haben scheinen. Für die Ableitung eines Bearbeitungsauftrages an die Soziale Arbeit kann es in dieser Logik neben der Identifikation von hilfsbedürftigen Menschen darüber hinaus notwendig sein, dass diese Menschen nicht nur ein Problem haben, sondern auch ein Problem für die Gesellschaft sind. In Kapitel 2.2. wurde beschrieben, dass alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einer privatwirtschaftlichen Logik untergeordnet werden sollen. Dieser entspricht es dann auch, dass sozialarbeiterische Leistungen einen Nutzen für Steuerzahler_innen haben sollen und nicht zum Beispiel durch Solidarität gerechtfertigt werden. Dieser Nutzen ist etwa gegeben, wenn kriminelle Menschen zu rechtschaffenen werden. Es zeigt sich hier auch eine Problematisierung einzelner Gruppen von Menschen. Frank Bettinger weist hier daraufhin, dass bei einem solchen Vorgehen Legitimität erzielt werden kann durch die „Bewältigung einer konkreten, bearbeitbaren Praxis“ (2008:30), anstatt der Bearbeitung struktureller Probleme.

Zuerst soll auf die Defizitorientierung hingewiesen werden, die mit einer solchen Form der Selbstlegitimation einhergeht. Es werden gesellschaftliche Ungleichheiten, wie zuvor schon angedeutet wurde, als Probleme der einzelnen Menschen gedeutet und als solche versucht zu bearbeiten (vgl. ebenda:31). Dies geschieht zum Beispiel, wenn es einen Mangel an Arbeitsplätzen gibt, die Schuld an der Arbeitslosigkeit aber dem/der Arbeitslosen zugeschrieben wird. Die Problembearbeitung erfolgt dann durch den Versuch, die Arbeitslosigkeit z. B. durch Qualifizierungsmaßnahmen auf individueller Ebene zu beheben. Weiters ist mit der Defizitorientierung aber auch gemeint, dass die Konzentration allein auf vermeintliche Schwächen der Klient_innen gerichtet ist, da diese Soziale Arbeit notwendig machen. Hier können Stärken, welche ebenso vorhanden sind, aus dem Blick geraten. Zum Beispiel kann Drogenabhängigkeit einerseits als bloße Krankheit gesehen werden. In dieser Sicht sind Drogensüchtige Menschen, die „sich aufgegeben haben“. Andererseits kann aber der Konsum von Drogen auch als ein Versuch gesehen werden, den Alltag zu bewältigen, was dem drogenkonsumierenden Menschen mehr Handlungsmacht in Bezug auf die Gestaltung des Lebens zugesteht.

Neben der Defizitorientierung kann noch eine weitere Form der Identifizierung von Klient_innengruppen beschrieben werden. Diese bezieht sich auf die Konstruktion einer Differenz von einer gegebenen Norm (vgl. Kessl/ Plößer 2010:8). Die Abweichung von einer Norm verlangt dann eine Intervention mit dem Ziel, die betroffenen Menschen wieder an diese anzupassen. Es ist zwar so, dass Defizitorientierung und Differenzkonstruktion oft zusammenfallen, dies muss jedoch nicht unbedingt der Fall sein. Es kann sein, dass die Konstruktion einer Differenz ein Defizit begründet, andererseits kann es auch sein, dass die Differenz nicht auf ein Defizit zurückgeführt wird, wodurch dann nicht helfende Interventionen, sondern eher kontrollierende und disziplinierende notwendig werden. Differenz muss aber auch nicht immer negativ gemeint sein. Es ist auch daraufhinzuweisen, dass es in jüngerer Zeit vermehrt Versuche gab, Differenzen aufzuwerten. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Betonung der Wichtigkeit von Diversität. Hier macht Catrin Heite darauf aufmerksam, dass „wenn statt von „abzuschaffender Ungleichheit“ von „aner kennenswerter Differenz“ die Rede ist, [...] damit weniger strukturelle Benachteiligung, sondern per se wertvoll erscheinende gruppenspezifische und individuelle Andersheit diskutiert [wird]“ (2010:188). Es zeigt sich also, dass die ungleichheitsgenerierenden Faktoren hier aus dem Blick geraten und im Zuge einer Umdeutung gelöst werden sollen, welche bei den als different Konstruierten ansetzt.

Es wird also etwas als different bestimmt. Das setzt eine gesellschaftliche Norm voraus (vgl. dazu auch Kapitel 3.1.2.). Durch die Bestimmung der abweichenden wird dieser Bezugsrahmen bestätigt (vgl. Groß 2010: 40). So schreibt auch Schütte-Bäumner, dass „[d]er Herstellungsprozess „des Sozialen“ [...] durch ein aktives Tun determiniert [ist]. Man könnte in diesem Zusammenhang durchaus auch vom praktischen Vollzug des Kulturellen, oder vom „doing culture“ sprechen“(2010:78). Hier ist anzumerken, dass nicht nur der Bezugsrahmen für normabweichendes Verhalten hergestellt wird, sondern diesem auch eine eigene Kultur zugeschrieben wird. Dies wird zum Beispiel in Wortkombinationen deutlich wie: „Kultur der Armut“ (Lewis 1998 zit. nach Dimmel 2009:332), „unterschiedliche Milieus jugendlicher Peers, „Kulturen“ der Suchtabhängigkeit oder [wenn] die [...] kulturelle Differenzen zwischen Arbeiterhaushalten und Akademikerfamilien“ (Eppenstein 2010:97) betont werden. Diese Kulturalisierungen sozialer Phänomene können durchaus als zusammenhängend mit der Konstruktion von Differenzen gesehen werden, denn durch diese werden homogene Gruppen geschaffen, denen dann leicht eine spezifische Kultur zugeschrieben werden kann. Besonders deutlich lässt sich dies auch an der Debatte rund um die „neue Unterschicht“ (Nolte 2004 zit. nach Kessl 2009:1) verfolgen. Hier wird eine durch sozioökonomische Benachteiligung bestimmte Gruppe mit vermeintlichen kulturellen Eigenschaften ausgestattet, wie z.B.: ungesundem Essen, dauerndem Fernsehen, Faulheit usw. In weiterer Folge werden dann diese kulturellen Eigenschaften als Hindernis in Bezug auf gesellschaftlichen Aufstieg gedeutet, weil sie am Arbeiten hinderten. Es wird hier die Schuld an Problemen, die eigentlich gesellschaftlich verursacht sind, kulturalisiert und den Betroffenen zugesprochen, die sich daher auch selbst helfen sollen, was wieder in engem Zusammenhang mit zuvor diskutierten neoliberalen Transformationen steht.

Interessant ist auch, dass in der Sozialen Arbeit von einigen ein Bedarf darin gesehen wird, Differenzen aufrechtzuerhalten. So besteht die Angst, dass „Frauenhäuser, Antidiskriminierungsbüros, antirassistische Projekte oder Mädchentreffs [...] durch die Normalisierung von Differenz und Andersheit, beispielsweise durch allgemeine Mainstreaming-Prozesse, als überflüssig markiert werden“ (Kessl/Plöber 2010:9). Dies ist eine fragwürdige Betrachtung, da diese Projekte nicht durch die Differenz von Menschen, z.B.: dass jemand eine Frau ist, gerechtfertigt werden, sondern dadurch, dass es ein gesellschaftliches Problem der Gewalt gegen Frauen gibt.

Es ist des Weiteren auch zu beachten, dass gerade der Wissenschaft im Kontext der Sozialen Arbeit eine große Rolle bei der Konstruktion der Klient_innengruppen als den anderen zukommt. In Kapitel 2.2.1. wurde schon darauf hingewiesen, dass gerade in jüngerer Zeit wissenschaftliches Wissen zu Zwecken der Legitimation Sozialer Arbeit verwendet wird. Im Kontext dieser Arbeit wird die Ansicht vertreten, dass es sich dabei nicht nur um Wissen etwa über methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit handelt, sondern auch um die Generierung von Wissen über spezifische Zielgruppen, wie im nächsten Kapitel noch gezeigt werden soll (siehe Kapitel 2.3.1). Hiermit gehen bestimmte Gefahren für Menschen, welche Gegenstand dieser Forschung sind, einher. So schreibt Ljubomir Bratic: „Ihr Ergebnis ist, dass neue Klientengruppen identifiziert werden und diese rasch vom Marktgeschehen absorbiert und als Ware gehandelt werden. Diejenigen, die keine „Kunden“ sein können, werden Objekte, deren Ruhigstellung dem Bestbieter erteilt wird“ (2004:36). In diesem Zitat drückt sich eine Verobjektivierung von Klient_innengruppen aus, da sie nicht die wirklichen zahlenden Kund_innen sind (vgl. Kapitel 2.2.2.). Diese Verobjektivierung führt dann weiterhin auch zu dem Problem, dass Menschen daran gehindert werden mitzuentcheiden, wie sie wahrgenommen werden wollen, und dass sie daran gehindert werden, in einen Diskurs darüber mit anderen zu treten, in dem auch Gemeinsamkeiten gefunden werden können, weil vermeintlich schon alles über sie bekannt ist. In diesem Sinn schreiben auch Moser und Schenk: „Wer der Perspektive, die andere bestimmen, ausgeliefert ist, ist fremd. Der Blickwinkel entscheidet. Wer bleibt unsichtbar, wer bekommt die Deutungsmacht?“ (2009:411) Interessant ist, dass in diesem Zitat dargestellt ist, dass durch das Bestimmtwerden durch andere eine Entfremdung stattfindet. Einerseits geschieht dies durch die Zuschreibung als der/die andere, andererseits findet aber auch eine Entfremdung von sich selbst statt, da dem Bild, das andere von einem haben, zu entsprechen ist (vgl. Kapitel 3.3.2., Kapitel 3.3.3.).

Die Frage der Deutungsmacht ist auch in einem professionstheoretischen Zusammenhang von Interesse:

So gesehen hat Soziale Arbeit es immer schon mit „Anderen“ zu tun: Mit anderen Geldgebern, mit eigenen und anderen Trägern, mit anderen Kollegen und Kolleginnen (...) Im Mit- und Gegeneinander dieser unterschiedlichen Ebenen und Akteure steht jeder Begründungszwang für sozialarbeiterische Interventionen vor dem grundsätzlichen Dilemma der auch machtpolitisch vorzunehmenden Klärung, wer hier eigentlich wem eine angemessene Deutungsmacht über zugrunde liegende Probleme, Problemsichten und deren angemessene Bearbeitung zuerkennt (Eppenstein 2010:100).

Die Soziale Arbeit steht also in einem Konkurrenzkampf um Deutungsmacht mit anderen Professionen. Wenn dieser Umstand betrachtet wird, dann erscheint es als verständlich, dass die

Soziale Arbeit sich diese Deutungsmacht nicht nehmen lassen will. Außerdem dient die Abgrenzung von den anderen, wie zuvor schon angedeutet wurde, auch immer der Vergewisserung des Eigenen. Schütte-Bäumner schreibt hierzu: „Soziale Arbeit bezieht sich gerne auf Identitäten: Sie versucht, ihr eigenes Selbstverständnis als professionelle Identität zu formulieren, und geht dabei zugleich von einer spezifischen Identität „ihrer Adressatengruppe“ aus“ (2010:78). Interessant ist hier, dass von Schütte-Bäumner die identitäre Abgrenzung anhand der AIDS-Hilfen in seinem Beitrag hinterfragt wird (vgl. ebenda:77ff:). Er weist darauf hin, dass bei Sozialarbeiter_innen, die in diesem Bereich arbeiten, selbst unterschiedliche Grade der Betroffenheit vorhanden sind (vgl. ebenda:85), dass die Klient_innen hier also nicht die ganz anderen sind, sondern auch Gemeinsamkeiten vorhanden sind. Dies kann auch auf andere Bereiche zu treffen, zum Beispiel kann es sein, dass Sozialarbeiter_innen selbst schon arbeitslos waren, Migrationserfahrung haben, oder Erfahrung mit dem Konsum von Suchtmitteln gemacht haben. Diese Erfahrungen werden ausgeklammert, wenn von der Sozialen Arbeit als wissenschaftlicher Profession fortwährend eine Beobachterperspektive abverlangt wird (vgl. Dederich 2010:180). Angesichts der defizitären Konstruktion von Differenzen erscheint eigene Betroffenheit durchaus auch Gefahren der Abwertung Sozialer Arbeit zu beinhalten. Allerdings wird hier deutlich, dass bei dem Versuch, Differenzen abzubauen und so Homogenisierungen, Essenzialisierungen und damit verbundene Stigmatisierungen zu vermeiden, gerade auch die Identität Sozialer Arbeit reflektiert werden muss.

Abschließend kann hierzu gesagt werden, dass ein Verständnis, das die Soziale Arbeit als Disziplin für Menschen, die von sozialen Problemen betroffen sind, sieht und ihr in Bezug auf diese Deutungsmacht zuspricht, große Nachteile gerade für ihre Klient_innen mit sich bringt. Es zeigt sich hier ein komplexes Spannungsfeld zwischen Versuchen, Handlungsmöglichkeiten durch Hinweise auf Bedürfnislagen von Klient_innen zu erweitern, und diese Menschen gerade hierdurch einzuengen. Dies soll anschließend in Kapitel 3 mit Hilfe bestimmter theoretischer Ansätze vertiefend betrachtet werden.

2.3.1. Zielgruppendefinitionen in der Sozialen Arbeit

Im vorangegangenen Kapitel wurden mögliche Gründe für die Konstruktion des anderen in der Sozialen Arbeit herausgearbeitet und gezeigt, wie dies mit spezifischen Rahmenbedingungen in der Sozialen Arbeit, die einen erhöhten Legitimationsdruck bedingen, einhergehen kann. Nun folgend soll eine beispielhafte Beschäftigung mit der Praxis erfolgen, indem auf einige Forschungsarbeiten im Kontext Sozialer Arbeit, sowie auf Zielgruppendefinitionen von Einrichtungen Sozialer Arbeit eingegangen wird. Zu einem großen Teil stammen die Texte, welche nun herangezogen wurden, aus dem Umfeld der Suchthilfe. Dies resultiert daraus, dass sich hier besonders gute Beispiele fanden, weil es sich um eine speziell stigmatisierte Zielgruppe handelt. Diese sollen paradigmatisch für die Soziale Arbeit herangezogen werden. Vorweg muss gesagt werden, dass professionelles Wissen über Menschen, die die Soziale Arbeit erreichen will, notwendig sein kann, dennoch ist es wichtig, auch negative Konsequenzen dieses Wissens im Blick zu behalten.

Ljubomir Bratic beschreibt in seiner Auseinandersetzung mit Peter Pantucek „Sie haben ein Problem. Soziale Arbeit als Form des Regierens“ (2004), wie einzelne Risikogruppen von der Sozialen Arbeit identifiziert und hergestellt werden (vgl. ebenda:1). Hierbei kritisiert er, dass dies anhand der Gruppierung von einzelnen Merkmalen geschieht und der Kontext der Lebensbedingungen nicht genügend betrachtet wird (vgl. ebenda). Der Begriff der Risikogruppen findet sich häufig in Arbeiten, welche sich mit Drogenkonsum beschäftigen und versuchen, Konsumtypen zu identifizieren (vgl. Grünmayer 2013, Eggerth/Keller-Ressel/Lachout/Schmid 2005). Dies geschieht zum Beispiel bei Eggerth, Keller-Ressel, Lachout und Schmid, indem erhoben wird, was, wie oft und wie viel in den letzten 30 Tagen an Suchtmitteln konsumiert wurde (ebenda: 14). In der Folge lassen sich hier Menschen zu Gruppen ordnen und problematisieren, wobei etwaige Heterogenität und Kontextbedingungen außer Acht gelassen werden. Schlussfolgerungen, die dann daraus gezogen werden, sind etwa folgende:

- FreizeitdrogenkonsumentInnen im Partysetting sind keine homogene Gruppe, sondern lassen sich in unterschiedliche charakteristische Konsumtypen einteilen.
- Die „Hochrisikogruppe“ sowie die Gruppe der „CannabiskonsumentInnen mit Gelegenheitskonsum anderer Freizeitdrogen“ zeigen sehr problematische Konsummuster, letztere Gruppe gewinnt angesichts ihrer wachsenden Größe zunehmend an Bedeutung.
- Ein Großteil der von sekundärpräventiven, aufsuchenden Programmen erreichten Personen wird von traditionellen Einrichtungen nicht erreicht. [...] (Eggerth/ Keller-Ressel/ Lachout/ Schmid 2005: 32).

In Bezug auf den ersten Punkt ist interessant, dass aus der Wahrnehmung, dass es sich um heterogene Gruppen handelt, nicht der Schluss gezogen wird, dass Menschen verschieden sind,

sondern, dass kleinere Subgruppen gebildet werden, die sich in Bezug auf den Konsum von Suchtmitteln unterscheiden. Für diese werden spezifische Angebote formuliert, wodurch es zu Differenzierungen von Menschen kommt, die möglicherweise auch Gemeinsamkeiten entdecken könnten, und strukturelle Ursachen aus dem Blick geraten können. Der zweite Punkt wirft die Frage auf, für wen genau die Konsummuster sehr problematisch sind und wer hier Definitionsmacht hat. Es wäre interessant zu wissen, inwiefern solche Dokumente von den betroffenen Menschen rezipiert werden und wie sich das Wissen, zum Beispiel der Hochrisikogruppe anzugehören, auf diese auswirkt. Außerdem ist interessant, wie sich hier ein Auftrag für die Soziale Arbeit ableitet. Dies geschieht einerseits durch den Hinweis auf den problematischen Konsum, die Größe der Gruppen und darauf, dass diese von anderen Einrichtungen nicht erreicht wird. Es zeigt sich die schon in Kapitel 2.3. angesprochene Defizitorientierung.

In der Arbeit von Grünmayer findet sich ebenfalls die Identifikation einer Hochrisikogruppe der Benzodiazepinkonsument_innen, die sich dadurch auszeichnet, dass sie „gelegentlich hohe Dosen zu sich nimmt“ (Grünmayer 2013:2). Als Konsequenz wird hier daraufhingewiesen, dass

die Personen, die einen regelmäßigen Konsum aufweisen und sich somit höchstwahrscheinlich in einer sozial-medizinischen Behandlung befinden, seltener über die Grenzmengen hinaus konsumieren. Das spricht für eine gezielte und kontrollierte Abgabe von Benzodiazepinen mit einer sozialen Unterstützung (Grünmayer 2013:4).

Es ist hier wieder die Frage, wessen Wunsch der kontrollierte Konsum von Benzodiazepinen ist. Ins Auge sticht überdies der Aspekt der Kontrolle, welcher an sozialmedizinischen Einrichtungen als positiv bewertet wird. Was sich in beiden dieser Arbeiten nicht findet, ist die Frage, wofür sich Menschen die Soziale Arbeit als Unterstützung wünschen.

In den vergangenen Jahren entwickelte die Wiener Wohnungslosenhilfe ein innovatives Konzept in Bezug auf Wohnen für wohnungslose Menschen. Dieses nennt sich Housing-First, da es ursprünglich aus den USA stammt. Der Kernpunkt dieses Konzeptes ist, dass wohnungslose Menschen, ohne erst lange Zeit in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe zu verbringen, gleich eine eigene Wohnung bekommen sollen und ihnen ein/e Sozialarbeiter_in zur Unterstützung zur Seite steht (vgl. Halbartschlager/Hammer/Kufner/Reiter 2011). Dies ist tatsächlich eine große Verbesserung, allerdings besteht Bedenken, ob es dadurch nicht zu einem „Creaming the poor“ (vgl. Kapitel 2.2.2.) kommen kann. In folgender Definition von Housing-First zeigen sich mögliche Ausschlüsse von bestimmten Menschen:

Ausschlusskriterien für eine Aufnahme: kein rechtmäßiger Aufenthalt in Österreich; akuter illegaler Drogenkonsum ohne stabile und kontinuierliche medizinische Behandlung; Pflegebedarf, der eine dauerhafte stationäre Pflege und Betreuung erforderlich macht; akute Selbst- und/oder Fremdgefährdung; Verhaltensweisen, die das Sozialgefüge des Wohnumfeldes nachhaltig und in so hohem Ausmaß beeinträchtigen, dass ein institutionelles Setting indiziert erscheint.

Mit Ziel vielfältiger Lernerfahrungen im Pilotprojekt wurde die Zielgruppe bewusst sehr offen definiert. Jedenfalls auch integriert sind Personen in temporären Notlagen, Personen mit Hospitalisierungseffekten, Personen für die bislang in der WWH [Wiener Wohnungslosenhilfe] kein adäquates Angebot geschaffen werden konnte, junge Erwachsene, Personen mit Suchterkrankungen. Erwartet wird, dass die Ergebnisse der Evaluierung Rückschlüsse auf eine eventuell spezifischere Zielgruppendefinition für Housing-First-Projekte mit ähnlicher Ausrichtung wie das Pilotprojekt des Neunerhauses zulässt (Ganahl/Halbartschlager/Hammer/Harner/Schäfer 2013: 6).

Der Eindruck entsteht, dass es sich bei den ausgeschlossenen um eine „hoffnungslose“ Zielgruppe handelt, die keine Veränderungsabsichten hat.

In einer Kritik an der Wiener Wohnungslosenhilfe heißt es dann auch:

Die Wohnungslosenhilfe scheint mir noch immer sehr stark von pädagogischen und auch normierenden Prinzipien dominiert. Im Zusammenhang mit DrogenkonsumentInnen sind immer wieder Zuschreibungen wie - keine Vertragsfähigkeit, keine Wohnfähigkeit, keine Integrationsfähigkeit – zu vernehmen, die sehr stark auf das Vorhandensein einer ganz bestimmten Vorstellung davon hindeuten, was diese Fähigkeiten auszeichnet und was nicht. Das Vorhandensein dieser Fähigkeiten ist an den Zugang bzw. den Erhalt eines Wohnplatzes geknüpft (Putre 2006: 45).

Interessant ist, dass die Kritik normierend zu sein, der der Wohnungslosenhilfe gemacht wird, auch die Drogenhilfe trifft, und eigentlich von beiden negative Charakteristika bei der Zielgruppendefinition herangezogen werden, allerdings in dem einen Fall akzeptierend, in dem anderen benachteiligend. Es verwundert nicht weiter, dass diese Merkmale auch zur Differenzierung und Abgrenzung der Menschen untereinander genutzt werden. Das geschieht etwa, wenn in Interviews mit drogenkonsumierenden Menschen von Putre „[d]ie Rivalität bzw. Konflikte zwischen den DrogenkonsumentInnen und den „normalen Obdachlosen = Alkoholikern“ [...] von den Befragten mehrmals thematisiert [werden]“ (ebenda:70). Es werden Differenzen zwischen Menschen unter anderem durch die Soziale Arbeit verstärkt, welche homogene Gruppen formuliert, anstatt Gemeinsamkeiten von Menschen herauszuarbeiten, die zum Beispiel in den Ausgrenzungserfahrungen gefunden werden könnten und es erlauben würden, strukturelle Faktoren in den Blick zu nehmen.

Abschließend soll nun nochmals auf die Ausblendung struktureller Faktoren eingegangen werden. Es ist zu sagen, dass sich diese beim Konzept von Housing First angesprochen finden, wenn auf strukturelle Probleme des Wohnungsmarktes hingewiesen wird (vgl.

Halbartschlager/Hammer/Kufner/Reiter 2011:10). Allerdings wird wenig getan um diesen zu begegnen, wenn der Ausschluss von drogensüchtigen Menschen, die nicht stabil genug konsumieren, fortgesetzt wird. Nicht der Fall ist dies häufig bei Dokumenten, welche aus dem Bereich der Suchthilfe stammen. Hier kann es sein, dass Sucht, wie auch zum Beispiel eine psychiatrische Erkrankung oder eine Behinderung stärker als medizinische Erkrankungen gedeutet werden und deshalb eine Ausblendung struktureller Faktoren geschieht, während es unter anderen Bedingungen vielleicht weniger Probleme gäbe.

2.4. Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde Soziale Arbeit definiert als professionelle soziale Dienstleistung, die spezifisches Handlungswissen und Reflexionswissen inkludiert (vgl. Kapitel 2.1.). Handlungswissen dient zur Unterstützung von Individuen bei spezifischen Problemlagen. Reflexionswissen ist in der Sozialen Arbeit wichtig, da auch soziale Bedingungen zu betrachten sind, welche sich benachteiligend auf Menschen auswirken. Ein wichtiges Charakteristikum Sozialer Arbeit ist auch, dass die Empfänger_innen dieser Dienstleistungen in der Regel nicht jene sind, die diese finanzieren. Das kann dazu führen, dass der Bedarf an Sozialer Arbeit gegenüber Auftraggeber_innen argumentiert werden muss und dass die Interessen der Auftraggeber_innen von jenen der Betroffenen verschieden sind.

In Kapitel 2.2. wurde auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit eingegangen. Hierzu wurde herausgearbeitet, dass in der Literatur eine Verschärfung der Bedingungen, unter welchen die Soziale Arbeit tätig ist, aufgrund der neoliberalen Restrukturierung des Staates konstatiert wird (vgl. Kapitel 2.2.1. und Kapitel 2.2.2.). Dies führt zu erhöhtem Wettbewerbsdruck in der Sozialen Arbeit, schlechteren Arbeitsbedingungen für Sozialarbeiter_innen, vermehrten Aufgaben, welche die Kontrolle und Disziplinierung von Klient_innen beinhalten, und erhöhtem Legitimationsbedarf der Notwendigkeit von Sozialer Arbeit.

In Kapitel 2.3. wurde dann auf einige Auswirkungen eingegangen, welche insbesondere der erhöhte Legitimationsbedarf auf die Praxis der Sozialen Arbeit hat, da stärker argumentiert werden muss, warum es Soziale Arbeit braucht. Dies kann einerseits durch eine Betonung der Defizite von Klient_innen der Sozialen Arbeit versucht werden, andererseits kann auch eine Fokussierung auf Verhalten erfolgen, das von einer Norm abweicht. Ein Resultat dieser

Legitimationsbemühungen ist dann weiters die Konstruktion von homogenen Zielgruppen entlang spezifischer Probleme. Dies kann mit einer Kulturalisierung dieser Probleme einhergehen, da sie als zu der Kultur dieser Gruppe gehörend gelten. Aus dem Blick geraten hierbei die strukturellen Bedingungen, welche diese Probleme bedingen.

Zu letzt wurden in Kapitel 2.3.1. Zielgruppendefinitionen in der Sozialen Arbeit betrachtet. Diese illustrierten die Defizitorientierung in der Sozialen Arbeit bei der Beschreibung ihrer Zielgruppen. Außerdem wurde auch ersichtlich, wie den Zielgruppen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden, welche dann generalisiert werden, und wie zersplitternd dies auf Klient_innen wirken kann. Weiters kann auch gesehen werden, dass sich in keiner der Definitionen ein Hinweis darauf findet, dass auch die Bearbeitung struktureller gesellschaftlicher Bedingungen, ein Bestandteil der Sozialen Arbeit ist.

3. Kulturtheoretische Betrachtungen von Differenzkonstruktionen

Im vorangegangenen Kapitel wurden einige Aspekte der Sozialen Arbeit problematisiert, welche nun anhand theoretischer Überlegungen näher betrachtet werden. Bei diesen Aspekten handelt es sich um die Konstruktion von Klient_innengruppen, etwa anhand von Zielgruppendefinitionen (vgl. Kapitel 2.3.1). Es wurde angesprochen, wie diese Gruppenkonstruktionen mit der Organisation Sozialer Arbeit in Zusammenhang stehen können (vgl. Kapitel 2.2.) und wie sie auch mit der Homogenisierung von Gruppen einhergehen können (vgl. Kapitel 2.3.). Die Konstruktion von Gruppen bestimmter Klient_innen kann auch ein Nebenprodukt sein, welches entsteht, wenn versucht wird, vermeintliche Interessen von Menschen in der Öffentlichkeit zu vertreten, und es dadurch zu kulturellen Zuschreibungen von Eigenschaften kommt.

Als kulturelle Eigenheiten erscheinen bestimmte Eigenschaften, wenn sie als Bestandteile einer spezifischen Lebensform gedeutet werden, die die Mitglieder einer Gruppe miteinander teilen. Meinte der Begriff der Kultur zunächst vor allem die Domestizierung der Natur, so wird er heute stärker auf Kollektive angewendet (vgl. Thuswald 2013:18f.). Kultur kann die Erbringung spezifischer kultureller Leistungen meinen, wie zum Beispiel malen, Theater spielen, musizieren u. s. w. In diesem Zusammenhang interessiert eine andere Beschäftigung mit Kultur, und zwar jene, die die kulturelle Konstruktion von Gruppen an Menschen als die anderen problematisiert und damit auch gesellschaftliche Machtverhältnisse analysiert (vgl. dazu z.B.: Edward Said, Stuart Hall, Gayatri Chakravorty Spivak und Judith Butler weiter unten). Auch in der Sozialen Arbeit kann es sein, dass Klient_innen eine kulturell abweichende Lebensweise zugeschrieben wird, daher soll dies mit als kulturtheoretisch verstandenen Arbeiten im Folgenden reflektiert werden. Dies erscheint auch insofern sinnvoll, als Kultur seit dem Cultural Turn in den 1960er-Jahren eine bedeutende Rolle bei der Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit oder politischem Handeln einnimmt (vgl. Thuswald 2013:18). In der Sozialen Arbeit scheint die Beschäftigung mit Kultur eher im Zusammenhang mit Migration von Interesse zu sein, wobei die kulturell anderen als vorausgesetzt erscheinen und die Konstruiertheit nicht in den Blick kommt. Im Zuge der Literaturrecherche für diese Arbeit fand sich eine Publikation (Kessl/Plößer 2010), welche von ihrem thematischen Gebiet sehr ähnlich ausgerichtet war. Als interessant erwies sich hierbei besonders die breitere Reflexion, welche sich auch über den Bereich der Migration hinaus erstreckt, zum Beispiel auf den Bereich der Aidshilfe (vgl. ebenda). Die dünne Literaturlage zu diesem Thema macht es folglich auch interessant, weiterführende Reflexionen über die kulturelle Konstruktion von anderen in der Sozialen Arbeit zu unternehmen.

Dies soll in Hinblick auf die Fragen geschehen, welche Folgen die Bildung kollektiver Gruppen in Bezug auf kulturelle Zuschreibungen haben kann. Daran anschließend ist danach zu fragen, ob politische Handlungsfähigkeit als Eigenschaft kollektiver Gruppen gesehen wird und welche Konsequenzen dies auf die Ab- oder Zuerkennung politischer Handlungsfähigkeit bzw. auch auf damit verbundene mögliche Ausschlüsse bestimmter Menschen haben kann.

Zur Beantwortung dieser Fragen soll zuerst auf Jacques Derrida (Kapitel 3.1.1.) und Michel Foucault (Kapitel 3.1.2.) eingegangen werden, da es sich bei diesen um wichtige Bezugspunkte für nachfolgende Theoretiker_innen handelt. Es folgt eine kurze Einführung in die Cultural Studies (Kapitel 3.2.) und Postcolonial Studies (Kapitel 3.3.) unter Bezugnahme auf Stuart Hall (Kapitel 3.2.1.) und Edward Said (Kapitel 3.3.1.). In einem weiteren Schritt möchte ich auf Gayatri Chakravorty Spivak (Kapitel 3.3.2.) eingehen, da ihre kritische Betrachtung des Expert_innenstatus interessante Anregungen bietet. Der Subjektkonstitution durch kulturelle Zuschreibungen soll in einem nachfolgenden Kapitel mit Judith Butler (Kapitel 3.4.) weiter nachgegangen werden. Abschließen möchte ich mit einer Behandlung Giorgio Agambens (Kapitel 3.5.), da er sich in seiner politischen Theorie Menschen zuwendet, welche aus dem Rechtssystem ausgestoßen wurden. Dies ist für die Soziale Arbeit interessant, da diese in ihrem Handeln auf Menschen bezogen ist, die immer wieder von Exklusion bedroht sind. Diese unterschiedlichen theoretischen Positionen erlauben es, verschiedene Aspekte zu beleuchten, und dienen so dazu, eine umfassende Reflexion der Fragestellung durchzuführen.

3.1. Differenzkonstruktion und Macht bei Derrida und Foucault

3.1.1. Jacques Derrida

Jacques Derrida wurde 1930 in El-Biar in Algerien geboren (Kimmerle 2008:219). Seine Schulzeit in El-Biar ist vom Zweiten Weltkrieg und besonders durch ein 1940 erlassenes Gesetz geprägt, aufgrund dessen er des Lycee Ben Aknoun verwiesen wird, da er Jude ist (vgl. Dreisholtkamp 1999:14). Die Aufnahmeprüfung an die École normale supérieure in Frankreich besteht er nach einigen Versuchen 1952 (vgl. ebenda). In den darauffolgenden Jahren seines Studiums lernt er Louis Althusser sowie Michel Foucault kennen (vgl. ebenda). 1956 besteht er nach wiederholtem Antritt die agrégation und erhält ein Stipendium für Harvard (Derrida 1994:335). 1960 bis 1984 unterrichtete Derrida an verschiedenen Hochschulen. Als bedeutend ist außerdem die Teilnahme an einem Kolloquium 1966 an der Johns Hopkins University zu nennen, an welchem Derrida Paul de Man und Jacques Lacan kennenlernte (vgl. ebenda). Derrida wird immer wieder ins Ausland zu Lehrtätigkeiten eingeladen, innerhalb Frankreichs begegnet ihm der institutionalisierte Wissenschaftsbetrieb ablehnend, und er erhielt nie einen Lehrstuhl (vgl. Dreisholtkamp 1999:18 f.). In dieser kurzen biografischen Darstellung lässt sich erkennen, dass Derrida selbst oft mit Ausschlüssen zu kämpfen hat bzw. Bemühungen um Aufnahme einiger Anstrengung von ihm bedurften. Die Beschäftigung mit Ausschließungen kann auch als ein zentrales Thema seines Werkes gesehen werden, auf welches nun eingegangen werden soll.

Derrida wird oft als Poststrukturalist bezeichnet, wobei damit gemeint ist, dass er den Strukturalismus radikalisierte (vgl. Moebius 2003:81). Er erweiterte den Strukturalismus von Ferdinand de Saussure (vgl. Moebius/Wetzel 2005:69). Dieser trennt im Zeichen Signifikat und Signifikant voneinander. Ersteres ist das, was bezeichnet wird, der Gegenstand, bzw. die Vorstellung von diesem (vgl. ebenda:70). Letzteres ist das, was zur Bezeichnung herangezogen wird, eine bestimmte Lautfolge (vgl. ebenda). Bedeutend ist, dass beides im Zeichen eine Einheit bildet. Es gibt also nicht einen Gegenstand, der dann bezeichnet wird, sondern die Vorstellung des Gegenstandes und die Bezeichnung fallen im Zeichen zusammen (vgl. ebenda). Dies bedeutet weiters, dass es nicht eine der Sprachstruktur ausgelagerte Bedeutung oder einen Sinn gibt (vgl. ebenda), sondern dass dies erst in einem System differenzieller Zeichen entsteht (vgl. ebenda). Moebius und Wetzel beschreiben das dann so, dass sich die Bedeutung von etwas nur durch das ergibt, was es nicht ist (ebenda). Saussure wird von Derrida in zweifacher Hinsicht für diese Konzeption der Sprache kritisiert. Einerseits dafür, dass er sich allein auf die gesprochene Sprache konzentriert und die Schrift vernachlässigt und andererseits dafür, dass er das

Sprachsystem als abgeschlossen betrachtet (vgl. Moebius 2003:85f.).

Derrida arbeitet wesentliche Merkmale der Schrift heraus, von welchen er dann zeigt, dass sie auch für das gesprochene Wort gelten (vgl. Derrida 2001:18ff.). Eines der zentralsten Merkmale ist die Möglichkeit der Abwesenheit, welche in der Schrift angelegt ist, da sie unabhängig von Empfänger_in oder Verfasser_in weiterbestehen kann (vgl. ebenda:24f.). Ein weiteres wichtiges damit zusammenhängendes Merkmal ist die Iterabilität. Diese kann als andersartige Nochmaligkeit übersetzt werden, da Derrida folgend iter sich aus dem Sanskrit ableitet, in dem itara anders heißt (vgl. ebenda:24). Die Bedeutung, welche im Geschriebenen gefunden wird, kann also unabhängig von der/dem Verfasser_in vorhanden sein und wiederholt werden, wobei sie ihren Sinn auch verändern kann. Diese Merkmale, welche sich in der Schrift finden, sind zentral für das Zeichen, wie sich in folgendem Zitat zeigt:

Diese Zitathaftigkeit, diese Verdopplung oder Doppeltheit, diese Iterabilität des Zeichens [*marque*] ist kein Zufall und keine Anomalie, sondern ist genau das (Normale/Anormale), ohne das ein Zeichen [*marque*] nicht einmal mehr auf sogenannte „normale“ Weise funktionieren könnte (Derrida 2001:32, Kurs. i. O.)

Zu der Funktion des Zeichens auf normale Weise gehört neben der Fähigkeit zur Iterabilität und der Abwesenheit des Subjekts noch ein weiteres zentrales Merkmal, welches die Möglichkeit der Dekontextuierung, der Herauslösung aus einem Kontext, darstellt (vgl. ebenda:27).

Im vorhergehenden Absatz sollte deutlich werden, dass Sprache aus einer Reihe differenzieller Zeichen besteht (vgl. ebenda:29). Diese können aus den Verkettungen herausgenommen werden und in andere Kontexte eingeführt werden, was zeigt, dass ihnen kein irgendwie gearteter Sinn inhärent ist, wie sie auch unabhängig von jedem/jeder Empfänger_in oder jeglicher Intentionalität bestehen. Es wird deutlich, dass sich so immer neue Bedeutungen ergeben können. Hier zeigt sich, dass Sprache bei Derrida nie abgeschlossen und fixiert sein kann. Dies wirkt so, als wäre der Gebrauch von Zeichen vollkommen willkürlich, was dann zu der Frage führt, wie es zur Bedeutung von sprachlichen Zeichen kommen kann. Derrida führt hier zur Erklärung einen Neologismus an, welcher „*différance*“ geschrieben wird. Diese ist „jene Bewegung, durch die sich die Sprache oder jeder Code, jedes Verweisungssystem im allgemeinen „historisch“ als Gewebe von Differenzen konstituiert“ (Derrida 2004:124). Weiters heißt es dann:

Die *différance* bewirkt, dass die Bewegung des Bedeutens nur möglich ist, wenn jedes sogenannte „gegenwärtige“ Element, das auf der Szene der Anwesenheit erscheint, sich auf etwas anderes als sich selbst bezieht, während es das Merkmal [*marque*] des vergangenen Elements an sich behält und sich bereits durch das Merkmal seiner Beziehung zu einem zukünftigen Element aushöhlen läßt, wobei die Spur sich weniger auf die sogenannte Gegenwart bezieht, als auf die sogenannte Vergangenheit, und durch eben diese Beziehung zu dem, was es nicht ist, die sogenannte Gegenwart konstituiert (Derrida 2004:125, Kurs. i. O.).

Die *différance* ist eine Struktur, die dem sprachlichen System von Differenzen vorausgeht und als solches die Bedingung für begriffliche Unterscheidungen darstellt (vgl. Moebius 2003:87). Sie ist auch ein Hinweis auf die zeitliche Bedingtheit des Sinns, der sich im Rückgriff auf Vorhergehendes oder im Voraussehen auf Zukünftiges konstituiert (vgl. ebenda). Außerdem ist in jedem differenziellen Zeichen auch immer eine Spur enthalten, die das beinhaltet, was es nicht ist (vgl. ebenda). „Spur“ versucht diese Verflochtenheit zu nennen, das Andere-im-Selben, das die Bedingung des Selben selbst“ ist (Bennington 1994:84). An diesem Punkt ist eine Umkehrung erreicht, da die Verflochtenheit von dem Anderen und dem Selben gezeigt wird. Diese Art der Umkehrung von Oppositionen ist für den Vorgang der Dekonstruktion, wie Derrida sie verfolgt, wesentlich. Derrida weist daraufhin, dass eine Opposition von Begriffen nicht

das Gegenüber zweier Termini [ist], sondern eine Hierarchie und die Ordnung einer Subordination. Die Dekonstruktion, kann sich nicht auf eine Neutralisierung beschränken, oder unmittelbar dazu übergehen: Sie muß durch eine doppelte Geste, eine doppelte Wissenschaft, eine doppelte Schrift eine *Umkehrung* der klassischen Gegensätze *und* eine allgemeine *Verschiebung* des Systems in der Praxis umsetzen (Derrida 2001:44, Kurs. i. O.).

Die Umkehrung findet statt, wenn gezeigt wird, dass das Erste immer unrein ist und eben Spuren des Anderen beinhaltet, welches seine Möglichkeitsbedingung darstellt (vgl. Moebius 2003:96). Dies muss immer wieder wiederholt werden, da sich die Oppositionen ständig von neuem herstellen (vgl. ebenda:97). Mit Verschiebung ist die Notwendigkeit gemeint etwas zu suchen, was in einem sprachlichen System nicht mehr verstanden werden kann, weil es außerhalb einer binären Opposition ist (vgl. ebenda). Durch die Thematisierung dessen was aus einer Opposition ausgeschlossen ist, kann die ganze Opposition verschoben werden. Stephan Moebius bezeichnet dieses Ausgeschlossene bei Derrida als „konstitutives Außen“ (2003:97). Es handelt sich um etwas, was ausgeschlossen wird, ein Nicht-Sinn, der aber dann das, was sinnhaft ist, ermöglicht (ebenda: 98). Moebius weist hier auch daraufhin, dass „nicht alles, was einen Diskurs oder eine Anordnung umrandet, [...] ein konstitutives Außen [ist], sondern nur dasjenige, was notwendigerweise ausgeschlossen werden muss, damit diese Ordnung sich ihrer eigenen oder inneren Reinheit versichern kann“ (ebenda). Damit eine klare binäre Opposition entstehen kann, wird das, was sich in diese nicht einordnen lässt, in die Nichtexistenz verbannt. Ein Beispiel hierfür kann sein, dass es zwei Geschlechter gibt, ein weibliches und ein männliches, und alles was dem nicht entspricht, ausgeschlossen wird.

So kann abschließend gesagt werden, dass zentral bei Derrida ist, dass es eine Struktur der *différance* gibt, welche dem sprachlichen System vorausgeht und dazu führt, dass dieses sich in begrifflichen Oppositionen konstituiert. Jeder Begriff steht in diesem immer in Relation zu

anderen, von welchen er sich abgrenzt. Wichtig ist des Weiteren, dass Sprache nicht auf nicht-sprachliche Objekte referiert, sondern diese verknüpft sind. Des Weiteren besteht zwischen den Oppositionen sowie dem, was aus der Opposition ausgeschlossen wird, immer auch ein Machtgefälle, welches dekonstruiert werden soll, damit Möglichkeiten des Denkens und Seins ausgeweitet werden. Dies soll erreicht werden, indem die gegenseitige Verknüpfung der oppositionellen Begriffe sowie das Ausgeschlossene aufgezeigt werden.

3.1.2. Michel Foucault

Nach der Auseinandersetzung mit Derrida soll nun auch auf Michel Foucault eingegangen werden, da auch er Denkanstöße für die Beschäftigung mit als abweichend gekennzeichneten Gruppen bietet.

Geboren wurde Michel Foucault 1926 in Poitiers in Frankreich. Er lebte bis 1984 (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:1). 1946 begann er das Studium an der École normale supérieure, welches er 1951 in Philosophie abschloss (vgl. ebenda:2). 1960 stellte er sein Werk „Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft“ (1. Auflage 1961) fertig, welches auch die Grundlage seiner Dissertation bildete (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:3). Ab 1966 unterrichtete Foucault an der Universität von Tunis, bis er 1968 nach Paris geholt wurde, um beim Aufbau einer Universität in Vincennes mitzuwirken, an der er zusammen mit Gilles Deleuze unterrichtete (vgl. ebenda:3f.). Zwei Jahre später fand jedoch ein erneuter Wechsel an das Collège de France statt, an welchem er den Lehrstuhl für die „Geschichte der Systeme des Denkens“ bis 1984 innehatte (vgl. ebenda:5).

Ein zentraler Begriff im Werk Michel Foucaults ist jener der „Macht“. Wobei er Machtverhältnissen nicht als per se negativ sieht. Machtverhältnisse, die Thomas Lemke folgend bei Foucault die Gestalt „strategischer Beziehungen“ (Lemke 2005:338) haben, sind ein unhintergebarer Bestandteil menschlicher Gesellschaften. Hierzu schreibt Foucault: „In Gesellschaft leben heißt jedenfalls so leben, dass man gegenseitig auf sein Handeln einwirken kann. Eine Gesellschaft „ohne Machtverhältnisse“ kann nur eine Abstraktion sein“ (Foucault 1999b:196). Macht wird von Foucault abgegrenzt gegenüber dem Begriff der Herrschaft (vgl. Foucault 1977:93). Lemke schreibt hierzu, dass Herrschaft bei Foucault charakterisiert werden kann als „Effekt von Regierungspraktiken, die Machtbeziehungen in einer Weise systematisieren und stabilisieren, daß [sic!] sie schließlich die Form von Herrschaftszuständen annehmen“

(Lemke 2005:339). Wie sich in diesem Zitat zeigt, sind Herrschaftszustände durch ein dauerhaftes Machtgefälle charakterisiert. Sie wirken also nur noch einseitig (vgl. Lemke o. J. :10). In strategischen Beziehungen sind Machtwirkungen dynamisch und der Kampf um Einflussnahme offen. Außerdem zeigt sich, dass die Analyse von den konkreten Effekten der Regierungspraktiken her beginnt, welche immer mehr verallgemeinert werden, bevor sie Herrschaftszustände konstituieren (vgl. Foucault 2005:115). Foucault betrachtet daher „die Regierungsrationalität und die damit verbundenen unterschiedlichen Techniken der Disziplinierung, Lenkung und Regierung von Individuen und Kollektiven“ (Lemke 2005:2 f.). Des Weiteren setzt Foucault diese Techniken in Beziehung zu Diskursen, als deren Effekt sie gesehen werden. Als Diskurs wird eine „Menge von Aussagen, die einem Formationssystem angehören“ (Foucault 1981:156) aufgefasst. Diese Aussagen tragen die Charakteristika, dass sie anerkannt sind und die von ihnen transportierte Bedeutung beständig ist (vgl. Pieper 2006:271). Konstituiert werden sie durch historisch und sozial herausgebildete „Problematierungsweisen“ (ebenda). Im Diskurs zeigt sich, welches Wissen als Wahrheit legitimiert ist. In ihm ist Wissen und Macht also verbunden (vgl. Foucault 1977:100). Weiters weist Foucault auch daraufhin, dass „(d)er Diskurs [Macht] befördert und produziert [...]; er verstärkt sie, aber er unterminiert sie auch, er setzt sie aufs Spiel, macht sie zerbrechlich und unaufhaltsam“ (ebenda:122). Die Diskurse sind Mittel, anhand derer es zu sozial bedeutungsvollen Praktiken kommt, welche wiederum als diskursive Elemente eingesetzt werden können. Es handelt sich hierbei nicht um einen einfachen unilinearen Prozess, sondern um einen Kampf verschiedener Diskurse um eine hegemoniale Position.

Zuletzt stellt sich auch die Frage, welche Subjektivitäten diese Machttechniken befördern, denn auch dies gehört zur produktiven Seite der Macht, wie sich besonders an den „Technologien des Selbst“ (Foucault 1999c:202) zeigt. Diese können so beschrieben werden, dass es sich hierbei um Einflussnahmen der Individuen auf ihre eigene Subjektconstitution handelt. Regierungstechniken beziehen sich nicht nur auf diejenigen, den sie betreffen, sondern ihre Wirkung geht über diesen hinaus. Sie dienen dazu zu postulieren, wie man sich zu verhalten hat bzw. dazu, ein bestimmtes Verhalten zu erzeugen (vgl. Lemke/Krasmann/Bröckling 2000:28f.). Im Fokus stehen daher nicht nur direkt ausgeübter Zwang, in Form von Gesetzen und Sanktionen, sondern auch indirekte Verhaltenserwartungen.

In dem Text „Warum ich Macht untersuche. Die Frage des Subjekts“ von Michel Foucault weist dieser daraufhin, dass Machtverhältnisse dort besonders zutage treten, wo sich

Widerstandsformen zeigen (vgl. 1999a:164). Bei diesen Widerständen handelt es sich um Kämpfe, welche einerseits „das Recht, anders zu sein [behaupten], und [sie] unterstreichen all das, was Individuen wirklich individuell macht. Andererseits bekämpfen sie all das, was das Individuum absondert [...]“ (ebenda:165). Als das, was die Individuen absondert, können die Regierungstechnologien verstanden werden, da diese auch spezifische Subjektivitäten herstellen (vgl. ebenda:167). Die Widerstandskämpfe richten sich gegen spezifische Formen des Wissens, die zu dieser Absonderung beitragen (vgl. ebenda:166). Interessant ist, dass in diesem Zitat deutlich wird, dass jene, die abgesondert sind, nicht wirklich individuell sind. Es ist also nicht davon auszugehen, dass jemand der/die Ausschluss erfährt, an sich schon als individuell zu bezeichnen ist. Die Absonderung, also der Ausschluss, der eben auch zur Herstellung von Subjektivitäten dient, muss bekämpft werden, um wirkliche Individualität zu ermöglichen.

Widerstandsformen spielen „in den Machtbeziehungen, die Rolle von Gegnern, Zielscheiben, Stützpunkten, Einfallstoren“ (Foucault 1977:96) und können Foucault zufolge als Ansatzpunkt für die Analyse von Machtverhältnissen gesehen werden (vgl. ebenda:162). Foucault weist daraufhin, dass es hierbei gilt, „die Machtverhältnisse durch den Gegensatz der Strategien zu analysieren“ (Foucault 1999a:164). Es zeigt sich hier einerseits, dass es Gegenargumente gibt im Kampf um diskursive Hegemonie. Andererseits wird aber auch angedeutet, dass Gegenargumente wiederum Ansatzpunkte für Machtwirkungen sind und so wieder von der hegemonialen Position einverleibt werden können. Des Weiteren kann auch erkannt werden, dass diese Widerstandspraktiken auf einer mikropolitischen Ebene angesiedelt sind (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005:72). Es besteht daher die Gefahr, dass Makropolitiken sowie Fragen der Ideologie aus dem Blick geraten (vgl. ebenda). Diese im Blick zu behalten, ist jedoch wichtig, um das Gegeneinander der Diskurse richtig lesen zu können.

Die Konstitution spezifischer Machtverhältnisse soll nicht etwa einer politischen Elite zu geschrieben werden, da es sich um einen viel diffuseren Prozess handelt. Machtverhältnisse sind den Individuen nicht unbedingt bewusst, und an ihrer Aufrechterhaltung sind oft auch jene beteiligt, die negative Wirkungen der Herrschaft spüren. Dies macht es schwierig, sich gegen sie zu wenden. Allerdings scheint es für Foucault trotzdem möglich, und zwar gerade bei jenen, die in einem bestimmten Denksystem die Benachteiligten sind. Dies zeigt sich in dem Gespräch mit dem Titel „Die Intellektuellen und die Macht: Ein Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze“ (Deleuze/Foucault 1977), welches von Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.) herangezogen wird. Sie kritisiert hier Foucaults Konzeption eines authentischen politischen

Subjekts, da er Spivak zu folge annimmt, dass unterdrückte Menschen Wissen über sich selbst haben und für sich selbst sprechen können (vgl. Spivak 2011:27). Außerdem merkt Spivak an, dass in Bezug auf die Widerstandspraktiken den Intellektuellen bei Foucault die Aufgabe zugeschrieben wird, diese zu analysieren und zu repräsentieren (vgl. ebenda: 29f.). Hierauf wird später in Kapitel 3.3.2. zu Gayatri Chakravorty Spivak noch eingehender eingegangen.

Zusammenfassend zeigt sich bei Foucault eine Fokussierung auf gesellschaftliche Diskurse, welche um gesellschaftliche Hegemonie kämpfen. Dies ist bei ihm ein sehr diffuser Prozess, in dem es zu unterschiedlichen Gegenbewegungen und Allianzbildungen kommen kann. Des Weiteren werden diese Diskurse bei ihm auch im Zusammenhang mit Praktiken der Herrschaft betrachtet, wie es zum Beispiel institutionelle oder gesellschaftliche Regeln darstellen, aber auch spezifische Bauweisen, die den Individuen ein bestimmtes Verhalten abverlangen. Durch solche Wirkungen von Macht werden Subjektivitäten geformt. Daher kann angenommen werden, dass auch die, die in einer gesellschaftlichen Ordnung als benachteiligt und beherrscht gelten, in dieser erst konstituiert werden. Obdachlose Menschen gibt es dann zum Beispiel, weil sie durch Praktiken der Macht als solche konstituiert werden. Die Frage, die dann bleibt und der weiter nachzugehen ist, ist, wie solchen stigmatisierenden Praktiken am besten zu begegnen ist.

3.1.3. Mein Körper, Dies Papier, Dies Feuer⁴

Abschließend zu der Beschäftigung mit Foucault und Derrida soll nun noch auf eine Auseinandersetzung dieser miteinander eingegangen werden. Der hier behandelte Text erschien 1992 in der Zeitschrift „KultuRRevolution“. Erstmals erschienen ist er jedoch in einem von Foucault 1972 veröffentlichten Anhang zur „Histoire de la folie“ (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:193). Der Text knüpft an eine Auseinandersetzung zwischen Derrida und Foucault an, die schon wesentlich früher begonnen hat, denn Derrida hielt neun Jahre zuvor (1963) einen Vortrag mit dem Titel „Cogito und Geschichte des Wahnsinns“ (1972), in dem er auf drei Seiten von Foucaults Werk „Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft“ ([1961] 1969) Bezug nimmt (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:193). Auf diesen drei Seiten beschäftigt sich Foucault mit René Descartes Werk „Meditationen über die Grundlagen der Philosophie“ ([1641] 1993), um dessen Interpretation die Debatte kreist. Der Text kann als Abgrenzung der Methode der Diskursanalyse von jener der Dekonstruktion gelesen werden (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:30), da beide Autoren die ihnen je spezifische Auseinandersetzung mit Texten anhand von Descartes Meditationen vorführen.

Descartes verfolgt in den Meditationen das Ziel, alles von Grund auf zu überdenken, da etwas gefunden werden soll, was unbezweifelbar ist (vgl. Descartes, Meditationen, 1. Meditation, § 8). Dies meint er im menschlichen Bewusstsein, der Verstandestätigkeit, zu entdecken (vgl. ebenda, 2. Meditation, § 21). Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, führt er im Lauf seiner Meditation verschiedene Zweifelsgründe an.

Auf diese Zweifelsgründe nun bezieht sich die Auseinandersetzung von Foucault und Derrida. Beide Autoren wenden sich dem Beispiel des Wahnsinnes zu, welches Descartes anspricht, jedoch nicht als Zweifelsgrund heranzieht (vgl. Foucault 1992:31). Foucault stellt sich hier die Frage, ob „etwas dem philosophischen Diskurs vorauszugehen oder ihm äußerlich zu bleiben [vermag]? Kann er seine Bedingung in einer Ausschließung oder Weigerung, im Umgehen eines Risikos, ja - warum nicht? - in einer Angst haben?“ (ebenda:31). Er beschäftigt sich damit, dass der philosophische Diskurs als einer der Vernunft bestimmt ist, welcher immer in Opposition und Abgrenzung zum Wahnsinn steht.

Als Antwort arbeitet Foucault unterschiedliche Ebenen des textlichen Diskurses heraus (vgl.

⁴ Foucault, Michel (1992): Mein Körper, Dies Papier, Dies Feuer. In: KultuRRevolution 27/1992

ebenda: 36). Diese sind einerseits die Ebene der „reinen Beweisführung“ (ebenda), welche Geschehnisse umfasst, „die einer bestimmter Zahl formaler Regeln gemäß miteinander verbunden sind. Das Subjekt des Diskurses ist durch die Beweisführung nicht mit betroffen“ (ebenda). Andererseits weist er aber auch daraufhin, dass es sich bei Descartes Text um Meditationen handelt, in welchen „sich das Subjekt unablässig verändert durch seine eigene Bewegung“ (ebenda) findet. Hier ist dann in Bezug auf den Wahnsinn auch eine andere Unterscheidung von Bedeutung, welche Foucault aus dem Text von Descartes herausfiltert. Diese bezieht sich auf das Wort „insanus“ (ebenda:34) und die Wörter „amens-demens“ (ebenda). Ersteres Wort, bei dem es sich um ein umgangssprachliches und medizinisches handelt, verwendet Descartes, wenn er den Wahnsinn beschreiben will. Letztere Wörter sind juristische Begriffe, welche das Subjekt vom Fortgang der Meditation disqualifizieren könne, denn „die dementes verfügen nicht über ihre vollen Rechte, wenn es darum geht, zu sprechen, zu versprechen, Verbindlichkeiten einzugehen, zu unterzeichnen, den Vollzug einer Handlung einzuleiten usw.“ (ebenda:34f.). Diese Begriffe werden von Descartes gebraucht, wenn er den Wahnsinn als Zweifelsgrund ausschließt (vgl.ebenda:34). Wird beachtet, dass der Diskurs verändernd auf das Subjekt wirkt und die gefährlichen Konsequenzen des Wahnsinns für das Subjekt bewusst sind, wird deutlich, dass der Wahnsinn aus dem philosophischen Diskurs ausgeschlossen werden muss (vgl.ebenda:38). Es kommt also zum „Verstummen des Wahnsinns“ (Dhawan 2010:377). Foucault versucht dann in seinem Werk „Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft“ (s. o.) eine Archäologie des Wahnsinns, in dem er diesen erneut in die Geschichte einschreibt.

Derrida hinterfragt in seinem Vortrag, wie sich der Wahnsinn in Foucaults Werk „Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft“ (s. o.) thematisieren lässt bzw. das Vorhaben, den Wahnsinn selbst sprechen zu lassen, da Foucault immer schon gezwungen ist, eine Sprache der Vernunft zu benutzen (vgl. Derrida 1972:58). Aus dieser Sprache meint Foucault, wie oben gezeigt wurde, dass der Wahnsinn als das gefährliche andere ausgeschlossen ist. Derrida stellt zwei Fragen an Foucault, welche bei Dhawan folgendermaßen zusammengefasst sind:

Wenn es so ist, dass Geschichte ein rationales Konzept ist, wie ist es dann möglich, eine Geschichte des Wahnsinns zu verfassen? Und zweitens, wenn Foucault beansprucht, für einen Wahnsinn zu sprechen, der *per definitionem* zum Schweigen verurteilt ist, riskiert er dann nicht die Ausdehnung desjenigen Exklusionsmodus, welchen er ursprünglich vermeiden wollte? (Dhawan 2010:378, Kurs. i. O.)

Derrida schlägt hier nun einen anderen Weg ein als Foucault und will zeigen, dass die Zweifelsargumente des Traumes und des bösen Dämons den Wahnsinn in sich einschließen (vgl.ebenda:31). Hierdurch wird, wie es eben die Absicht der Dekonstruktion ist, die Opposition

zwischen Wahnsinn und Vernunft verschoben und Ersterer in den philosophischen Diskurs integriert. Kritisiert werden kann dann, wie Foucault es auch tut, dass am Ende „zum Ausgeschlossenen wird [...], daß [sic!] der philosophische Diskurs den Wahnsinn ausschließt“ (ebenda:39). Dies kann problematisch sein, da so eine Blindheit in Bezug auf Ausschließungen und Machtverhältnisse entstehen kann. Allerdings ist auch das Problem, auf das Derrida hinweist, ernst zu nehmen, da das bloße Verbleiben bei der Kritik der Ausschließung diese reproduzieren kann anstatt sie zu transformieren. Es scheinen also beide Herangehensweisen, wie sie in dieser Auseinandersetzung deutlich werden, ihre Berechtigung zu haben sowie sie auch ihre Probleme aufweisen. Möglicherweise können sie sich gut ergänzen, denn es kann sinnvoll sein, zuerst komplexe Oppositionsstrukturen und die Machtverhältnisse, in welche sie eingebettet sind, herauszuarbeiten, um in einem nächsten Schritt diese zu dekonstruieren und ihre gegenseitige Verbundenheit aufzuzeigen. Dieser erste Schritt fehlt gewissermaßen bei Derrida, wenn er aufzeigt, dass Descartes den Wahnsinn bewusst einschließt. Es kann im Sinne einer Versöhnung dieser zwei Ansätze auch so gedacht werden, dass Descartes zwar versucht, den Wahnsinn auszuschließen, um sich der Vernunft zu versichern, und dies im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu betrachten ist und weiters auch zutrifft, dass Vernunft und Wahnsinn als oppositionelle Begriffe miteinander verbunden sind.

3.2. Cultural Studies

Jacques Derrida und Michel Foucault, auf welche zuvor eingegangen wurde (siehe Kapitel 3.1.), stellen wichtige theoretische Bezugspunkte für das Theorieprojekt der Cultural Studies dar. Nun soll zuerst allgemein das wissenschaftliche Vorhaben der Cultural Studies skizziert werden. Daran anschließend wird die Position eines wichtigen Vertreters - Stuart Hall - dargestellt.

Entstanden sind die britischen Cultural Studies in den 1950er-Jahren aus einer Kritik an der elitären Fixierung der Literaturwissenschaften auf die sogenannte Hochkultur. Daher wurde unter anderem eine Betrachtung der alltäglichen Auseinandersetzung mit kulturellen Bedeutungen gefordert (vgl. Thuswald 2013:21). Dieses Vorhaben wurde von einer Gruppe von Studenten verfolgt, welche sich gegen den Literaturprofessor F.R. Leavis wendete und sich von Cambridge nach Birmingham absetzte (vgl. Assmann 2006:16). Zu dieser Gruppe gehörten unter anderem Stuart Hall, Raymond Williams, Edward Thompson sowie Richard Hoggart (vgl. ebenda).

Der Kulturbegriff, welcher von den Cultural Studies verwendet wird, kann als ein bedeutungsorientierter verstanden werden (vgl. Thuswald 2013:20). Hierbei meint Kultur die Sinnzusammenhänge in den sozialen Lebenspraktiken der Menschen (vgl. ebenda:20f.). Für die Cultural Studies ist „Kultur nicht das einbalsamierte Erbe einer nationalen Tradition, sondern der Schauplatz von Kämpfen um Macht, Geld, Anerkennung und Prestige“ (Assmann 2006:17). Es ist zu erkennen, dass hier Kultur und Politik eng verbunden gedacht werden und Kultur auch ökonomisch und sozial kontextualisiert werden muss. Im Kontext dieser Arbeit ist des Weiteren auch die Fokussierung auf „den Zusammenhang von Macht und Subjektivität und die Konstruktion von sozialen Differenzen und Identitäten“ (ebenda:21) von Interesse, die mit gesellschaftlichen Kämpfen um Macht einhergehen.

Weiters ist zu sagen, dass Cultural Studies nicht eine wissenschaftliche Disziplin mit einem umgrenzten Gegenstandsbereich darstellen, sondern eine spezifische Herangehensweise an Fragestellungen, die sich darauf beziehen, wie das alltägliche Leben von Menschen durch Kultur beeinflusst wird (vgl. Lutter/Reisenleitner 2008:13). Diese Forschungspraxis, welche politisches Handeln mit wissenschaftlicher Arbeit verbindet, kann so von einer Vielzahl unterschiedlicher Disziplinen aufgegriffen werden (vgl. ebenda) und vereint unter dem Namen der Bricolage unterschiedlichste Theorien (vgl. Winter 2006:381).

3.2.1. Stuart Hall

Geboren wurde Hall 1932 in Kingston in Jamaika, wo er bis 1951 lebte (vgl. Winter 2006:382). Da er ein Stipendium erhielt, studierte er ab 1951 in Oxford (vgl. ebenda). Ab 1956 war Hall politisch engagiert in der New Left. 1964 begann er am Centre for Contemporary Cultural Studies in Birmingham zu lehren, wo er in der Zeit von 1968 bis 1979 auch Direktor war, dann übernahm er aber eine Professur für Soziologie an der Open University, einer Fernuniversität ohne Zugangsbeschränkungen (vgl. ebenda). Im Alter von 82 Jahren ist Stuart Hall am 10. 2. 2014 gestorben.

Hall leistete wichtige Beiträge zu Fragen der Ideologie, wofür er zunächst bekannt wurde (vgl. ebenda:384). Ein weiteres wichtiges Thema im Werk Stuart Halls ist die Beschäftigung mit Kultur. Diese steht auch in Verbindung mit seiner Beschäftigung mit Ideologie. Dies zeigt sich dann, wenn beachtet wird, dass Ideologiekritik bei ihm vorwiegend auch Kulturkritik bedeutet (vgl. ebenda:386). Es wird hier auch die Verflochtenheit von Kultur und Macht/Ideologie deutlich. Unter Kultur versteht er:

... das jeweilige Feld der Praxen, Repräsentationen, Sprachen und Bräuche in jeder historisch bestimmten Gesellschaft. Ich meine die widersprüchlichen Formen des Alltagsbewusstseins, die im alltäglichen Leben verwurzelt sind und dazu beigetragen haben es zu formen (Hall 1989:89).

Kultur ist also in das alltägliche Denken der Menschen eingebettet und hat so unmittelbare Auswirkungen auf das tägliche Leben. Halls Verständnis von Kultur ist zudem eines, das Heterogenität betont und nicht essentialistisch ist. Außerdem versteht Hall Kultur als einen Prozess in einem vielschichtigen Machtgefüge (vgl. Winter 2006:386). Sie kann also nicht statisch aufgefasst werden, sondern ist vielmehr geschichtlich geworden.

In dem Bereich der Kultur, von dem Hall spricht, werden Identitäten entworfen (vgl. ebenda:390). Nach Hall sind hier zwei verschiedene Zugänge zur Herstellung von Identität zu unterscheiden. Diese unterscheiden sich nach Hall danach, ob Identität als ein wesenhaftes, festgeschriebenes Set von Eigenschaften gesehen wird oder ob die diskursive Offenheit von Identitäten betont wird (vgl. Lutter/Reisenleitner 2008:93). Besondere Bedeutung kommt der Repräsentation zu, denn diese hat einen artikulierenden und auch konstituierenden Charakter für Identitäten (vgl. ebenda). Sie muss aber der ersten Herstellungsweise von Identität zugeschrieben werden. Dies zeigt sich an der Stereotypisierung von Menschen, die, wie Hall in dem Text „das Spektakel des „Anderen““ darlegt, eine Repräsentationspraktik ist (vgl. Hall 2004:142). Diese führt genau zu dieser Reduktion von Menschen auf einfache und ihnen als natürlich zugeschriebene Eigenschaften,

wodurch Differenzen ihre Kontingenz genommen wird (vgl. ebenda:143f.). Hall setzt die Stereotypisierung daher auch in Verbindung mit sozialem Ausschluss: „Ein weiteres Kennzeichen von Stereotypisierung ist also ihre Praxis der „Schließung“ und des Ausschlusses. Sie schreibt symbolisch Grenzen fest, und schließt alles aus, was nicht dazugehört“ (ebenda:144). Außerdem ist anzumerken, dass Hall zufolge Stereotypisierung vor allem unter der Gegebenheit von großer Machtungleichheit auftritt (vgl. ebenda:144). So schreiben auch Lutter und Reisenleitner, dass es bei Halls Konzept der Repräsentation immer auch um die Frage geht: „wer die Macht hat, zu definieren, wer eingeschlossen und wer ausgeschlossen ist, wer aus welchen Gründen zu einer Gruppe gehört und wer nicht“ (Lutter/Reisenleitner 2008:92). Hall schließt hier an Foucault und dessen Überlegungen zur Verbindung zwischen Macht und Wissen an, denn die Stereotypisierung „klassifiziert Menschen entsprechend einer Norm und konstruiert die Ausgeschlossenen als „anders““ (Hall 2004:145).

Allerdings ist auch zu sagen, dass Differenz bei Hall nicht nur negativ ist. Denn sie ist auch notwendig „für die Produktion von Bedeutung, die Formierung von Sprache und Kultur, für soziale Identitäten und ein subjektives Bewusstsein des Selbst als ein sexuelles Subjekt“ (ebenda:122). Die Bildung sozialer Identitäten wird dann wiederum als notwendige Möglichkeitsbedingung politischen Handelns definiert (vgl. ebenda:97). Also ist Kultur bei Hall nicht negativ besetzt, und es ist zu überlegen, wie die negativen Effekte kultureller Identität vermieden werden können. Hier kann auf Derrida zurückgekommen werden, bei dem bereits deutlich wurde, dass Bedeutung dann produziert wird, wenn die Bewegung der Signifikanten für einen Moment fixiert wird (vgl. Winter 2006:390). Dies ist aber nicht dauerhaft, wie es auch für die Konstitution von Differenzen gilt, denn der Kontext, in dem diese konstituiert sind, kann nicht fixiert werden (siehe Kapitel 3.1.1.). So weist auch Hall daraufhin, dass Identitäten diskursiv erzeugt werden (vgl. Hall 2004:173), durch eine temporäre Fixierung eines Sets von Eigenschaften. Er beschreibt Identität hier als einen ständigen Prozess, in dem das Subjekt eine Verbindung eingeht mit „Subjektpositionen, die aus diskursiven Praktiken hervorgehen“ (ebenda).

Identitäten sind Positionen, die das Subjekt ergreifen muss; das Subjekt muss „wissen“, dass Repräsentationen vorliegen. Repräsentation ist nie durchgreifend, sondern immer auch als Prozess konstruiert, der einen „Mangel“ und eine Spaltung ausdrückt und „auf dem Feld des Anderen“ entsteht (Hall 2004:173).

Dieses Zitat ist von Interesse, da es einerseits, die Notwendigkeit von Repräsentationen zeigt, die das Subjekt braucht, um Identität zu bilden, mittels derer es sich artikulieren kann. Andererseits ist auch erkennbar, dass Repräsentation selbst nicht abgeschlossen ist, sondern ein ständiger Prozess in Beziehung zu dem anderen. Die Betonung der Offenheit dieses Prozesses ermöglicht es

Hall, den Prozess der Identifikation nicht essentialistisch zu bestimmen (vgl. ebenda:170f.). Dies soll dann andere Formen politischen Denkens eröffnen, in denen es weniger um die Fragen geht: „Wer sind wir?“ und „Woher kommen wir?“ als darum herauszufinden, „Wer wir werden können“, und die Bedingungen dafür zu schaffen“ (Hall 1996 zit. n. Lutter/Reisenleitner 2008:99).

3.3. Postkoloniale Theorie

Fragen der Identität und Repräsentation bzw. die Kritik von Essentialismen, welche von Stuart Hall im vorhergehenden Kapitel angesprochen wurden, finden sich auch auf interessante Art und Weise von den Postcolonial Studies problematisiert, deren theoretisches Vorhaben nun skizziert werden soll.

2010 weist Maria do Mar Castro Varela auf die große Popularität Postkolonialer Theorie im deutschsprachigen Raum hin, die 20 Jahre versetzt zu der Beschäftigung mit dieser im anglophonen Raum stattfindet (vgl. ebenda:254). Diese Popularität ist ihr zufolge kritisch zu betrachten, denn es zeigte sich bereits im anglophonen Raum, dass die große Popularität zur „Banalisation einer notwendigen Imperialismuskritik“ (ebenda), dem „Verlust politischer Schlagkraft“ (ebenda) sowie der Fokussierung auf „leicht vermarktbarere Theoriefragmente“ (ebenda) führen kann. Im Anschluss daran ist zu fragen, inwiefern Postkoloniale Theorie im Kontext der hier verfolgten Auseinandersetzung um politische Handlungsfähigkeit von Klient_innen der Sozialen Arbeit anwendbar ist, worauf nach einer kurzen Begriffserklärung zurückzukommen ist.

Postkolonialität bedeutet einerseits die Zeit nach dem Kolonialismus in den ehemaligen Kolonien, andererseits werden damit auch der kulturelle Einfluss und die kulturelle Hegemonie der Kolonialmächte auf ehemalige Kolonien thematisiert (vgl. Winter 2006:130). Außerdem gibt es auch den Begriff der „postcoloniality“ (vgl. ebenda). Dieser setzt ökonomische und kulturelle Bedingungen stärker in einen Zusammenhang (vgl. ebenda). Im Folgenden soll nun von Postkolonialer Theorie gesprochen werden, die hier als deutsche Benennung von Postcolonial Studies verstanden wird. Diese schließt auch den Begriff der „postcoloniality“ in dem skizzierten Bedeutungsgehalt in sich ein.

Da in dieser Arbeit keine ehemalige Kolonie betrachtet wird, stellt sich die Frage nach der

Eignung Postkolonialer Theorie. Um diese zu rechtfertigen soll gesagt werden, dass gerade von Postkolonialer Theorie auch die Notwendigkeit betont wird die strukturelle Verwobenheit ehemals kolonialisierender und kolonialisierter Länder zu betrachten (vgl. Castro Varela/ Dhawan 2005:24). Aber auch eine solche Verwobenheit zwischen westlichen Nationen und sogenannten Entwicklungsländern ist nicht Gegenstand der Untersuchung. Castro Varela und Dhawan weisen weiters daraufhin, dass gerade die strikte Trennung zwischen Täter_in und Opfer zu problematisieren ist und aufgebrochen werden soll (vgl. Castro Varela/Dhawan 2004:209). Es ist zu beachten, dass es auch in westlichen Nationen Bevölkerungsgruppen gibt, die relativ schlechter gestellt sind, womit die Folgen des Kolonialismus jedoch nicht vergessen oder relativiert werden sollen. Auch ist es so, dass gerade von der Postkolonialen Theorie auch die Gefahren der Essentialisierung von Identitäten gesehen wird, daher soll auch vermieden werden, von Ländern als kolonialisierte oder kolonialisierende in einer essentialistischen Manier zu sprechen, und es gilt, innere Heterogenitäten zu beachten. Auch angesichts einer weiteren wichtigen Kritik an Postkolonialer Theorie kann es sinnvoll sein, diese auch auf Machtverhältnisse innerhalb des Westens anzuwenden. Diese besteht darin, dass Wissensproduktion hier so zu erfolgen scheint, dass materielle Kämpfe in sogenannten Dritte-Welt-Ländern von westlichen Akademiker_innen ausgebeutet werden und zu problemlos rezipierbaren Theorien verarbeitet werden, als solche werden sie dann wieder zurückgeschickt und verfestigen so die hegemoniale Wissensproduktion (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005:115ff.). Anhand dieser Kritik wird deutlich, dass es wichtig ist, Betrachtungen der Postkolonialen Theorie auch auf gesellschaftliche Beziehungen westlicher Ländern anzuwenden und nicht nur auf ein vermeintlich ganz anderes „Objekt“ des Wissens.

Bei einer näheren Betrachtung des Projektes der Postkolonialen Theorie zeigen sich des Weiteren wichtige Gedankenanstöße für die hier verfolgte Fragestellung. So ist ein wichtiger Beitrag Postkolonialer Theorie und insbesondere Postkolonial-Feministischer Theorie die Hinterfragung von Diskursen, welche als kritisch gelten (vgl. Castro Varela/Dhawan 2004:209). So wurde zum Beispiel für den feministischen und marxistischen Diskurs gezeigt, welche Themen diese nicht behandeln, weil sie selbst in herrschende Strukturen eingebunden sind (vgl. ebenda). Auf dies wird weiter unten mit Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.4.) noch einmal zurückzukommen sein.

Ein weiteres wichtiges Thema postkolonialer Theorie sind die Hinterfragung und Problematisierung von Repräsentationspolitiken (Steyerl/Rodríguez 2012:8). Hierbei geht es um

die Frage, wie die Anliegen von Menschen, die kein Gehör finden, Eingang finden können in politische Prozesse. Des Weiteren wird auch problematisiert, wie bei der Repräsentation von Menschen durch Wissenschaftler_innen diese diskursiv konstituiert werden (vgl. ebenda:9).

Abschließend soll nun noch ein wichtiger Begriff der Postkolonialen Theorie betrachtet werden. Bei diesem Begriff handelt es sich um jenen der Subalternität. Dies ist ein Konzept, das auf Antonio Gramscis zurückgeht, der ihn in den Gefängnisheften ([1975] 2012), welche er von 1929-1935 schrieb, verwendet. Dieser Begriff bezeichnet zuerst eine Gruppen von Menschen, deren Charakteristik es ist, unorganisiert, unterdrückt und heterogen zu sein (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005:69). Später wurde der Begriff dann von Ranajit Guha, einem Mitglied der Subaltern Studies Group, aufgegriffen. Gemeint ist seit dem damit, ein „Raum“, welcher in kolonialisierten Kontexten von jeglicher Mobilitätsform abgeschnitten erscheint“ (Spivak 1996 zit. nach Castro Varela/Dhawan 2004:212). Die Verwendung des Wortes „Raum“ weist auf zweierlei hin, und zwar einerseits darauf, dass es Subjekte sind, die durch diesen konstituiert werden, die nie hegemonial waren (vgl. Castro Varela/Dhawan 2012: 273). Dies erlaubt es, eine Essentialisierung trotz Dauerhaftigkeit zu vermeiden, da auf die Produziertheit durch den Raum in der Definition hingewiesen ist. Außerdem liegt in der Räumlichkeit ein Hinweis auf einen Dualismus zwischen Zentrum und Rand, dessen Struktur von Postkolonialer Theorie versucht wird zu dekonstruieren (vgl. ebenda :274): „Innerhalb dieser hegemonialen Strukturen kann die Stimme der *subaltern*, wie Spivak uns informiert, nur als Abwesenheit, quasi im Schatten des orientalisierten Subjektes der westlichen kolonialen Diskurse, produziert werden“ (ebenda, Kurs. i. O.). Zutage tritt hier ein weiteres Kennzeichen der Subalternität, denn der/die Subalterne kann nicht gehört werden und daher nicht von sich sprechen.

3.3.1. Edward Said

Als Nächstes soll nun noch auf Edward Said eingegangen werden, der oft herangezogen wird, wenn es um Fragen der Repräsentation von Menschen als andere geht. Er gilt auch als ein Begründer der Postcolonial Studies (vgl. Thomas 2012:1), wobei er nach der Unterscheidung, welche zu Beginn des letzten Kapitels getroffen wurde, als „postkolonialer“ Literaturwissenschaftler (Nandi 2006:130) zu bezeichnen ist, wenn seine Arbeit „Orientalism“ (1978) betrachtet wird, da er hier eher die kulturellen Konstruktionsleistungen als die ökonomischen Bedingungen betrachtet.

Edward Said wurde 1935 in Jerusalem als Kind christlicher Palästinenser geboren und wuchs in Kairo auf (vgl. Ujma o.J.:1). Nachdem er in den USA studiert hatte, lehrte er von 1963 bis zu seinem Tod 2003 allgemeine und vergleichende Literaturwissenschaft an der Columbia University in New York (vgl. ebenda). Kulturwissenschaftliche Bedeutung erlangte er insbesondere durch die 1978 erschienene Studie „Orientalism“ (vgl. ebenda:2). An dieser kurzen biografischen Darstellung zeigt sich, dass Said selbst viele Identitäten in sich vereinte (vgl. Williams 2004:169). Auch in seinem Werk ist erkennbar, dass es ihm wichtig ist, essentialistischen Identitätskonzeptionen entgegenzutreten (vgl. ebenda).

Dieses Vorhaben verfolgt er durch ein diskursanalytisches Vorgehen. Dies lässt sich in Saids Studie „Orientalism“ (1978) sehen. In dieser zeigt Said auf, wie durch den westlichen kolonialistischen Diskurs Bilder des Orients produziert werden, die diesen auf einen binären Gegensatz reduzieren (vgl. Lutter/Reisenleitner 2008:98). Es wird zuerst ein Objekt, welches erforscht wird, konstruiert, denn den „Orient“ gab es vor der Konstruktion als solchen nicht (vgl. ebenda). Diese Konstruktion ermöglicht und legitimiert dann aber weiters durchaus reale Praktiken der Kolonialisierung (vgl. ebenda). Es ist auch wichtig zu beachten, dass durch die Konstruktion des Orients als eine Seite des binären Gegensatzes auch die andere Seite des Okzidents Gestalt annimmt (Pratt 1994:2). Edward Said charakterisiert sein Vorhaben in seiner Studie wie folgt:

What I took myself to be undertaking in Orientalism was an adversarial critique not only of the field's perspective and political economy, but also of the sociocultural situation that makes its discourse both so possible and so sustainable. [...] These things are what I was trying to show, in addition to arguing that there is no discipline, no structure of knowledge, no institution or epistemology that can or has ever stood free of the various sociocultural, historical, and political formations that give epochs their peculiar individuality (Said 1989: 210).

Diesen Diskursen, welche durch soziokulturelle, historische und politische Machtverhältnisse

geprägt sind und kulturelle Differenzen und Hierarchien sowie reduzierende Identitätspolitiken herstellen, versucht Said dann die Analyse von „Overlapping Territories, Intertwined Histories“, wie es in einem Kapitel von „Culture and Imperialism“ (1993) heißt, entgegenzustellen (vgl. Williams 2004: 170). Dies zielt darauf ab, die „anderen“ nicht als ontologische Kategorie zu sehen, sondern Verbundenheit sichtbar zu machen. Dies soll durch das Aufzeigen territorialer und historischer Verwobenheit geschehen. Identitätskategorien sind dann als historisch gewordene zu verstehen, und dadurch soll die Entgegensetzung von Menschen, welche oft mit Kultur verbunden ist, überwunden werden.

Cultures may then be represented as zones of control or of abandonment, of recollection and of forgetting, of force or of dependence, of exclusiveness or of sharing, all taking place in the global history that is our element. Exile, immigration, and the crossing of boundaries are experiences that can therefore provide us with new narrative forms or, in John Berger's phrase, with other ways of telling (Said 1989:225).

Wie sich in diesem Zitat zeigt, sollen gerade jene Identitäten betrachtet werden, an welchen sich die Überschneidung verschiedener Identitäten am besten zeigt. Diese sind dort zu finden, wo Menschen in unterschiedlichen Territorien leben und Grenzen überschreiten. Die Forderung nach anderen Arten des Sprechens ist aber auch dahingehend zu hinterfragen, ob und inwiefern dies möglich ist, eingedenk der Sache, dass dem System der Sprache eine vorhergehende Struktur der *différance* zugrunde liegt, wie es Derrida aufzeigt (vgl. Kapitel 3.1.1.), oder wenn an die Verstrickung der Sprache in Herrschaftszustände erinnert wird, wie sie sich auch bei Foucault findet (vgl. Kapitel 3.1.2.). An diesem Punkt soll nun zu dem nächsten Kapitel und der Beschäftigung mit Gayatri Chakravorty Spivak übergegangen werden, da sie sich unter anderem auch mit den Möglichkeiten beschäftigt, die andere Arten des Sprechens bergen.

3.3.2. Gayatri Chakravorty Spivak

Das Licht der Welt erblickte Spivak 1942 in Kalkutta (vgl. Nandi 2006:129). Sie wuchs in einer Mittelschichtfamilie einer gut gestellten Kaste auf (vgl. ebenda). Sie besuchte allerdings keine angelsächsische Schule, wie die meisten anderen Kinder, sondern eine, die geleitet wurde von der sogenannten unberührbaren Kaste, die in Indien sozial schlecht gestellt ist (vgl. ebenda). 1959 beendete Spivak ihr Studium in Kalkutta und ging nach Iowa, USA, um bei Paul de Man zu promovieren (vgl. ebenda). Zu erster Popularität verhalf ihr die Übersetzung von Derridas „De la Grammatologie“ (1997) und hier vor allem auch das von ihr verfasste Vorwort (vgl. Nandi 2006:129). Derzeit lehrt Spivak an der Columbia University in New York (vgl. ebenda:130). Eine weitere wichtige Tätigkeit ist die Ausbildung von Lehrer_innen, die derselben sozialen Gruppe angehören wie jener, zu der ihre Lehrer_innen gehörten (vgl. ebenda). Außerdem gehört sie der Subaltern Studies Group an. Der Unterscheidung zwischen „Postkolonialität“ und „postcoloniality“ in Kapitel 3.3. folgend, kann Spivak stärker Letzterer zugerechnet werden, da sie auch ökonomische Ungleichheiten stark berücksichtigt (vgl. ebenda). Ein wichtiger Unterschied zu anderen Theoretiker_innen der Postkolonialen Theorie ist, dass sie die Heterogenität sog. Dritte-Welt- Länder betont (vgl. ebenda).

Im Folgenden sollen nun besonders ihre kritischen Überlegungen zu der Repräsentation von Subalternen untersucht werden. In diesen Zusammenhang ist vor allem ihr Werk „Can the Subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation“ ([1988] 2011) von großer Bedeutung, auf welches daher nun eingegangen werden soll.

Im ersten Kapitel dieses Aufsatzes wendet sich Spivak anhand eines Gespräches zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze dem französischen Poststrukturalismus zu (vgl. Spivak 2011:21). Dieses Gespräch trägt den Titel „Die Intellektuellen und die Macht: Ein Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze“ (Deleuze/Foucault 1977). Spivak kritisiert an Foucault, dass er annimmt, dass die „anderen“ für sich selbst sprechen können und die Aufgabe der Intellektuellen darin besteht, sich von der Repräsentation dieser zurückzuziehen (vgl. Dhawan 2010:373). Ihnen kommt dann die Aufgabe zu, Machtformationen zu kritisieren, als deren Kompliz_innen sie gesehen werden können (vgl. ebenda). Kompliz_innen sind sie, da auch sie Wissen in den Dienst der herrschenden Macht stellen. Spivak gibt zu bedenken, dass durch die Annahme, die Subalternen könnten für sich selbst sprechen, ein mit sich identisches, handlungsfähiges Subjekt wiedereingeführt wird sowie die Annahme, dass Sprechen Subjektivität ausdrückt (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005:71). Dies ist nicht zuletzt der Ausblendung von

Fragen der Ideologie und den Auswirkungen dieser auf Begehrensstrukturen der Individuen geschuldet (vgl. Spivak 2011:21f.). Spivak führt dagegen an, dass Intellektuelle sich nicht ihrer Verantwortung der Repräsentation entziehen dürfen. Zu dieser Ansicht gelangt sie mittels einer auf Marx zurückgehenden Unterscheidung des Begriffes der Repräsentation in Vertretung und Darstellung (vgl. ebenda: 36). Vertretung ist „Repräsentation im politischen Zusammenhang. Repräsentation im ökonomischen Zusammenhang ist *Darstellung*“ (ebenda, Kurs. i. O.). Dies ist wichtig, um im Blick zu behalten, dass eine Klasse zwar eine darstellbare soziologische Gruppe sein kann, dennoch aber zu heterogen sein kann, um ein gemeinsames Interesse auszubilden, anhand welchem politische Forderungen verfolgt werden können (vgl. ebenda: 32f.). Aus diesem Grund kann es sein, dass politische Vertreter_innen benötigt werden. Eine Vermischung der Bedeutungen ist zu vermeiden (vgl. ebenda), insbesondere wenn es geschieht „um zu sagen, dass der Ort, wo unterdrückte Subjekte *für sich selbst* sprechen, handeln und wissen, jenseits von beiden liege, [dies] führt zu einer essentialistischen, utopischen Politik“ (ebenda, Kurs. i. O.). Dies kann so gelesen werden, dass der Rückzug der Intellektuellen sowohl von der Darstellung wie auch der politischen Repräsentation zu Essentialismen führen kann, denn gerade dies lässt Intellektuelle und ihre Rolle im Prozess der Wissenskonstitution verschwinden (vgl. ebenda: 29f.). Vielmehr müssen diese sich laut Spivak ihre Verantwortung eingestehen und die Subalternen vorsichtig vertreten. Dies kann geschehen, wenn nicht vergessen wird, dass es sich um eine Darstellung oder Vertretung handelt, welche eben nicht ein authentisches Für-sich-Selbst sprechen ist. Dhawan schreibt hierzu, dass „das „Im-Namen-des-Anderen-sprechen“ [...] immer auch mit einer Interpretation einher[geht], die es nötig macht, den Prozess der Repräsentation dauerhaft transparent zu gestalten“ (Dhawan 2010:376). Vertretung ist also nicht gleich Darstellung. Dies gilt es sichtbar zu machen, indem zum Beispiel die „heterogenen Subjektpositionen“ (Castro Varela/Dhawan 2005:71) dargestellt werden, die die homogene Masse der Subalternen, die durch Machtverhältnisse konstituiert sind, irritieren (vgl. ebenda).

Im zweiten Kapitel geht Spivak dann darauf ein, dass Intellektuelle wie Foucault und Deleuze Wissen über die „anderen“ nur durch indigene Informant_innen erhalten (vgl. Spivak 2011:46). Diese können sprechen und sind meistens selbst Intellektuelle der jeweiligen Länder. Dieses Faktum weist auf eine „epistemische Gewalt“ (ebenda:46f.) hin, welche darin besteht, dass die Subalternen hinter den Intellektuellen verschwinden und es diesen erlaubt für sie zu sprechen. Spivak stellt dann die Frage, ob Subalternen sprechen können (vgl. ebenda 47).

Im dritten Kapitel kommt Spivak auf Derrida zu sprechen. Dieser ist ein bedeutender

Bezugspunkt für sie, da er „als europäischer Philosoph, die Tendenz des *europäischen* Subjekts artikuliert, den/die Andere/n als Randphänomen eines Ethnozentrismus zu konstituieren, und darin das Problem aller logozentristischen und daher auch grammatologischen Bemühungen [...] verortet“ (ebenda:71, Kurs. i. O.). Derrida versucht das denkende europäische Subjekt zu dekonstruieren (vgl. ebenda). Dies findet durch eine Verschiebung statt, die das Denken vom Subjekt weg in den Text hineinverschiebt. Dieser Text soll dann dem/der europäischen anderen überlassen werden (vgl. ebenda). Dies kann so gelesen werden, dass Text immer von Interpretation abhängt, welche nicht vom denkenden Subjekt geprägt ist, sondern von den Machtstrukturen, in welche es eingebunden ist. Derrida plädiert dann dafür, den anderen in uns zu hören (vgl. ebenda:72). Dies ist der Herangehensweise von Foucault insofern entgegengesetzt, als dieser sich dafür ausspricht, die/den andere_n sprechen zu lassen. Was bei dieser Bezugnahme verschwindet, ist, dass jedes Sprechen wiederum mit einem Hören verbunden ist, welches auch immer eine interpretative Handlung darstellt, die innerhalb von Machtstrukturen stattfindet (vgl. ebenda:73). Bei Derrida geht es vielmehr darum, die Spuren des anderen in uns zu erkennen, das also, was uns erlaubt, etwas zu sein, in dem wir ausschließen, es zu sein (vgl. Kapitel 3.1.1.).

Wichtig findet Spivak aber den Hinweis Foucaults auf die verschiedenen Machtwirkungen, wie Disziplinierung, Normierung und Normalisierung, welche bei der Subjektformation eine Rolle spielen (vgl. Spivak 2011: 72). Es ist interessant, dass Foucault einerseits die Rolle der Macht bei der Konstitution der Individuen erkennt, andererseits aber auch die Möglichkeit sieht, Widerstandspraktiken auszuüben und Gegendiskurse zu formulieren (vgl. Kapitel 3.1.2.). In Bezug auf Gegendiskurse ist kritisch zu betrachten, dass diese, wie Dhawan einräumt, auch „das Risiko der Reproduktion der gewaltsamen Macht-/Wissen-Dynamik in sich“ (Dhawan 2010:380) tragen.

Spivak wird andererseits oft vorgeworfen, dass sie durch die Feststellung, dass die Subalternen nicht sprechen können (vgl. ebenda: 106), diese noch mehr in der Möglichkeit des Sprechens einschränkt, „dass sie mit ihrem Text erneut das Stereotyp des schweigenden und passiven nicht-westlichen Subjekts stabilisiert“ (Castro Varela/Dhawan 2005:76). Im vierten Kapitel des Aufsatzes „Can the Subaltern speak?“ führt Spivak ein Beispiel einer Frau an, welche sich aus politischen Gründen im Befreiungskampf 1926 erhängte, da sie einen politischen Mord, den sie durchführen sollte, nicht durchführen konnte (vgl. Spivak 2011:104). Dieser Selbstmord wurde von ihr einerseits als rituelle Handlung, als sati-Selbstmord der Witwen in Indien, konzipiert, andererseits wurde dieses Ritual auch von ihr verändert, indem sie nicht das Ende, sondern den Beginn ihrer Menstruation erwartete (vgl. ebenda:104). Nach dem Selbstmord der Frau wurde der

mögliche Zusammenhang mit den Unabhängigkeitskämpfen, in die sie involviert war, verkannt und als Ursache eine unglückliche Verliebtheit angenommen (vgl. ebenda). Dieses Beispiel zeigt auf, dass die Frau hier sehr wohl handlungsfähig ist und selbstbestimmt handelt, andererseits wird auch deutlich, dass sie nicht verstanden wird. Die Feststellung Spivaks, dass Subalterne nicht sprechen können, bezieht sich also darauf, dass sie nicht gehört werden und dadurch die subjektive Artikulation nicht möglich ist.

Spivak schlägt auch konkrete Wege vor, wie mit dieser Unmöglichkeit des Für-sich-selbst Sprechens der Subalternen umgegangen werden kann. Einerseits findet sich hier bei Spivak die Formulierung eines „strategischen Essentialismus“ (Castro Varela/Dhawan 2005:71). Dieser bezieht sich ihr folgend immer auf einen bestimmten problematischen Kontext und darf nicht mit einem „echten“ Essentialismus verwechselt werden (vgl. Nandi 2006:134).

Ein subalternes Bewusstsein sei demnach eine „theoretische Fiktion“ mit hohem strategischen Wert, insofern es ermöglicht, die dominante koloniale und national-bürgerliche Geschichtsschreibung einer fundamentalen Kritik zu unterwerfen (Spivak 1988 zit. n. CastroVarela/Dhawan 2005:71f.).

In oben angeführtem Zitat kann erkannt werden, dass es sich bei einem strategischen Essentialismus um eine temporäre Intervention handelt, welche der Kritik eines bestimmten Umstandes dient. Gegen eine Verfestigung dieses strategischen Essentialismus trägt auch bei, dass Spivak besonders stark dafür eintritt, die Rolle der Intellektuellen bei der Repräsentation der anderen kontinuierlich zu hinterfragen (vgl. Nandi 2006:132). Dies ist auch von Bedeutung, da, wie in den vorhergehenden Ausführungen deutlich geworden sein sollte, die/der Subalterne gerade auch durch die Diskurse eingeschränkt wird, welche seine Position eigentlich verbessern sollen (vgl. Dhawan 2010:381). In diesem Kontext ist zu beachten, dass „unser Sprechen [...] sich parasitär [verhält] zum subalternen Schweigen - auch dann, wenn unser Schweigen keine Garantie dafür liefert, dass die Subalterne gehört wird“ (Dhawan 2010:383f.). Hier wird Schweigen als eine mögliche und begrüßenswerte Handlung von Intellektuellen in Bezug auf die Repräsentation von Subalternen verstanden. Es wird aber auch Schweigen aufseiten der Subalternen betrachtet. Spivak redet hier immer wieder von der Notwendigkeit, das Schweigen zu vermessen (vgl. Spivak 2011:78). Schweigen wird als bewusste Widerstandshandlung verstanden, die sich in der Weigerung, an Diskursen teilzunehmen, darstellt, was auch als Weigerung verstanden werden kann, sich in eine repräsentierte Subjektposition zu begeben (vgl. Dhawan 2010:385). Dhawan schreibt hierzu, dass „dieser Ansatz [...] den Fokus von den traditionellen logozentrischen Strategien des Widerstandes auf Möglichkeiten der Subversion durch ein Hören, das die Machtdynamiken zwischen aktivem Sprechendem und passivem Hörendem transformiert“

(ebenda) verschiebt. Für die postkoloniale Intellektuelle geht es darum, aufmerksam zuzuhören und das Ungesagte in Diskursen zu hören, bzw. geht es darum, Handlungen aus der Position der Subalternen zu interpretieren. Dies muss immer wieder kritisch hinterfragt werden, da dies sonst wieder durch machtvolle Diskurse vereinnahmt werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Spivak westliche Vorstellungen eines authentischen mit sich selbst identischen politischen Subjektes, das für sich selbst sprechen kann, kritisiert. Die Schwierigkeiten, für sich selbst zu sprechen, rühren einerseits aus der Heterogenität der Subalternen her, andererseits auch daher, dass selbst bei einem Sprechen oder Handeln dieses den herrschenden Machtverhältnissen folgend missverstanden werden kann. Im Zusammenhang mit der Unterscheidung zwischen politischer Vertretung und ökonomisch-soziologischer Darstellung plädiert Spivak dann für eine vorsichtige Vertretung durch Intellektuelle anhand der Formulierung eines strategischen Essentialismus, dieser muss einhergehen mit kontinuierlicher Selbstkritik und sorgsamem Zuhören.

3. 4. Judith Butler

Judith Butler wurde 1956 in Amerika geboren (vgl. Kämpf 2006:246). Sie studierte Philosophie und ist seit 1993 an der Universität Berkeley beschäftigt, wo ihr Gebiet Rhetorik und vergleichende Literaturwissenschaft ist (vgl. ebenda). Butler soll nun herangezogen werden, um weiteren Fragen der Macht und Repräsentation sowie der politischen Handlungsfähigkeit von stigmatisierten Menschen nach zu gehen.

Beachtung erregte Butlers Werk „Das Unbehagen der Geschlechter“ ([1990] 1991) in der feministischen Diskussion, denn in diesem hinterfragt sie die Konstruktion der Identitätskategorie „Frau“ als politisches Subjekt (vgl. Lorey 1996:7). Zugrundeliegend ist hier die Annahme, dass Subjekte in diskursiven Praktiken, die in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse eingebunden sind, erzeugt werden (vgl. ebenda:8). Eine Vorannahme Butlers, auf der sie ihre theoretische Herangehensweise errichtet, ist, dass es kein Außerhalb von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen gibt (vgl. ebenda:10). Dies wird dann von ihr ergänzt mit einer dekonstruktivistischen Überlegung (vgl. ebenda), die darin besteht, dass die nicht hegemoniale Position eben nicht außerhalb von Herrschaftsverhältnissen steht, sondern in diesen immer in einer gegensätzlichen Relation zu hegemonialen Positionen, die durch die Existenz des Ausgeschlossenen erst konstituiert wird. Ersichtlich wird hier, dass Butler anscheinend einen

relationalen Charakter von Macht annimmt, der dann in der Unterscheidung zwischen einer machtvollen Norm und einem machtlosen Abweichenden besteht. Lorey weist hier darauf hin, dass durch eine solche Sichtweise von Macht diese nicht mehr unterscheidbar ist von Herrschaft, wie sie es bei Foucault ist (vgl. Kapitel 3.1.2.), und darüber hinaus Macht homogenisiert wird (vgl. ebenda: 67). Was Butler betrachtet ist, wie Lorey feststellt, „die Wirkungsmächtigkeit hegemonialer, binär strukturierter Herrschaftsmechanismen“ (ebenda:68). Dies erlaubt es ihr dann weiters auch, nach Konsequenzen von solchen binären Konstruktionen zu fragen. Diese sind nicht zuletzt bei der Subjektkonstitution oder traditionellen Konzeptionen des Subjekts zu sehen.

Dies wird deutlich, wenn sich Butler gegen ein cartesianisches Verständnis der Subjektivität wendet (vgl. ebenda:71). Dieses geht auf die in Kapitel 3.1.3. schon erwähnten „Meditationen“ ([1641]1993) Descartes zurück. Bei Descartes ist das eigene Denken das Fundament, anhand dessen das Subjekt sich seiner gewiss sein kann. Diese Konzeption evoziert ein „autonomes, voluntaristisches Subjekt“ (Lorey 1996:75), dem Butler sich verwehren will. Dieses wird weiters bei Descartes als unabhängig von der äußeren, trügerischen Empirie gedacht, womit implizit eine Trennung zwischen der Natur des Subjektes und der äußeren Kultur angenommen wird. Weiters wird nach Descartes in dem Denken des Subjektes die Natur abgebildet, dies stellt dann ein Repräsentationsverhältnis des Seins im sprachlich verfassten Denken dar, woran Butler dann auch eine Repräsentationskritik anschließt (vgl. ebenda:76). Ihrer Ansicht nach ist die Wirklichkeit nicht etwas, das Repräsentationsprozessen und dadurch gesellschaftlicher Bedeutungsgebung vorangeht, sondern sie wird vielmehr erst durch interpretative Leistungen geschaffen und wird daher nicht repräsentiert, sondern konstruiert (vgl. ebenda:79).

In Bezug auf die Konstitution von Subjekten ist hier dann der Begriff der „Subjektivation“ (Villa 2010:411) wichtig. Dieser beschreibt: „den zwingend ambivalenten, politisch problematischen und subjektiv leidvollen „Prozess der Subjektwerdung““ (ebenda), der zentral über Anrufungen der Subjekte mit sprachlichen Identitätszuweisungen funktioniert (vgl. ebenda). Hier greift Butler die Sprechakttheorie John Longshaw Austins und die darin entwickelte Konzeption performativer Sprechhandlungen (vgl. Moebius 2009:154) auf. In dieser wird unterschieden zwischen „perlokutionären Akten“ (Reese-Schäfer 2000:290), die die sprachliche Aufforderung durch eine Handlung erfüllen, und „illokutionären Akten“ (ebenda), in welchen das Gesagte selbst eine Handlung ist und auf die Individuen wirkt (vgl. ebenda). Diese werden daran anschließend bei Butler erst in der Sprache zu Subjekten und zwar durch Wiederholungen von Normen (vgl. Moebius 2009:154). Es gibt also kein vorgängiges Subjekt, „sondern nur zitathafte

Wiederholungspraktiken kultureller Codierungen“ (ebenda:155). Villa weist darauf hin, indem sie schreibt, dass wir nie „autonom [sind], insofern wir existentiell abhängig sind von einem Wissen um uns selbst, das sprachlich/kategorial verfasst ist“ (Villa 2010:413). Dieses Zitat weist auch auf die Bedeutung sprachlicher Anrufung hin, da sie dem Individuum erst eine Existenz als Subjekt erlaubt. Anhand dieses Hinweises kann auch verstanden werden, dass negative Anrufungen von den betroffenen Subjekten oft umgewertet werden. Butler betont, dass Anrufungen herrschaftsförmig sind. Sie weist darauf hin „daß [sic!] Diskurse keine Abbildungen von Praktiken sind, sondern die Produktivität von diskursiven Praxen in der binären Strukturierung von Ein- und Ausschlüssen besteht“ (Lorey 1996:80). Es ist zu beachten, dass sprachliche Anrufungen auch materielle Implikationen haben und sich auf den Körper, Verhaltenspraktiken sowie auch Institutionen auswirken (Moebius 2009:155).

Diese Einsichten wendet Butler dann kritisch auf feministische Repräsentationspolitiken von Frauen an (vgl. Lorey 1996:81). Indem diese ein politisches Subjekt „der Frau“ anrufen, können sie Ausschlüsse produzieren, da dieses nicht die ganze Heterogenität der Frauen umfasst. Butler schreibt hierzu:

Die Bereiche der politischen und sprachlichen „Repräsentation“ legen nämlich vorab die Kriterien fest, nach denen die Subjekte selbst gebildet werden, so daß [sic!] nur das repräsentiert werden kann, was als Subjekt selbst gebildet werden kann, was als Subjekt gelten kann. Oder anders formuliert: Bevor die Repräsentation erweitert werden kann, muss man erst die Bedingungen erfüllen, die notwendig sind, um überhaupt Subjekt zu sein (Butler 1991:16).

Die Kriterien dafür, wer als Subjekt gelten kann werden nicht hinterfragt und es bleibt unsichtbar, dass schon die Konzeption an sich Ausschlüsse für viele abweichende Individuen mit sich bringt. Des Weiteren wird an der feministischen Repräsentationspolitik auch deutlich, dass mittels der Konstitution von spezifischen Subjektivitäten diese in spezifischer Weise geschaffen und sichtbar werden. So wurden etwa lange Zeit „women of colour“ und ihre Bedürfnisse nicht berücksichtigt. Lorey schreibt dazu:

Kategorisierungen sind bei Butler wegen dieses gleichzeitigen Entstehen von Intelligiblem und Nicht- Intelligiblem, von Ein- und Ausgeschlossenem, nicht repräsentativ, sondern produktiv. Identitätskategorien bringen also das, was sie zu benennen vorgeben erst hervor (Butler 1996:84).

Diese Produktivität der Kategorisierungen hängt mit einer Erwartungshaltung zusammen, die darin besteht, dass das, was kategorial erfasst wird, z. B. die Frau, auch mit all ihren Eigenschaften vorgefunden wird (vgl. ebenda). Diese Kategorien sind bei Butler immer auch normative Ansprüche (vgl. ebenda:92).

Die Frage ist dann, wie sich die Heterogenität von Frauen beschreiben lässt. Diese Frage ist wichtig, da Differenzen als der Sprache vorgängig gedacht werden können. (vgl. ebenda:86). Butler antwortet hier, dass sprachliche Repräsentation immer Ausschlüsse und damit Differenzen erst produziert, die diese dann wiederum infrage stellen (vgl. ebenda:87). Differenzen werden bei ihr in Abweichung von einer Norm oder auch Kategorisierung konstituiert. (vgl. ebenda:90). Des Weiteren kann auch darauf hingewiesen werden, dass stets nur gewisse Unterschiede zwischen Menschen zu differenzierenden werden, was die Verstrickung von Differenzen in Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzeigt. Butler schreibt in Bezug auf das Ausgeschlossen aus der Einheit:

Diese Unvollständigkeit wird das Ergebnis einer ganz bestimmten Reihe sozialer Ausschlüsse sein, die wiederkehren, um die durch Negation definierten Identitätsansprüche heimzusuchen; [...] Daß [sic!] es keine letzte oder vollständige Inklusivität geben kann, ist deshalb eine Funktion der Komplexität und Geschichtlichkeit eines sozialen Feldes, das niemals durch irgendeine gegebene Beschreibung zusammengefaßt werden kann und das aus demokratischen Gründen auch niemals zusammengefasst werden sollte (Butler 1995:290).

Wie in diesem Zitat ersichtlich wird, lässt sich das soziale Feld nicht abschließend beschreiben und bietet daher Möglichkeiten zur Kritik (vgl. Lorey 1996:88). Dieses soziale Feld beinhaltet auch die konkreten Erfahrungen der Menschen, welche sprachlich vereinheitlicht werden (vgl. Villa 2010:409). Durch den Überschuss an konkreter Erfahrung, die sich den vereinheitlichenden Bezeichnungen entziehen, eröffnen sich Veränderungsmöglichkeiten in Bezug auf die binär oppositionale Festlegung. Hier findet sich bei Butler ein wichtiger Begriff, nämlich der der „Performativität“ (ebenda:86). Dieser „bedeutet demnach, daß [sic!] Ausschlüsse, die durch Repräsentationsansprüche entstehen, genau diese Ansprüche wieder in Frage stellen“ (ebenda). Mit der der Sprache eigenen Performativität hängt auch zusammen, dass die Subjektkonstitution bei Butler niemals abgeschlossen ist und immer auch misslingen kann (vgl. ebenda 93 ff.). Sie schreibt hierzu:

Begriffe sind kein Eigentum, sie nehmen jeweils ein Leben an und richten sich auf Ziele, für die sie niemals gedacht waren. Sie sind nicht bloß verdorbene Ware, allzu sehr an die Geschichte der Unterdrückung gebunden; aber sie haben auch keine reine Bedeutung, die aus den verschiedenartigen Formen ihres politischen Gebrauchs herausdestilliert werden könnte (Butler 2006:251).

Indem Butler in diesem Zitat auf die Kontingenz sprachlicher Begriffe hinweist, macht sie deutlich, dass die Bedeutung dieser Begriffe und Anrufungen niemals fixiert werden kann und eine abweichende Verwendung möglich bleibt. Butler weist darauf hin, dass es „(a)n stelle einer staatlich gestützten Zensur [...] um einen gesellschaftlichen und kulturellen Sprachkampf [geht], indem sich die Handlungsmacht von der Verletzung herleitet und ihr gerade dadurch entgegentritt“ (Butler 1998:64). Dies zeigt sich zum Beispiel auch bei der Umdeutung des Wortes „queer“ von einer pejorativen Bezeichnung für homosexuelle Männer zu einer positiven

Benennung der eigenen Identität (Villa 2003:107).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei Butler Identitäten durch Sprache konstituiert werden, welche von Macht determiniert ist. So gibt es auch keine Identitäten außerhalb von Machtverhältnissen. Anschließend an Derrida (vgl. Kapitel 3.1.1.) denkt Butler Identitäten ebenfalls in binären Oppositionen konstituiert. Sie lehnt, wie auch schon Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.), die Konzeption eines autonomen Subjektes ab und weist auf die sprachliche Bedingtheit von Subjektivität hin. Die Subjektivierung ist ein Prozess der Identitätsbildung, welcher über die Anrufung der Subjekte mit kulturellen Identitätszuweisungen, die immer wieder wiederholt werden, geschieht. Hierbei werden konkrete Lebenserfahrungen von Menschen reduziert und Menschen homogenen Identitätskategorien untergeordnet. Allerdings ist dieser Prozess nie abgeschlossen und das Ausgeschlossene kehrt immer wieder zurück und stellt Subjektivitäten auch infrage. So eröffnet sich ein Raum für politische Handlungsfähigkeit.

3. 5. Giorgio Agamben

In diesem Kapitel soll nun noch abschließend auf Giorgio Agamben eingegangen werden. Dieser bildet einerseits einen guten Anschlusspunkt an Judith Butler, da er ebenfalls jene betrachtet, welche abweichende Identitäten darstellen. Andererseits stellt er auch einen guten Schlusspunkt dar, da er expliziter als vorhergehende Autor_innen eine politische Theorie formuliert und in dieser viele zuvor schon erwähnte Gedanken zusammenführt.

Zuerst soll nun auf den Begriff des „Ausnahmezustandes“ bei Giorgio Agamben eingegangen werden. Carl Schmitt, mit welchem Agamben sich auseinandersetzte, benutzte den Begriff noch vor ihm. Die Entscheidung über den Ausnahmezustand stellt bei Carl Schmitt die Grundlage für die Gründung einer Rechtsordnung dar (vgl. Schmitt 1934:19). Es geht um eine Entscheidung zwischen Freund und Feind, zwischen dem, der dazugehört, und dem, der als fremd definiert und ausgeschlossen wird (vgl. Schmitt 1963: 26). Hierbei handelt es sich um die „spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen“ (ebenda). Des Weiteren ist es wichtig, dass bei Schmitt diese Entscheidung über den Ausnahmezustand eine existenzielle Bedeutung hat. So schreibt er, dass die „Begriffe Freund, Feind und Kampf [...] ihren realen Sinn dadurch [erhalten], daß [sic!] sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten“ (ebenda:33). Die Unterscheidung zwischen Freund und Feind beinhaltet Konsequenzen, welche konkrete

Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben, wie auch Kirk Wetters schreibt:

Schmitt's conception of the extralegal norm, „the normal situation“ for which the sovereign is responsible, is a norm that is and establishes a „way of life“, a certain form of life that, at the extreme, may also be represented as a biological norm prior to all legal and social norms (Wetters 2006:38).

Die Entscheidung über den Ausnahmezustand definiert, welches Leben gelebt und welches bekämpft werden sollen. Auf diese als biopolitisch zu bezeichnenden Konsequenzen ist später zurückzukommen.

Für Giorgio Agamben nun zeigt sich im Ausnahmezustand die politisch-juridische Struktur des heutigen Staates. Auch bei ihm ist im Ausnahmezustand der Normalzustand begründet, auf welchen sich die Rechtsordnung gründen kann, indem der Naturzustand ausgeschlossen wird (vgl. Böckelmann 2007:141). Dieser Naturzustand wird einerseits ausgeschlossen, andererseits wird er dadurch konstituiert und bleibt als das Ausgeschlossene präsent (vgl. Reitz 2007:61). Es findet sozusagen, wie Agamben es nennt, eine ausschließende Einschließung statt (vgl. Agamben 2002: 28), da das Ausgeschlossene die Bedingung des Eingeschlossenen ist. Es ist in der Gewalt des Souveräns, dass er „mit der Schaffung ausnahmezuständlicher Bereiche den kategorial rechtlosen bzw. vorrechtlichen Raum des Naturzustandes selbst wieder zum Leben erwecken kann“ (Reitz 2007: 62).

In den Naturzustand kann verbannt werden, was Agamben „nacktes Leben“ (Agamben 2002:120) nennt. Um die Bedeutung dieses Begriffes zu verstehen, ist die Unterscheidung zwischen *bios* und *zoe* wichtig. Agamben zufolge meint „*bios*, [...] die einem Einzelnen oder einer Gruppe eigene Form oder Art zu leben“ (Agamben 2001a:13). Es wird eine Lebensweise in ihrer Qualität ausgedrückt. *Zoe* hingegen meint das einfache Lebendigsein, „das Ausdruck war für die einfache Tatsache des Lebens und allen Lebenden [...] gemein ist“ (ebenda). Tilman Reitz folgend ist das Leben als *zoe* definiert

Resultat einer Abstraktion, die vom menschlichen Dasein zunächst die im weitesten Sinne politischen Qualitäten abzieht – nicht mehr die je spezifische *Lebensweise* mit Rechten, Pflichten, gemeinsamen Standards, Werten und Zielen (*bios*) steht zur Debatte, sondern nur noch das *factum brutum* der manipulierbaren und verfügbaren physischen Existenz (*zoe*) (Reitz 2007:49).

Im Ausnahmezustand vollzieht sich die Entscheidung darüber, was als *bios* ein- und was als *zoe* ausgeschlossen wird. Die Entscheidung ist im Ausnahmezustand aber noch nicht getroffen. Auf dies weist auch Janine Böckelmann hin, wenn sie schreibt, „dass Leben in dieser Situation rein materiell-biologisch zu fassen ist, da es auch noch nicht durch die Ausschließung des Menschen als *zoe* definiert ist“ (Böckelmann 2007:142). Dieses Leben nun kann als nacktes Leben bzw.

„Homo sacer“ (Agamben 2002:120) bezeichnet werden. Beim Homo sacer handelt es sich um eine Trope, welche Agamben aus dem römischen Recht aufgreift (vgl. Machart 2010:223). Sein Charakteristikum ist, dass er getötet werden darf, da er aus dem weltlichen Recht ausgeschlossen ist, aber nicht geopfert werden kann, da er auch aus dem religiösen Recht ausgeschlossen ist (vgl. ebenda). Er markiert also ein Dazwischen zwischen zwei verschiedenen Ordnungen und dadurch auch das absolut Ausgeschlossene des Ausnahmezustandes. In ihm findet sich eine Verbindung zwischen zweierlei, wie Agamben schreibt: „das nackte Leben und die Macht, den Homo sacer und den Souverän“ (Agamben 2002:120).

In diesem Zusammenhang ist auch der Begriff der „Biopolitik“ von Bedeutung. Dieser geht auf Michel Foucault zurück und findet dort statt

wo bzw. sobald physische und organische, auch naturwissenschaftlich zugängliche und mit anderen Lebewesen geteilte Funktionen der Menschen zum Gegenstand von Politik werden: ihre Fortpflanzung, ihre Ernährung, ihre Gesundheit, ihre Bewegung und Begierden (Reitz 2007:48).

Anders als Foucault betrachtet Agamben aber keine Prozesse der Subjektwerdung (vgl. z. B.: Reitz 2007). Ihm geht es darum zu zeigen, dass der Souverän keine Norm eines bestimmten Lebens mehr etabliert, sondern ein fortdauernder Zugriff auf nacktes, materiell-biologisches Leben erfolgt. So weist Agamben darauf hin, dass *[m]an [...] sogar sagen [kann], dass die Produktion eines biopolitischen Körpers die ursprüngliche Leistung der souveränen Macht ist*“ (Agamben 2002:16, Kurs. i. O.).

Auch Agamben misst, wie Schmitt, dem Ausnahmezustand reale Bedeutung zu, wie sich zeigt, wenn er schreibt, „dass (wie heute allen klar ist) *der Ausnahmezustand die Regel ist*“ (Agamben 2001c:108, Kurs. i. O.). Der virtuelle Ausnahmezustand herrscht faktisch durch die Möglichkeit, dass er permanent zum wirklichen werden kann, wie sich an den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten zeigt, welche „das Paradigma der Möglichkeitsverwirklichung“ (Geulen 2005:100) darstellen. In den Lagern herrscht der Ausnahmezustand, weil das Recht suspendiert wird. Es zeigt sich hier, dass der „rechtsleere Raum“ des Ausnahmezustands [...] seine raumzeitlichen Grenzen durchbrochen [hat], und in dem er sich über sie hinaus ergießt, droht er nunmehr überall mit der normalen Ordnung zusammenzufallen, in der von neuem alles möglich wird.“ (Agamben 2002:48). Die raumzeitlichen Grenzen wurden dabei durchbrochen, in dem die Lager im Staat verortet und dauerhaft werden. Dies geschieht Agamben zufolge weil „*[d]ie zunehmende Auflösung des Zusammenhangs zwischen Geburt (dem bloßen Leben) und Nationalstaat [...] die neue Tatsache der Politik in unserer Zeit [ist]*“ (Agamben 2001b:48, Kurs. i. O.). Dies bedeutet, dass die Inklusion des bloßen Lebens in den Nationalstaat nicht mehr

automatisch durch die Zugehörigkeit qua Geburt geschieht. Aus diesem Grund muss eine andere Form der Einbindung gefunden werden, und diese stellt den dauerhaften Zugriff auf das nackte Leben dar. Der Staat reduziert die Lebens-Form hier auf bloßes Leben und enthält dadurch das eigentlich Politische vor.

Der Begriff der „Lebens-Form“ bezeichnet ein „Leben, das nicht von seiner Form geschieden werden kann, ist ein Leben [*vita*], dem es in seiner Lebensweise [*modo di vivere*] um das Leben [*vivere*] selbst geht, und dem es in seinem Leben [*nel suo vivere*] vor allem um seine Lebensweise geht“ (Agamben 2001a:13, Kurs. i. O.). Die Lebens-Form verbindet *zoe* und *bios* miteinander, sodass diese nicht voneinander getrennt werden können und es dadurch zu keiner Einschränkung der Möglichkeiten zu leben kommt. An dieser auf Aristoteles zurückgreifenden Auseinandersetzung ist entscheidend, dass „die Vorstellung eines Vermögens der eigenen Ohnmacht oder Impotenz einen jener Punkte markiert, an denen sich für Agamben die Möglichkeit abzeichnet, der so nachdrücklichen und gleichsam ausweglosen Struktur des souveränen Banns doch noch zu entkommen“ (Geulen 2005:79). So schreibt Agamben:

Wenn es heute eine soziale Macht [*potenza*] gibt, muss sie bis auf den Grund ihrer eigenen Ohnmacht [*impotenza*] gehen und, im Verzicht auf jeden Willen sowohl Recht zu setzen als auch es zu wahren, den Zusammenhang zwischen Gewalt [*violenza*] und Recht, zwischen Lebendem und Sprache an allen Orten sprengen (Agamben 2001c:108, Kurs. i. O.).

In diesem Zitat ist einerseits der Hinweis auf die eigene Ohnmacht wichtig. Jene Lebensmöglichkeiten, die vom Souverän in den Naturzustand verbannt sind, stellen die Möglichkeiten der eigenen Ohnmacht dar. Andererseits ist die Verweigerung der Entscheidung essenziell. Dies geschieht neuerdings auch im Ausnahmezustand, um den Zugriff auf das nackte Leben auf Dauer zu stellen. Dies wird von Susanne Lüdemann als „politische Entdifferenzierungskrise“ (Lüdemann 2008:33, Kurs. i. O.) bezeichnet. Agamben postuliert, dass genau in dieser Nichtunterschiedenheit eine Politik ihren Ausgang nehmen muss (vgl. Agamben 2001c:129). Denn dies ist die Möglichkeit der nicht-unterscheidenden Lebens-Form, in der der Mensch nicht endgültig als etwas definiert wird, sondern genau dies immer wieder Bestandteil der Reflexion wird. Die Menschen verbleiben dann in ihren je eigenen singulären Urteilen, ohne unter einen Begriff gebracht werden zu können. Zusammenfassend betont Agamben, dass

nur, wenn ich nicht schon immer und immer nur verwirklicht [*in atto*], sondern einer Möglichkeit [*possibilità*] und einer Potenz [*potenza*] anheimgestellt bin, nur wenn es in meinem Gelebten und in meinen Intentionen jeweils um das Leben und das Intendieren selbst geht - wenn es also in diesem Sinn Denken gibt -, dann kann eine Lebensform in ihrer eigenen Faktizität und Dinglichkeit *Lebens-Form* werden, in der es niemals möglich ist, etwas wie ein bloßes Leben zu isolieren. (Agamben 2001a:18, Kurs. i. O.)

Wie bei anderen Autor_innen, welche bisher herangezogen wurden, finden sich auch bei

Agamben sprachphilosophische Überlegungen. Dies deutete sich schon in dem Zitat zu Beginn dieser Seite an, wenn von der Notwendigkeit gesprochen wird, den Zusammenhang zwischen Lebenden und Sprache aufzulösen. Dies ist nötig, da eine axiomatische Festlegung des Menschen auf eine Lebensweise in der souveränen Deziision erfolgt. Einerseits ist Sprache das, was den Menschen als Mensch konstituiert und ihn genau dadurch trennt von dem, was als animalisch definiert wird (vgl. Böckelmann 2007:135). Agamben trennt in seinem Buch „Kindheit und Geschichte. Zerstörung der Erfahrung und Ursprung der Geschichte“ (2004) lexikalische Sprache von der Stimme oder Rede (vgl. Geulen 2005:43). So wird ein vorsprachlicher Bereich wieder gefunden, welcher einen Raum zwischen ursprünglicher Stimme und der erworbenen Sprache darstellt, indem eine Erfahrung der Gemeinsamkeit der Menschen stattfinden kann. Die Sprache als „reine Mittelbarkeit“ (Agamben 2001c:111) ohne substanziellen Inhalt soll es so ermöglichen, ein Gemeinsames der singulär bleibenden Menschen zu finden. So heißt es dann bei Agamben, dass „das, worum es in der politischen Erfahrung geht, [...] nicht ein höherer Zweck [ist], sondern das In-der-Sprache-Sein selbst als reine Mittelbarkeit, das In-einem-Mittel-Sein als irreduzible Bedingung der Menschen“ (Agamben 2001c:111). Sprache ist durch die Unabgeschlossenheit des In-der-Sprache-Sein von den objektivierenden und subjektivierenden Implikationen befreit und von einer ständigen Reflexivität begleitet.

Agambens theoretische Überlegungen lassen sich so zusammenfassen, dass im Ausnahmezustand eine Bezugnahme auf das nackte Leben, den Homo sacer bzw. den materiellen, biologischen Körper stattfindet. Dies stellt einen Zustand der Ausnahme dar, da die Unterscheidung zwischen der Lebensweise, die in den Normalzustand integriert wird, und jener, die in den Naturzustand ausgeschlossen werden, noch nicht getroffen ist. In einer solchen Unentschiedenheit sieht Agamben nun auch die Möglichkeit zu politischem Handeln, denn dieses muss sich auf Leben in all seinen Möglichkeiten beziehen. Dieser Bereich des politischen Handelns öffnet sich auch durch das Miteinandersprechen, sofern dies einen offenen Prozess bezeichnet.

3. 6. Zwischenfazit

In diesem Unterkapitel soll nun auf die zu Beginn erwähnten Fragen vor dem Hintergrund der erarbeiteten theoretischen Positionen eingegangen werden. Durch die Hereinnahme dieser Autor_innen entstand ein facettenreiches Bild und die gewählten Theoreme boten interessante Ansätze für die Fragestellung.

Begonnen werden soll mit der Frage, wie von den Theoretiker_innen die Bildung oder Existenz kollektiver Gruppen in Hinsicht auf deren Verbundenheit mit kulturellen Zuschreibungen gedacht wird. Derrida (vgl. Kapitel 3.1.1.) zufolge liegt jeder Konstruktion von Bedeutung eine Struktur der *différance*, der hierarchisch angeordneten binären Oppositionen, zugrunde. Identitäten werden in dieser gebildet, indem sie sich von anderen abgrenzen. Dies kann auch als kultureller Prozess verstanden werden, da einerseits die Oppositionen historisch gewachsen sind und andererseits Bedeutung nichts Vorhergegebenes ist, sondern erst mit Bezeichnung und Bezeichnetem entsteht. Es kann außerdem nicht jede Identität gelebt werden, sondern nur bestimmte oppositional strukturierte, welche durch das konstitutive Außen umgrenzt wird. Aufgrund der binären Opposition zwischen verschiedenen Eigenschaften oder der durch diese konstituierten Identitäten kann angenommen werden, dass sich kollektive Gruppen entlang dieser Eigenschaften formieren werden. Des Weiteren kann es dann dazu kommen, dass die miteinander geteilten kulturellen Eigenschaften als untrennbar mit bestimmten kollektiven Gruppen verbunden erscheinen.

Michel Foucault (Kapitel 3.1.2.) begreift Identitäten als durch Macht, die in Diskursen produziert wird, konstituiert. Wichtig ist hierbei, dass Macht immer auch mit Wissen verknüpft ist, dass es also zu spezifischem Wissen über andere kommt. Dieses Wissen sedimentiert sich auch in bestimmte Praktiken und wirkt auf die Mitglieder einer Gesellschaft zurück. Dies kann auch so verstanden werden, dass hier durch Macht und Wissen verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit vermeintlich kulturellen Eigenschaften konstituiert werden, die in einer Herrschaftsordnung aufeinander bezogen sind, oder um Herrschaft kämpfen.

Dies lässt sich auch gut bei Edward Said sehen (Kapitel 3.2.1.), da er in seiner theoretischen Arbeit aufzeigt, wie der Orient vom Okzident erforscht wird und dabei bestimmte kulturelle Eigenschaften eines Objektes konstruiert und herausgearbeitet werden. Durch diese Konstitutionsleistung wird des Weiteren auch der Okzident existent und in seiner Herrschaft über den Orient begründet. Hier lässt sich einerseits die Überlegung von Derrida wiederfinden, dass Bedeutung von etwas in einer oppositionalen Relation steht zu etwas anderem und sich eigentlich erst in dieser Relation Bedeutung ergeben kann. Es zeigt sich auch die enge Verknüpfung von Herrschaft und Wissen, wie sie Foucault anspricht. So finden sich bei Said anhand ihrer

Eigenschaften konstruierte kollektive Gruppen.

Auch Stuart Hall leistet einen wesentlichen Beitrag zu diesen Überlegungen (Kapitel 3.3.1.). Die Identität kollektiver Gruppen wird bei ihm durch Repräsentation konstituiert. Er kritisiert an Repräsentationspraktiken, dass sie zur Festschreibung von Eigenschaften als natürliche, zu der Kultur der Gruppe gehörende werden und dass damit diese Eigenschaften essentialisiert werden. Dies ist auch verbunden mit der Stigmatisierung bestimmter Gruppen und mit Machtverhältnissen.

Bei Agamben (Kapitel 3.5.) sind bestimmte kulturelle Eigenschaften dem *bios* zugehörig. *Bios* ist das Leben, das in das staatliche Gemeinwesen inkludiert ist. *Zoe* bezeichnet hingegen das bloße Leben, das in den Naturzustand verbannt ist. Die Bildung kollektiver Gruppen wie auch die Bildung eines politischen Subjekts geschahen bisher, Agamben folgend, wesentlich über den Ausschluss bestimmter Lebensweisen und kultureller Eigenschaften. Agamben zeigt jedoch auch, dass in der heutigen Zeit die frühere Form der quasi automatischen Inklusion in einen Nationalstaat erodiert und es daher zu einer dauerhaften Form des souveränen Zugriffs auf das nackte Leben kommt. Dies bedeutet, dass der Prozess der Entscheidung zwischen *bios* und *zoe* nicht mehr abgeschlossen wird, sondern dauerhaft offenbleibt und damit auch die jeweiligen kulturellen Eigenschaften immer zur Verhandlung stehen, wodurch auch die Bildung kollektiver Gruppen offenbleibt.

Es lässt sich also sehen, dass bei den hier skizzierten theoretischen Zugängen kollektive Gruppen wesentlich entlang gemeinsamer, geteilter Identitäten gebildet werden. Gemeinsame Eigenschaften erscheinen dann als kulturelle Eigenschaften der Gruppen. Weiters kann auch gesagt werden, dass diese in allen Ansätzen auch als Menschen voneinander trennend wahrgenommen werden.

Als Nächstes soll nun der Frage nachgegangen werden, welche Konsequenzen diese Verknüpfung von kollektiven Gruppen mit kulturellen Eigenschaften für bestimmte Menschen in Bezug auf die Ab- oder Zuerkennung politischer Handlungsfähigkeit hat. Die vorherigen theoretischen Ansätze grob zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese davon ausgehen, dass kollektive Gruppen unterschiedliche Stellungen in einem Herrschaftssystem innehaben. Als kulturell betrachtete Eigenschaften stehen hierbei auch in einer hierarchischen Ordnung und legitimieren so die Position, die die Menschen einnehmen. Auf die politische Handlungsfähigkeit wirkt sich dies aus, da einer Gruppe weniger gesellschaftliche Gestaltungsmacht zukommt, wenn sie wenig Anteil an Herrschaft hat.

Foucault zeigt dies in dem Text „Mein Körper, Dies Papier, Dies Feuer“ (1992), da er

herausarbeitet, dass der Ausschluss der Eigenschaft, wahnsinnig zu sein, aus dem philosophischen Diskurs die Bedingung für die Herrschaft der Vernunft in diesem ist (Kapitel 3.1.3.). Des Weiteren weist er auch darauf hin, wie dies mit Aberkennung sämtlicher Rechte und politischer Handlungsmacht einhergeht.

Auch bei Gayatri Chakravorty Spivak (Kapitel 3.3.2.) lässt sich verfolgen, wie innerhalb eines bestimmten Machtsystems die Konstitution des kolonialen Subjektes, das durch bestimmte kulturelle Eigenschaften charakterisiert ist, mit der Aberkennung politischer Handlungsfähigkeit und ökonomischer Ausbeutung einhergeht.

Es lässt sich sagen, dass das Ausmaß politischer Handlungsfähigkeit davon geprägt ist, welcher kollektiven Gruppe jemand zugeschrieben wird. Die Stellung der Gruppen innerhalb eines Herrschaftssystems wird legitimiert durch kulturelle Eigenschaften, die diese Gruppe vermeintlich teilt.

Da bisher gezeigt wurde, dass politische Handlungsfähigkeit von kollektiven Gruppen, aufgrund der ungleichen Gestaltungsmöglichkeit des gesellschaftlichen Zusammenlebens, von den Autor_innen problematisiert wird, soll nun gefragt werden, welche Möglichkeiten für politische Handlungsfähigkeit jene sehen. Beginnen will ich bei Stuart Hall. Bei ihm ist Kultur positiv besetzt, da in dieser soziale Identitäten, die eine wichtige Voraussetzung für politisches Handeln sind, ausgebildet werden. Anschließend an Derrida weist Hall darauf hin, dass solche sozialen Identitäten nicht dauerhaft sind, und verhindert so Essentialisierungen.

Bei Gayatri Chakravorty Spivak findet sich die Überlegung, welche sie in Bezug auf Foucault ins Treffen führt, dass sozialen Identitäten nicht automatisch politische Handlungsfähigkeit zukommt. Diese Vorstellung kritisiert sie als westliche Auffassung von Subjektivität und meint damit, dass Menschen, die einige Eigenschaften teilen, nicht per se auch gleiche Interessen haben. Dies auch aus dem Grund, dass es trotz geteilter Eigenschaften immer auch große Heterogenität gibt. Ihr ist wichtig, dass Intellektuelle selbstkritisch versuchen, jene, die nicht gehört werden, zu vertreten. Dies muss auch verbunden sein mit einer Methode des Zuhörens, welche versucht, das Schweigen der Subalternen zu erfassen.

Judith Butler schließt in der Frage nach politischer Handlungsfähigkeit an Foucault und Derrida an. Bei Foucault würde politische Handlungsfähigkeit darin bestehen, Diskurse, die durch das von ihnen transportierte Wissen Menschen ausschließen und Herrschaft stabilisieren, zu kritisieren. Judith Butler greift dies auf, wenn sie versucht, Bezeichnungen, die Identitäten konstruieren, zu dekonstruieren. Derrida wies darauf hin, dass das konstitutive Außen nie endgültig ausgeschlossen werden kann, da es immer ein Teil der binären Opposition bleibt. Außerdem gab

es bei ihm die Möglichkeit Begriffe aus ihrer Bedeutungsverkettung herauszulösen und in neue einzuführen. Butler sieht in einem System aus binären Oppositionen ebenfalls die Möglichkeit der Fehlaneignung von Identitäten gegeben. Solche Subjekte stören das System aus binären Oppositionen und zeigen, dass Diskurs und Subjekt nicht vollständig in eines fallen. Des Weiteren sieht sie das Subjekt so, dass es selbstreflexiv von seiner Abweichung weiß, was dann zu politischem Handeln befähigt.

Zuletzt soll in diesem Punkt nun noch auf Agamben eingegangen werden. Auch bei ihm sind jene Menschen, die aus dem rechtlichen System ausgeschlossen sind und unter einer großen Rechtsunsicherheit leben, politisch, denn diese sind nicht in Form des *bios* in das politische Gemeinwesen eines Staates integriert. Dies öffnet einen Raum für politisches Handeln. Politische Handlungsfähigkeit sieht Agamben in der Option, in Unentschiedenheit bezüglich der eigenen Form des Lebens zu verbleiben und so Möglichkeiten in Bezug auf dieses auszuweiten.

Zusammenfassend lässt sich hervorheben, dass alle hier herangezogenen Ansätze es als Grundvoraussetzung für politische Handlungsfähigkeit sehen Essentialisierung von sozialen Identitäten zu vermeiden sowie Machtgefälle zwischen in Opposition stehenden Eigenschaften zu dekonstruieren. Unterschiede bestehen in Bezug auf die Frage, wem solche Handlungsfähigkeit zukommt. Dies können einerseits Intellektuelle sein, wie etwa bei Spivak, in anderen Fällen erstreckt sich die Möglichkeit, politisch zu handeln, auf alle, wie bei Hall und Derrida, oder politische Handlungsfähigkeit wird vor allem dort gesehen, wo sich abweichende Subjekte finden, wie zum Teil bei Butler, Foucault und Agamben.

4. Methodische Herangehensweise

In dem nun folgenden Kapitel soll es darum gehen, die Wahl des Erhebungsinstrumentes zu begründen (Kapitel 4.1.), sowie die Verwendungsweise darzustellen (Kapitel 4.1.1). Es soll auch eine Darstellung der institutionellen Bereiche erfolgen, welchen die befragten Personen angehörten, da alle Personen auf eine Anonymisierung verzichteten (Kapitel 4.1.2). Des Weiteren wird auch der konkrete Interviewleitfaden in Kapitel (4.1.3.) vorgestellt um eine gute Nachvollziehbarkeit der Forschung zu gewährleisten. Abschließend wird auf die Analyse der durch die Interviews gewonnenen Daten eingegangen (Kapitel 4.2.).

4.1. Erhebungsverfahren

Bei der Wahl des Erhebungsverfahrens ist der erste Schritt die Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes, da es unabdingbar ist, dass das Untersuchungsinstrument auch wirklich das erhebt, was erhoben werden soll. Dies betont auch das Qualitätskriterium der Angemessenheit von Methode und Gegenstand, welches diesen Umstand ausdrückt (vgl. Lamnek 2005:145). In dieser Arbeit soll es um die Beeinflussung gesellschaftlicher Strukturen durch das Handeln einer bestimmten Personengruppe gehen. Handeln meint hier den Vollzug einer Tätigkeit, die subjektiv sinnhaft ist (vgl. Schirmer 2009:151). Einerseits geht es hier also darum das Handeln von Sozialarbeiter_innen zu erfassen und damit einhergehend auch den subjektiven Sinn dieser Handlungen, andererseits geht es darum, zu fragen wie dieses Strukturen und auch das Verhalten von Klient_innen der Sozialen Arbeit beeinflusst. Es zeigt sich hier auch, dass die Untersuchungseinheit das konkrete Individuum ist.

Ein weiterer Punkt, der in Bezug auf das Erhebungsinstrument geklärt werden soll, ist die Art und Weise des zu erhebenden Untersuchungsmaterials. Das zu erhebende Material ist hier ein Text. Dieser bietet sich an, da auch nach subjektiven Sinnstrukturen gefragt wird, die hinter Handlungen stehen. Diese sollen sprachlich erhoben werden. Damit das Material aber bearbeitet werden kann, soll es von der mündlichen Erzählung in einen schriftlichen Text mittels Transkription überführt werden.

Es soll ein qualitativer Zugang gewählt werden. Dies ergibt sich aus den zuvor herausgearbeiteten Punkten und dadurch, dass die qualitative Forschung versucht, „den Objektbereich (Mensch) in

seinem konkreten Kontext und seiner Individualität zu verstehen“ (Lamnek 1988 zit. in Mayring 2002: 41). Insbesondere dieser Fokus auf das Verstehen macht qualitative Forschung für das hier vorliegende Forschungsinteresse attraktiv. Durch qualitative Forschung können „umfassende Gedanken befragter Personen und deren Strukturen und Muster [...] in Zusammenhängen erfasst“ werden (Steinert/Thiele 2000: 110). Im Gegensatz dazu geht es bei der quantitativen Forschung um das Messen und Erklären sozialer Sachverhalte (vgl. Raithel 2008: 8).

Zu diesen Charakteristika des Untersuchungsgegenstandes und jenen der dafür notwendigen Erhebungsmethode soll nun im nächsten Kapitel ein passendes Untersuchungsinstrument identifiziert werden.

4.1.1. Das problemzentrierte Interview

In dem vorhergehenden zweiten und dritten Kapitel wurde schon eine theoretische Grundlage erarbeitet, welche nun am empirischen Material überprüft und durch dieses ergänzt werden soll. Aus diesem Grund bietet sich ein problemzentriertes Interview an, denn bei diesem „steht die Konzeptgenerierung durch den Befragten zwar immer noch im Vordergrund, doch wird ein bereits bestehendes wissenschaftliches Konzept durch die Äußerungen des Erzählenden evtl. modifiziert“ (Lamnek 2005:364). In diesem Zitat zeigt sich, dass der Betrachtung der interviewten Person zwar einerseits möglichst unvoreingenommen begegnet werden soll, andererseits aber auch anerkannt wird, dass der/die Interviewer_in schon ein theoretisches Vorwissen hat, welches in die Befragung einfließt und überprüft bzw. ergänzt werden soll. Entwickelt wurde diese Interviewform von A. Witzel, der damit das Ziel verfolgte, „individuelle und kollektive Handlungsstrukturen und Verarbeitungsmuster gesellschaftlicher Realität“ zu erheben“ (Witzel 1982 zit. nach Spöhring 1995:177). Dieses Ziel stimmt auch mit dem zuvor herausgearbeiteten Gegenstand der Untersuchung überein (vgl. Kapitel 4.1.). Des Weiteren ist auch die Untersuchungseinheit hier das konkrete Individuum, und das Untersuchungsmaterial, welches erhoben wird, ist Text in Form eines transkribierten Interviews. Diese Interviewform strebt ein möglichst freies Erzählen des/der Befragten an, welches durch einen Erzählanreiz angestoßen werden soll (vgl. Lamnek 2005:364). Dies ist wichtig, da das zuvor erarbeitete theoretische Konzept des Interviewers/der Interviewerin den/die Interviewte_n möglichst wenig beeinflussen soll (vgl. ebenda:665). Allerdings weist Spöhring darauf hin, dass von Witzel aktives Zwischenfragen nicht als problematisch für das Erzählen des/der Befragten gesehen wird und daher anders als beim narrativen Interview auch möglich ist (vgl. Spöhring 1995:179).

Im Folgenden soll nun auf die Phasen des Interviews eingegangen werden. Zu Beginn des Interviews kann ein Kurzfragebogen stehen, der den sozialen Hintergrund der interviewten Person im Zusammenhang mit der Fragestellung erfassen soll (vgl. Lamnek 2005:366). Dies soll auch bei dieser Arbeit geschehen, allerdings soll dieser wenig Biografisches abfragen, die Fragen sollen vielmehr auf die jeweilige Institution zugeschnitten sein und eine erste Erfassung der Tätigkeiten der Beschäftigten sowie deren Auffassung von politischer Lobbyarbeit bieten. Hierauf folgt dann eine kurze Einleitung in das Interview. Es soll dem/der Interviewte_n einerseits klar sein, was von ihr/ihm erwartet wird und der interessierende Problembereich soll für den/die Befragte_n eingegrenzt werden (vgl. ebenda). Es wird ein Problemzusammenhang möglichst allgemein beschrieben, was einen Erzählstimulus auslösen soll. Hierauf folgt dann eine Phase der „allgemeinen Sondierung“ (Spöhring 1995:180), in der das detailreiche Erzählen durch das Nachfragen nach Erfahrungen aus dem Alltagsleben des/der Befragten unterstützt werden soll (vgl. ebenda). Dies geht dann über in die „spezifische Sondierung“ (ebenda), welche die Methoden der Spiegelung, des Nachfragens und der Konfrontation nützt (vgl. ebenda). Dies meint, dass dem/der Erzähler_in eine Zusammenfassung über Gesagtes geboten werden soll, nachgefragt werden soll, wenn etwas unklar ist, und auch Inkongruenzen aufgedeckt und problematisiert werden (vgl. ebenda). Letzteres ist vorsichtig anzuwenden, da es zwar Interesse des/der Interviewer_in zeigen soll, den/die Interviewte_n aber nicht verstören darf. Spöhring nennt darüber hinaus dann noch eine fünfte Phase des Interviews, in dieser sollen Fragen des Interviewleitfadens beantwortet werden, welche bisher noch offen blieben (vgl. ebenda:180f.). Spöhring weist daraufhin, dass die Auswertung des Interviews von Witzel nicht detailliert beschrieben ist und es sinnvoll ist, das Auswertungsverfahren zum spezifischen Gegenstand passend zu wählen (vgl. ebenda:181). In dieser Arbeit soll zur Auswertung des Interviews die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring herangezogen werden, auf welche in Kapitel 4.2. eingegangen wird.

4.1.2. Die Untersuchungsgruppe

Dominique Schirmer weist daraufhin, dass bei der qualitativen Forschung die Auswahl der Befragten stark von inhaltlichen Gesichtspunkten abhängt (vgl. Schirmer 2009:177). Diese sind theoretisch zu begründen und nachvollziehbar zu gestalten (vgl. ebenda). Ebenso weist er daraufhin, dass die Anzahl der Befragten mit dem Ziel der Forschung, den dazu zur Verfügung stehenden Mitteln, sowie dem Umfang der Untersuchung zusammenhängt (vgl. ebenda). Für diese Arbeit erwiesen sich vier Interviews als ausreichend, um die Fragestellung zu beantworten, da in diesen viele Facette politischer Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit angesprochen wurden. Das wichtigste inhaltliche Auswahlkriterium war, dass es eine Verbindung zu Lobbyarbeit, bzw. politischer Arbeit für Klient_innen der Sozialen Arbeit gibt. Des Weiteren wurde versucht, die Interviewpartner_innen so zu streuen, dass sie unterschiedliche organisationale Ebenen der Sozialen Arbeit repräsentieren.

Daher wurde ein_e Interviewpartner_in ausgewählt, welche_r lediglich die Öffentlichkeitsarbeit einer großen Organisation innehat und die Soziale Arbeit, welche ebenfalls von dieser Organisation geleistet wird, nur aus dieser Perspektive kennt. Des Weiteren wurde eine Person gewählt, die auch lediglich in dem Bereich Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit tätig war, allerdings ehrenamtlich und ohne finanzielle Mittel von staatlicher Seite zur Durchführung der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Die zwei anderen Interviewpartner_innen waren direkt in der Sozialen Arbeit tätig, wobei einer die Einrichtungsleitung oblag und eine andere auch Sozialarbeiter_in war. Beide waren die in der Einrichtung zuständigen Personen für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

4.1.3. Kurzfragebogen, erzählgenerierende Problemstellung und Interviewleitfaden

Der Kurzfragebogen soll folgende Informationen einholen: eine kurze Beschreibung des spezifischen Aufgabenfeldes der Organisation und ob es bestimmte theoretische Zugänge, die in die Auffassung von politischer Lobbyarbeit einfließen, gibt?

Die erzählgenerierende Problemstellung wurde wie folgt festgelegt: Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildete die Frage nach der Gestalt von politischer Lobbyarbeit für Klient_innen der Sozialen Arbeit. In diesem Zusammenhang ist interessant, wie bei dem Versuch, Interessen von Klient_innen zu vertreten, diese durch die politischen Repräsentant_innen dargestellt werden? Weiters interessierte, welche Auswirkungen dies für die Repräsentierten haben kann?

Der Interviewleitfaden beinhaltet folgende Fragen:

1. Frage: Halten Sie es für notwendig, dass Ihre Organisation Interessen einer bestimmten Gruppe von Menschen vertritt? Wenn ja, welche Gründe sind hier für Sie ausschlaggebend?
2. Frage: Welche Informationen, finden Sie, sollen im Zusammenhang mit politischer Lobbyarbeit für eine bestimmte Zielgruppe einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden?

Unterfragen dazu:

- Sehen Sie diese Informationen als eher Differenzen der Zielgruppe aufdeckend, oder übermitteln diese ein klares, einheitliches Bild über die Zielgruppe?
- Welchen Zweck verfolgen Darstellungen von Schicksalen Einzelner?
- Welche Vorteile/Nachteile sehen Sie bei verschiedenen Strategien, politische Lobbyarbeit zu betreiben?

3. Frage: Inwiefern werden Sie als wichtige Ansprechperson in der Öffentlichkeit wahrgenommen, wenn es um Interessen der Menschengruppe geht, für welche auch Sie sich einsetzen?

Unterfragen dazu:

- Werden Sie zum Beispiel von Journalist_innen angesprochen, um für diese Kontakt zu der Gruppe herzustellen, für welche Sie sich einsetzen. Aus welchen Gründen, glauben

Sie, ist es diesen nicht möglich dies selbst zu tun?

4. Frage: Inwiefern wird die Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit an die Meinungen, Wünsche und Interessen der Menschengruppe für welche Sie sich einsetzen, rückgebunden?

Unterfragen dazu:

- Ist Ihre politische Lobbyarbeit den von Ihnen repräsentierten Menschen bekannt?
- Sind die Menschen, welche Sie repräsentieren, eingebunden in die politische Lobbyarbeit?
- Erhalten Sie Feedback zu der politischen Lobbyarbeit von den Menschen, welche diese betrifft?

5. Frage: Wie, denken Sie, wirkt die politische Lobbyarbeit zurück auf die Menschen, welche diese betrifft?

6. Frage: Wie wird Ihre Organisation finanziert? Ist es für die Finanzierung ihrer Organisation wichtig, dass es einen großen Unterstützungsbedarf bei der Zielgruppe Ihrer Organisation gibt?

7. Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie für die von Ihnen repräsentierte Menschengruppe, selbst politische Interessen zu verfolgen?

Unterfrage dazu:

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, dabei zu unterstützen?

4.2. Das Auswertungsverfahren: die qualitative Inhaltsanalyse

In diesem Kapitel soll nun auf die Methode eingegangen werden, mit deren Hilfe das empirische Material, bearbeitet werden soll. Die Methode, die gewählt wurde, ist hier die qualitative Inhaltsanalyse. Sie erlaubt ein regelgeleitetes Vorgehen und auch eine Rückbindung an das zuvor erarbeitete theoretische Wissen anhand der Kategorien. Als einen weiteren Vorteil wird auch genannt, dass sie von relativ ungeübten Forscher_innen angewandt werden kann (vgl. Hüffel 1994:147), was sie auch hier attraktiv macht. Als einen Kritikpunkt nennt Hüffel, „daß [sic!] Einzelfälle nicht in ihrer spezifischen Ganzheit beschrieben, sondern durch zergliedernde Kategorien analytisch gefaßt werden“ (ebenda). Auch dies erscheint in dieser Arbeit als sinnvoll, da es nicht um den Einzelfall in all seinen Details gehen soll, sondern um einzelne Aspekte von diesem. Daher wurde dieses Verfahren gewählt, obwohl auch kritisiert wird, dass das Verfahren wenig Offenheit im Forschungsprozess erlaubt (vgl. Mayring 1995:213).

Im Folgenden soll es nun um die Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse gehen. Hier soll eine strukturierende Inhaltsanalyse erfolgen. Ziel einer solchen ist es, „bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern“ (Mayring 2002:115). Dies geschieht, indem zuerst Kategorien, die zur Beantwortung der Fragestellung dienen, aus der theoretischen Grundlage herausgearbeitet werden (vgl. Gläser/Laudel 2009:201). Es ist wichtig, dass diese Strukturierungsdimensionen nicht zu fixiert aufgefasst werden, damit die zuvor angesprochene Offenheit im Forschungsprozess erhalten bleibt (vgl. ebenda). Wenn also bei der Durchsicht des Materials deutlich wird, dass eine Veränderung oder Ergänzung der Kategorien notwendig ist, um alle relevanten Informationen zu erfassen, soll diese vorgenommen werden. In einem nächsten Schritt werden die Kategorien näher beschrieben und Beispiele aus dem Text gesucht, damit eindeutig formuliert ist, was unter einer Kategorie verstanden wird (vgl. Mayring 2002:23). Ist dies geklärt, erfolgt eine erste Durchsicht des Materials. Diese dient dazu, die Stellen zu bezeichnen, welche relevantes Material zu einer Kategorie enthalten (vgl. ebenda), bzw. auch dazu, das Kategoriensystem zu ergänzen, wenn notwendig. Es sollen neben dem Text die Bezeichnungen der Kategorien eingetragen werden. In einem zweiten Durchgang wird, wie Mayring schreibt, das „Material dann herausgearbeitet, zusammengefasst und aufgearbeitet“ (ebenda). In dieser Arbeit werden Phase zwei und drei des Analyseprozesses, also die genaue Definition der Kategorien und die Fundstellenbezeichnung, nicht veröffentlicht, denn diese sind Arbeitsschritte, die lediglich zur Extraktion des Materials dienen. Die Kategorien der Strukturierungsdimensionen werden als Überschriften herangezogen, unter welchen das zu diesen Kategorien gehörende Material zusammengefasst und bearbeitet wird.

5. Politisches Engagement, Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit aus Sicht der damit beschäftigten Personen

In dem nun folgenden Kapitel sollen die Ergebnisse der Interviews dargestellt werden. Zu Beginn sollen die verschiedenen Gründe, die zu einem Engagement in politischer Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit führten, beleuchtet werden (Kapitel 5.1.). In einem nächsten Kapitel werden die unterschiedlichen Möglichkeiten der jeweiligen Organisationen, diese Ziele zu verfolgen, dargelegt (Kapitel 5.2.). Des Weiteren wird auch auf die Ziele, welche die befragten Personen mit politischer Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit verbanden eingegangen (Kapitel 5.3.). Daran anschließend sollen die konkreteren Strategien, mit denen diese Ziele verfolgt werden, skizziert werden (Kapitel 5.4.). Eine Strategie, jene der Beschwerde gegen Strafen, trat hierbei besonders hervor und soll daher in Kapitel 5.5. gesondert beschrieben werden. Außerdem soll darauf eingegangen werden, wie die befragten Personen mit der Wahrnehmung der von ihnen vertretenen Personen in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit umgehen bzw. auch, wie sich die Interaktion mit Klient_innen in Bezug auf Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit gestaltet (Kapitel 5.6.). In einem nächsten Kapitel soll politisches Engagement von Klient_innen besprochen werden (Kapitel 5.7.). Eine Facette von diesem sind auch Interviews durch Journalist_innen, auf diese wurde in sehr vielen Interviews eingegangen, und sie sollen daher in Kapitel 5.8. besprochen werden.

5.1. Gründe für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Gründe, welche die interviewten Personen als ausschlaggebend für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit ansahen, waren in allen Interviews sehr ähnliche:

In drei Interviews wurde als ein Grund für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit die konkrete Erfahrung aus der alltäglichen Arbeit mit benachteiligten Menschen genannt (vgl. IV 2, IV 3, IV 4). In den Interviews wird das folgendermaßen beschrieben:

Naja, grundsätzlich ist es so, dass ich denke. Wir machen halt in dem Feld Öffentlichkeitsarbeit, weil es die Zielgruppe ist die wir betreuen und das die Expertise ist, die wir haben, dass wir einfach über dieses Feld reden können und Expertise halt einbringen denk ich mir. Also es ist, denk ich mir das Normalste zu sagen, dass du für die Zielgruppe für die du tätig bist, dass du dann auch diese Themen halt, dich damit beschäftigst und dann auch öffentlich wirksam halt agierst (IV 4, 90-95)

Ähnlich wird es auch in einem anderen Interview ausgedrückt:

Aufgrund der Tatsache, dass wir diese Menschen ja eben auch betreuen, beraten und sehen wo, wo Verbesserungsbedarf oder Reformbedarf besteht, wäre es im Gegenzug vielleicht sogar unverantwortlich, den nicht zu artikulieren, eben als Meinung (IV 2, 270- 273).

Politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit wird hier also so gesehen, dass sich aus der konkreten sozialarbeiterischen Tätigkeit ein Auftrag ableitet, die KlientInnen zu vertreten, in dem Sinne, dass die Sozialarbeiter_innen ihre Meinung zu einem Thema artikulieren. Auch in einem anderen Interview werden Wissen und Expertise als ausschlaggebend gesehen, um sich in einem bestimmten Bereich zu engagieren. Die interviewte Person meint, dass es darum geht:

dieses Wissen einfach nach außen zu tragen, ich glaub, das ist auch so, also man hat dann zu einem Thema gearbeitet und hat das Gefühl, ähm, da gibt es ein ganz, also da wird in der Diskussion, also die Leute ganz woanders hin, und das Gefühl da möchte man halt gern das, was man halt irgendwie erforscht hat, irgendwie auch einbringen, ich glaub, das ist so, ähm, weil eben, es gibt andere Themen auch, wo ich diese gesellschaftlichen Verhältnisse skandalös finde, aber wo ich mich vielleicht nicht so in der Lage fühle, also es geht ja viel um die eigene Kompetenz auch na, was wo hat man das Gefühl, okay, und deshalb mach ich das auch noch immer, weil man erarbeitet sich immer mehr Wissen und dann, ja (IV 1, 305-314).

In diesem Zitat erscheinen zwei Gründe als Motivation für politische Lobbyarbeit. Einerseits sind es die eigene Kompetenz und das eigene Wissen, die aus einer Beforschung der vertretenen Gruppe stammen, andererseits auch das Empfinden einer Situation als skandalös. Hier kann auf Gayatri Chakravorty Spivak zurückgekommen werden (vgl. Kapitel 3.3.2.), denn diese machte im Anschluss an Marx eine Unterscheidung zwischen Darstellung und Vertretung und wies daraufhin, dass es zu vermeiden ist, dass beide in eines fallen. Dies ist zu vermeiden, da es sonst zu der Postulierung von angeblich wirklichem Wissen kommen kann, neben dem kein anderes Wissen besteht. Sie weist aber auch darauf hin, dass politische Vertretung aufgrund von empfundener Ungerechtigkeit sehr wohl wichtig ist. Es ist ihr folgend jedoch vorsichtig mit dem Anspruch auf Expertise über andere umzugehen, da die Menschen so in ihren Möglichkeiten, selbst zu sprechen, behindert werden können.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Gründe für politische Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit in Erfahrung bzw. Wissen, welches entweder aus der konkreten Arbeit oder aus Forschungen stammt, gesehen werden. Des Weiteren ist auch wahrgenommene Ungerechtigkeit ein ausschlaggebender Faktor. Im Rückgriff auf Gayatri Chakravorty Spivak konnte außerdem gesehen werden, dass mit der Betonung auf Expertise über eine Zielgruppe vorsichtig umzugehen ist.

5.2. Organisationelle Möglichkeiten für politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Zuge der Interviews wurden, wie bereits beschrieben (siehe Kapitel 4.), Mitarbeiter_innen aus verschiedenen Organisationen befragt. Bei diesen handelte es sich um zwei Interviewpartner_innen, die auch Sozialarbeit machen, sowie um zwei, welche Öffentlichkeitsarbeit für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen sowie Klient_innen der Sozialen Arbeit machen. In den Interviews wurde deutlich, dass die verschiedenen Befragten in sehr unterschiedlicher Weise zum Zweck der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit organisiert sind. Die Formen reichen von sehr offenen Gruppen, die sich rund um einen Blog im Internet organisieren (vgl. IV 1), zu fixen institutionalisierten Formen in großen Organisationen, die über eigene spezialisierte Abteilungen der Öffentlichkeitsarbeit verfügen (vgl. IV 2 und IV 3). Ebenso wie die spezifische Organisation unterschiedlich ist, ist auch der Hintergrund des Engagements verschieden. Einerseits findet sich Engagement, das sich aus einer wissenschaftlich-akademischen Beschäftigung mit einem Thema ergibt (IV 1), andererseits auch solches mit einem professionellen Hintergrund der Ausbildung in Medien- und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. IV 2, IV 4), und nicht zuletzt machen auch Sozialarbeiter_innen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. IV 3). Im Zuge der Interviews wurde auch gesagt, dass ein_e Sozialarbeiter_in in Bezug auf Medien und Öffentlichkeitsarbeit einmal jährlich spezielle Schulungen besucht, durch die sie sich in diesem Bereich gestärkt fühlt (vgl. IV 3, 358-359).

In Bezug auf organisationelle Möglichkeiten für Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit gab eine befragte Person in den Interviews zu bedenken, dass wichtig zu überlegen ist:

...welche Akteur_innen können was politisch machen, also das finde ich so eine spannende Frage auch, also das ist auch für die Soziale Arbeit eine spannende Frage auch, was kann ich, als welche Akteur_in, können jetzt auch kollektive Akteur_innen: Vereine, Zusammenschlüsse, oder so, können was politisch machen und ich glaube, da muss man ja oft auch tatsächlich strategisch unterschiedliche Akteur_innen schaffen. Also die XXX ist jetzt einfach so für diese Lobbyarbeit, und wir sind noch kein Verein, man kann uns also an keinem, wir sind noch nicht subventioniert, wir nehmen auch keine Spenden, äh, man kann uns eigentlich nicht angreifen, man kann uns nichts entziehen (IV 1, 621-630).

Angesprochen wird in diesem Zitat, dass die Form, in der sich Menschen organisieren sehr wichtig ist, da sie die Möglichkeiten für das Engagement zum Teil vorgeben. So können Spendengelder und staatliche Subventionen zum Beispiel durchaus eine gewisse Abhängigkeit schaffen, welche dann weiters dazu führt, dass es nicht mehr möglich ist, sich völlig frei zu äußern. Diese Abhängigkeit von staatlichen Auftraggebern_innen wurde auch in Kapitel 2.2. schon angesprochen und findet sich hier also bestätigt.

In den Interviews fiel auf, dass das Wissen von Sozialarbeiter_innen als sehr wichtig beurteilt wird (IV 636-637). Die Kontakte zu Sozialarbeiter_innen werden als hilfreich erlebt, weil sie viel Kontakt zu gesellschaftlich benachteiligten Menschen haben und so auch dabei unterstützen, Kontakte zwischen Lobbying Gruppen und Menschen, deren Anliegen von diesen vertreten werden, herzustellen (vgl. IV 1, 433-437). So wird in einem Interview gesagt: „Es auch recht wichtig, dass wir, wir haben auch, äh, jetzt besser als früher so gute Kontakte zu Straßensozialarbeiter_innen, die halt die Leute auch besser kennen und die aber öffentlich dazu nicht reden dürfen, das ist ja auch nicht so einfach“ (IV 1, 432-435). Einerseits wird also viel nützliches Wissen aufseiten der Sozialarbeiter_innen verortet, andererseits wird auch problematisiert, dass diese ihr Wissen nicht so einfach veröffentlichen können. Als eine Lösungsmöglichkeit wird dann erwähnt: „Und da hilft es dann auch mehr, dass die Sozialarbeiter_innen vielleicht noch einmal einen Verein oder irgendeine Plattform gründen, die dann spricht und dann nicht XXX oder YYY oder. Und oft können das durchaus dieselben Personen sein, ja, aber die unter anderem Namen auftreten“ (IV 1, 640-644). Es wird also vorgeschlagen, dass sich Sozialarbeiter_innen nicht als Sozialarbeiter_innen für ein Thema engagieren, sondern als Privatpersonen. Das Problem, das sich bei weiteren Überlegungen hierbei stellen könnte, ist, dass sich das Wissen, welches Sozialarbeiter_innen haben, aus ihrer konkreten praktischen Arbeit mit den Menschen stammt, und wenn sie dieses quasi verheimlichen, kann dies einerseits delegitimierend sein und andererseits dazu führen, dass die spezifische Perspektive, aus welcher Sozialarbeiter_innen sprechen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Ein/e andere/r Sozialarbeiter_in erzählt in den Interviews, dass „die gesamte Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit läuft, ist da bei der Presseabteilung [...], das heißt sobald, da irgendwelche Anfragen san bei uns, wird sofort an die Presseabteilung, die schaut dann, klärt erstmal ab, was is das, was wollen die, äh, und sagen dann entweder Ja, oder entweder Nein, mhm“ (IV 3, 13-16). Hier zeigt sich, dass die Sozialarbeiter_innen nicht völlig frei entscheiden können, welche Interviews sie führen wollen und welche nicht. Allerdings ist auch interessant, dass Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hier recht eng definiert werden und damit auch ein größerer Entscheidungsspielraum gewonnen werden kann:

...es gibt sicher verschiedene Arten von Öffentlichkeitsarbeit, wo ich sage Öffentlichkeitsarbeit kommt bei mir eher so die Medien, und net also des, was zum Beispiel irgendwelche Masterarbeiten san, oder eben wenn irgendwelche Studenten, so Studenten, oder so was zu uns kommen, dann wird das sehr unkompliziert bei uns gemacht (IV 3, 35-39).

Es zeigt sich, dass unter Öffentlichkeitsarbeit also nur Interviews mit Journalist_innen fallen, über welche die Presseabteilung entscheidet, und alles andere selbst entschieden wird, da es für die

interviewte Person nicht unter den Begriff der Öffentlichkeitsarbeit fällt. Die interviewte Person begründet diesen Entscheidungsspielraum damit, dass die Presseabteilung ihr vertraut, und mit der Frage: „Was soll ich auch Böses sagen, ja. Du wirst von mir jetzt nicht hören, äh, is die Stadt Wien böse. Also, ich sag schon die Wahrheit, oder das, was ich sage, zu dem steh ich auch, aber es is jetzt nix dabei, das ich sag, also du fragst mich ja nach meiner Arbeit, und da hab ich Erfahrung, und das kann ich dir sagen“ (IV 3, 45-50). Auffallend an diesem Zitat ist, dass die interviewte Person sehr klar zu wissen scheint, was sie nicht sagen sollte. Des Weiteren fällt wiederum der Rückbezug auf die Erfahrung durch ihre Arbeit auf, über die Auskunft zu geben sie als ihre Entscheidung sieht.

Ein/e andere/r Befragte_r weist auch darauf hin, dass sie/er sich durch die Presseabteilung der Organisation, der sie/er angehört sehr gestärkt fühlt (vgl. IV 4, 112-114):

Also grundsätzlich ist Öffentlichkeitsarbeit natürlich ein Thema, was immer zentral organisiert ist, äh, wir informieren über Interviews, wir sprechen Interviews ab, und ich denke, dass ist ja auch ganz wichtig. Das ist ja auch eine Form von, ähm, teilweise ja auch die Zielgruppe zu schützen, dass man sich selber genau überlegt, mit welchen Themen geht man in die Öffentlichkeit, oder welche Themen bespricht man eher in internen Arbeitskreisen und wann macht es Sinn, wirklich ein Medieninterview zu geben, oder wann macht es eher Sinn, Themen eher auf geschützterer Atmosphäre des Arbeitskreises zu besprechen und auch sozusagen Forderungen zu formulieren oder Wünsche zu deponieren (IV 4, 104-112).

Die befragte Person gibt zu bedenken, dass das Feld der Öffentlichkeitsarbeit ein sehr komplexes ist, in dem es auch zum Schutz der Zielgruppe viel Expertise über Medien- und Öffentlichkeitsarbeit braucht, da sich nach außen getragene Sachverhalte auch leicht negativ auswirken können. Dies ist ein Punkt, der bei der Behandlung Foucaults (vgl. Kapitel 3.1.2.) schon deutlich wurde, denn dieser wies darauf hin, dass diskursive Elemente in dem Kampf um Macht leicht von Kontrahenten genutzt und in ihrem Sinne umgedeutet werden können.

Unterstützung der Pressearbeit durch große Organisationen kann außerdem auch hilfreich sein, da alle interviewten Personen angaben, dass sie sehr häufig von Medien kontaktiert werden und Medien- und Öffentlichkeitsarbeit so ein zeitintensives Arbeitsfeld ist (vgl. IV 1, IV 2, IV 3, IV 4).

In den Interviews wurde außerdem auch deutlich, dass eine Trennung von sozialarbeiterischem Wissen und wissenschaftlichem Wissen in manchen Organisationen stattfindet (vgl. IV 1, IV 2, IV 3). Interessant ist hierbei, dass Wissenschaftler_innen die Funktion zugeschrieben wurde, Wissen, das aus der Interaktion mit gesellschaftlich benachteiligten Menschen stammt, zu legitimieren (vgl. IV 1, 647-648). Außerdem sollten sie auch dazu dienen, Wissen zu verallgemeinern, wie in

einem Interview deutlich wurde:

...wenn es um Armutsfragen geht, dann findet ein reger Austausch statt zum einen zwischen unseren Grundlagenexperten, die allgemein was zum Thema Beispiel Mindestsicherung sagen können, welche Hürden gibt es im Bereich beim Bezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung ähm, wo gibt es da Nachjustierungsbedarf aus unserer Sicht, und gleichzeitig haben wir eben sehr, sehr viele Häuser, wo wir mit den Menschen konkret ja auch arbeiten (IV 2, 57-62)

Es kann hier gesehen werden, dass die Fähigkeit, allgemein etwas zu einem Thema zu sagen und auch Kritik zu üben, bei den Grundlagenexperten verortet wird. In Bezug auf Hürden und Nachbesserungsbedarf ist aber anzunehmen, dass auch Sozialarbeiter_innen und Klient_innen der Sozialen Arbeit Kritik üben können, da die einen in ihrer praktischen Arbeit davon betroffen sind und die anderen in ihrem täglichen Leben. Die Frage ist hier dann auch, ob wirklich davon auszugehen ist, dass lediglich wissenschaftlichen Expert_innen der Verallgemeinerung fähig sind, oder auch Sozialarbeiter_innen und gesellschaftlich benachteiligte Menschen ihr Wissen im Sinn der Bildung einer politischen Meinung verallgemeinern können. Ein weiterer Aspekt, der mit der wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragestellungen einhergehen kann, ist, dass Themen eher sachlich erscheinen und weniger als moralische Fragen. Dies kann sich in stark moralisch aufgeladenen Bereichen einem/er Sozialarbeiter_in zufolge positiv auswirken (vgl. IV 4, 37-40). Es ist hier wiederum auf die Trennung zwischen Darstellung und Vertretung hinzuweisen (vgl. Kapitel 3.3.2. und Kapitel 5.1.). Grundlagenexperten betätigen sich eher im Feld der Darstellung, wohingegen das Äußern der eigenen Meinung dem Bereich der Vertretung zugeschrieben werden kann, der von Spivak positiver gewertet wird, da hierbei versucht werden kann dauerhafte Essentialisierungen zu vermeiden. Des Weiteren ist auch die Überlegung Edward Saids einzubeziehen (vgl. Kapitel 3.3.1.), da dieser im Anschluss an Foucault auf die Konstruktion eines Objektes durch Intellektuelle hinweist, dass es ohne diese Konstruktionsleistung gar nicht gegeben hat. Es ist möglich, dass dies geschieht, wenn bestimmte Zielgruppen beforscht werden.

Abschließend kann gesagt werden, dass in den Interviews erkennbar war, dass es für Sozialarbeiter_innen aufgrund organisationeller Beschränkungen, wie der Beschränkung aufgrund von finanzieller Abhängigkeit oder organisationeller Arbeitsteilung, oftmals Hindernisse gibt, Meinungen und Kritik öffentlich zu äußern. Ein weiterer Punkt, der angesprochen wurde, ist, dass Sozialarbeiter_innen Restriktionen in Bezug auf die Möglichkeit, öffentlich zu sprechen, damit umgehen können, dass sie nicht ihre persönliche Meinung sagen, oder keine Ansichten äußern, die über ihre konkrete Arbeit hinausgehen, sondern bloß über ihre Arbeit reden. Außerdem können sich Sozialarbeiter_innen als Privatpersonen zu Themen äußern. Es stellte sich auch heraus, dass Sozialarbeiter_innen als sehr wichtige Partner_innen in der politischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit angesehen werden, da sie über direkte und intensive Kontakte zu

gesellschaftlich benachteiligten Menschen verfügen und Erfahrungen aus der praktischen Arbeit haben. Auch angesprochen wurde, dass spezialisierte Bereiche für Pressearbeit, wie es sie in großen Organisationen oft gibt, für Sozialarbeiter_innen auch unterstützend sein können, da es sehr viele Medienanfragen gibt und außerdem auch genau zu überlegen ist, welche Informationen an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.

5.3. Ziele politischer Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit

Auch die Ziele, die mit Medien- und Öffentlichkeitsarbeit verbunden sind, unterscheiden sich untereinander. So beschreibt ein/e Sozialarbeiter_in das Ziel wie folgt:

...na ja, wenn ich denke. Ich bin jetzt schon seit fast 28 Jahren und ich denk mir, das Bild der Obdachlosen war eher so die Sozialschmarotzer, Sandler und mh also eher sehr negativ, und ich glaub schon, dass unsere Öffentlichkeitsarbeit dazu, ein Ministück dazu beigetragen hat, dass sich das Bild in der Bevölkerung einfach ein bisschen verändert hat, dass es jetzt net ist, die san immer nur selber schuld, oder. Also ebenso diese Schuldfrage, sondern es kann jeden treffen, mh, was uns auch wichtig ist, dass es jetzt net nur im Winter Obdachlose gibt, sondern auch im Sommer (IV 3, 56-63).

Hier ist es also ein Anliegen, Bilder in Bezug auf obdachlose Menschen zu verändern sowie auch auf ihre Existenz hinzuweisen und sie sozusagen das ganze Jahr über sichtbar zu machen. In diesem Zusammenhang sah ein_e andere_r Interviewpartner_in als Ziel der Öffentlichkeitsarbeit „den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen und in verschiedene Öffentlichkeiten zu intervenieren“ (IV 1, 94-95).

Ein weiteres Ziel, das in zwei Interviews genannt wurde, ist es, auf Gruppen hinzuweisen, welche vom Sozialsystem nicht erfasst werden und für welche es daher keine Versorgungsangebote gibt (vgl. IV 3, 107-110). Dieses Engagement erklärt eine befragte Person folgendermaßen:

Und auch natürlich, dass da, sicher auch zu erkennen, dass da eine Lücke ist, weil das sind ja Menschen, die fallen weder unter die Grundversorgung Asylwerber_innen, die fallen nicht unter die Sozialhilfe, oder so, das sind EU-Bürger_innen und fallen eigentlich durch alle sozialen Netze in Österreich. Lange Zeit waren die ja auch nicht anspruchsberechtigt für Notschlafstellen und so, also das ist jetzt, glaub ich, ein bisschen anders, aber d.h., das war eine Gruppe, die sozusagen auch völlig rausgefallen ist, und es gab niemanden, der dazu gearbeitet hat, also es war schon auch diese Lücke (IV 1, 314-321).

Hierbei dürfte es sich ebenfalls um spezifisch sozialarbeiterisches Wissen handeln. Nichtsozialarbeiter_innen fällt möglicherweise auf, dass es im öffentlichen Raum viele wohnungslose Menschen gibt, die nicht Deutsch reden, aber Sozialarbeiter_innen, welche mit diesen Menschen reden, können dann darauf hinweisen, warum diese sich im öffentlichen Raum aufhalten müssen und dass es hier eine Versorgungslücke im österreichischen Sozialsystem gibt.

Ein_e Sozialarbeiter_in nannte als Anliegen von Öffentlichkeitsarbeit auch, die eigene Arbeit bekannt zu machen und auf die Komplexität Sozialer Arbeit hinzuweisen.

Ja aber auch zu zeigen, dass es Zeit braucht, ja. Das ich jetzt nicht hingehge und sag, ja und jetzt komm mit und jetzt ist alles Happy Peppy, so. [...] Eben einfach einerseits zu zeigen was ist mit dem Klienten und was ist aber auch mit unserer Arbeit. Einfach so beide Seiten aufzuzeigen und dass die Arbeit eben nicht die einfachste ist und dass aber auch, dass es halt an dem Klienten liegt und dass die das auch halt nicht absichtlich machen, sondern dass da auch etwas dahinter ist, warum sie jetzt nicht sofort Hurra schreien und alles annehmen (IV 3, 387-395).

Es zeigt sich hier, dass Öffentlichkeitsarbeit von Sozialarbeiter_innen zum Teil auch Öffentlichkeitsarbeit für Soziale Arbeit ist und sich hier auch gegen zeitlichen Druck wendet. Dies ist auch in Anbetracht von Kapitel 2.2. interessant. In diesem wurde nämlich geschildert, dass Sozialarbeiter_innen aufgrund von Umstrukturierungen im öffentlichen Bereich unter größeren Druck zur Rechtfertigung ihrer Arbeit kommen. Dort wurde die Gefahr genannt, dass fehlende Erfolge Sozialer Arbeit zulasten der Klient_innen gehen können. Einerseits kann dies in dem Zitat oben nachvollzogen werden, da zu bedenken gegeben wird, dass der Erfolg am/an der Klienten_in liegt, andererseits wird aber auch gesagt, dass Klient_innen gute Gründe dafür haben, warum sie Hilfsangebote nicht annehmen. Hier ist aber dann wiederum darauf zu achten, dass diese Gründe nicht als naturalisierte, essentialisierte Eigenschaften der Klient_innen beschrieben werden. Auch eine andere interviewte Person drückte aus, dass Öffentlichkeitsarbeit ausgehend von sozialen Einrichtungen in der Perspektive dieser verwurzelt ist. Dies soll folgendes Zitat verdeutlichen:

Mh, ja grundsätzlich sehen wir in unserer Arbeit, ähm sozusagen, wir sehen auf der einen Seite die konkrete Sozialarbeit, die wir machen, aber natürlich ist es so, äh, dass wir sehr wohl ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit sehen. Das heißt, dass wir in unserer Tätigkeit natürlich, ähm, Personen in Situationen sehen, wo wir sehen, dass es struktureller Veränderungen bedürfte, damit sich ihre Lebenssituation auch verbessern kann, und da ist es dann so, dass wir, ähm einfach unsere Fachexpertise in der Arbeit einbringen (IV 4, 8-14).

Es zeigt sich also, dass es gilt, einerseits die konkrete Arbeit der Öffentlichkeit zu vermitteln und andererseits auch, die Lebenssituation zu verbessern. In dem Interview erscheint es so, als würde dies im Widerspruch miteinander stehen. Dies kann sein, da es Ziel der konkreten Sozialen Arbeit ist, Menschen in ein System zu inkludieren und in diesem zu unterstützen, in welchem sie benachteiligt sind. In der politischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit wird dieses dann kritisiert und das Ziel verfolgt, benachteiligende Strukturen zu verändern. Es scheint also durchaus einen Unterschied zu geben zwischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für die Soziale Arbeit und solche für Klient_innen der Sozialen Arbeit.

Des Weiteren war es auch ein Ziel, die Heterogenität der Gruppe zu betonen, wie es ein_e

Interviewpartner_in beschreibt:

Also ich sag auch immer es gibt nicht nur Rumänen und Bulgar_innen, die bei uns betteln. Es betteln ja auch Österreicher_innen, Suchtkranke, Obdachlose, also ich, auch zu sagen, das sind verschiedene Gruppen, und die, die in der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, sind aber meistens eben nur die, die keine österreichische Staatsbürgerschaft, Staatsbürger_innenschaft haben und die ja oft auch als fremd wahrgenommen werden, ja, so durch dunklere Haut, oder durch irgendwie aussehen oder so. Also es gibt verschiedene, das ist mir immer auch wichtig, auch die Gruppen aufzumachen. Es gibt ganz verschiedene Gruppen (IV 1, 336-338).

Interessant ist an diesem Zitat, dass zwar die Heterogenität betont wird, indem verschiedene Gruppen an bettelnden Menschen benannt werden, aber nicht die Heterogenität innerhalb dieser Gruppen zwischen den Menschen. Außerdem fällt die starke Betonung auf Gruppen von Menschen auf. In einem anderen Interview wird eine andere Strategie gewählt, die Heterogenität von Menschen zu betonen:

Ähm, na, grundsätzlich ist es so, dass die Gruppe der Personen, die sexuelle Dienstleistungen anbieten eine sehr heterogene Gruppe ist. Also das ist keine homogene Gruppe und, ähm, was uns ganz wichtig ist und wo wir eben Wert drauf legen in der Öffentlichkeit, ist, dass wir immer darauf hinweisen, dass es eine Erwerbstätigkeit ist und dass wir ähm, dass es wichtig ist, ähm also die Personen, die diese Tätigkeit anbieten, nicht mit dieser Tätigkeit gleichzusetzen, sondern dass es wichtig ist, die Person als Person zu sehen, ja. Also eine Frau die sexuelle Dienstleistungen anbietet, bietet diese an, ist in dieser Zeit halt Sexarbeiterin, daneben ist sie vielleicht Mutter, ist sie Lebensgefährtin, daneben ist sie, ich weiß nicht, was auch immer, aber sie ist eben eine Person und es ist nur ein Teilbereich (IV 4, .133-142).

Diese Strategie scheint gut dafür geeignet, auch Gemeinsamkeiten zwischen Menschen herzustellen, da betont wird, dass letzten Endes alle Menschen sind, welche vielleicht betteln, in der Sexarbeit tätig, oder wohnungslos sind. Diese Lebenssituationen stellen aber nur Teilbereiche neben anderen dar. So sind vielleicht die wohnungslose Frau, die Sexarbeiterin oder die bettelnde Frau auch Mütter, musikbegeistert oder reiselustig. Hier zeigt sich, wie bei Stuart Hall (vgl. Kapitel 3.2.1.) schon gesagt wurde, dass Menschen ganz verschiedene Subjektpositionen einnehmen können, um ihre Identität zu bilden, und dass es wichtig ist, diese nicht zu essentialisieren. Die Bedeutung, die dem Ziel, Homogenitäten von Gruppen zu betonen, zukommt, zeigt sich auch in folgendem Zitat:

...im Diskurs ist es ja ganz oft so, dass man sagt, die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von den Bettler_innen gestört, und das macht ja sozusagen dieses auf, so die Bürger_innen auf der einen Seite und die Bettler_innen, als wären die keine Bürgerinnen und Bürger. Ähm, und damit, das ist ja die Vorbereitung dafür, dann zusagen, die einen haben Rechte und die anderen nicht und äh, also so aufzumachen wir und die anderen und das ist uns halt total wichtig. Nicht auf der Ebene zu arbeiten, sondern irgendwie zu sagen, äh, wir sind alle Leute mit Rechten. Wir haben unterschiedliche Lebensbedingungen, ähm, genau (IV 1, 233-241).

In diesem Zitat zeigt sich, dass eben einerseits betont wird, dass alle Menschen Rechte haben und dass ebenso alle Menschen auch unterschiedliche Lebensbedingungen haben. Es wird also

Heterogenität, aber auch die Gleichheit aller Menschen miteinander betont. Außerdem ist interessant, dass die Abgrenzung verschiedener Gruppen als eine Vorbedingung gesehen wird, Rechte abzuerkennen. Hier bietet sich auch ein Anknüpfungspunkt an Giorgio Agamben (vgl. Kapitel 3.3.4), der in seiner theoretischen Arbeit genau diese Aberkennung sämtlicher Rechte und politischer Qualitäten kritisiert, denn durch dies wird der staatliche Zugriff einerseits dauerhaft, und andererseits findet auch eine Exklusion aus staatlichen Institutionen statt, da die Menschen nicht mehr Anspruch auf deren Unterstützung haben. Bettler_in zu sein wird so zu einer Unmöglichkeit, da dadurch sämtliche Rechte verloren werden. Dies gilt allerdings nur für manche Menschen und wird sozusagen quasi im Einzelfall entschieden, wodurch sich eine Unentschiedenheit ergibt. Diese Unentschiedenheit kann dann möglicherweise wieder Menschen ermuntern, für ihre Rechte einzutreten, weil Sanktionen als ungerecht wahrgenommen werden. Anders kann es mit Derrida (vgl. Kapitel 3.1.1.) gesehen werden, da dieser betont, dass es binäre Oppositionen gibt, die in einer Hierarchie zueinander stehen. Es kann dann so gesehen werden, dass ein_e osteuropäische/r Bettler_in den negativen Teil der Opposition zu einem/r österreichischen Bettler_in ausmacht. Dies kann durch die Diskriminierung und Stigmatisierung demotivierend auf politisches Engagement wirken.

Außerdem wird betont, dass es wichtig ist, auch gesellschaftlich benachteiligte Menschen als handlungsfähig wahrzunehmen und Verhaltensweisen, wie zum Beispiel Betteln, nicht auf Defizite zurückzuführen, sondern als Lösungsversuche zu sehen:

Ich mein das Betteln ist ja [...]. Ist ja auch richtig harte Arbeit, ja. Also es ist wirklich richtig anstrengend, bei jeder Witterung 8,9 Stunden sitzen und gehen, ganz viele Absagen kriegen und so, also das ist mir auch noch mal wichtig zu sehen, also Betteln ist nicht nichts tun. Betteln ist eigentlich sehr aktiv gegen ähm, gegen die eigene schwierige Situation was zu unternehmen versuchen, ja, das meinte ich auch mit dieser Handlungsfähigkeit. Die Leute tun was, ja. Die setzen ihre Energie ein, ja. Äh um ihre Kinder zu erhalten, um ihnen die Ausbildung zu finanzieren und so, also so, das ist mir auch, ein bisschen auch wichtig. Ja, und dann auch noch mal, noch mal klarzumachen, so wie das aggressive Betteln zum Beispiel ausgelegt wird, tun die, werden die Leute eigentlich für Dinge bestraft, die sonst net als aggressiv gelten würden, weil jemandem eine Frage zu stellen, oder die Hand entgegenzustrecken würden wir landläufig net als Aggressivität fassen. Die brauchen aber eigentlich net mehr zu tun als das, um eine Strafe zu bekommen, also es geht auch eigentlich darum noch einmal, dass eigentlich Verhalten unterschiedlich bewertet wird, na und die Greenpeace-Werber dürfen das ja auch, na, und die Kinder die fürn Stephansdom sammeln. Die Bettler_innen für sich selber dürfen bestimmte Dinge nicht, die andere sehr wohl dürfen, das ist eigentlich eine Ungleichbehandlung. Das find ich auch noch mal wichtig (IV 1, 364-383).

Interessant ist auch der Hinweis auf die Ungleichbehandlung der Bettler_innen. Hier zeigt sich, dass Verhaltensweisen nach vorgefertigten Bildern interpretiert und daher ganz verschieden gesehen werden. Dies betont wiederum die Wichtigkeit, Bilder über die Zielgruppe zu verändern, die zuvor schon angesprochen wurde.

In einem Interview wurde als Ziel der Öffentlichkeitsarbeit beschrieben:

Also uns ist es einfach ein Anliegen, dass wir auf soziale, soziale Not aufmerksam machen in der Gesellschaft, sei es in Österreich oder auch außerhalb, und wir machen das speziell in den Bereichen, wo wir einfach die konkrete Erfahrung haben durch die Arbeit mit den Menschen [...] und da versuchen wir, einfach aufgrund der Erfahrung, die wir in der täglichen Arbeit machen, diese Not auch sichtbar zu machen und politische Verantwortliche, aber auch die Zivilgesellschaft daran zu erinnern, an welche Verantwortung jeder Einzelne hat und welche Verantwortung eine Gesellschaft wie die österreichische auch hat (IV 2, 21- 34).

Interessant ist, dass nur in einem Interview das Ziel Not aufzuzeigen, so explizit angesprochen wurde, bei diesem handelte es sich auch um denjenigen/diejenige Interviewpartner_in, die am stärksten mit dem Lukrieren von Spendengeldern beschäftigt war (vgl. IV 2). Jene Interviewpartner_innen, die ihre Aufgaben nicht in dem Bereich sahen, Spenden zu sammeln (vgl. IV 1 und 3), nannten als Ziele nicht, auf Not hinzuweisen, sondern zusammenfassend gesagt, sahen sie ihre Aufgaben eher darin, auf unerfüllte Ansprüche an das Sozialsystem hinzuweisen sowie gesellschaftliche Bilder und Diskurse in Bezug auf die von ihnen vertretene Gruppen zu beeinflussen. Kritisch zu betrachten ist der Hinweis auf soziale Not, da dieser eher zur Formulierung homogener Klient_innengruppen herangezogen wird, wie sich in folgendem Zitat zeigt:

...es gibt natürlich besonders gefährdete Gruppen, in dem Bereich, den Sie angesprochen haben, Wohnungslosigkeit, dann sind das sehr oft alleinerziehende Mütter, es sind Mehrkindfamilien, und es sind Leute die von Altersarmut betroffen sind. Insofern können, gibt es, wenn man so will, ein einheitliches Bild von Armutsbetroffenen, die sich vielleicht in den Medien widerspiegeln, aber das hat vielleicht auch damit zu tun, dass sie einfach statistisch gesehen einer größeren Gefährdung ausgesetzt sind (IV 2, 207-210).

Hier zeigt sich, dass vom selben/von derselben Interviewpartner_in, der/die auch die Notwendigkeit auf soziale Not hinzuweisen betont, die Ansicht vertreten wird, dass es ein einheitliches Bild von armutsbetroffenen Menschen gibt. Einerseits ist dies wichtig, da so gezeigt wird, dass zum Beispiel alleinerziehende Mütter zusätzliche Unterstützung brauchen, andererseits sollte auch gesagt werden, dass nicht jede alleinerziehende Mutter armutsbetroffen ist und diese zwei Eigenschaften gleichgesetzt werden.

Es zeigt sich also insgesamt, dass die wichtigsten Ziele, die von den interviewten Personen mittels Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit verfolgt werden, die Veränderung der Wahrnehmung der Zielgruppe in verschiedenen Bereichen sind sowie auch die eigene Arbeit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Veränderung von Bildern über die Zielgruppe erfolgt auch damit, dass die Heterogenität der Menschen betont wird. In den Interviews wurde deutlich, dass dies nicht per se damit einhergeht, die Zuschreibung zu bestimmten Gruppen zu kritisieren, sondern dass es auch heißen kann, lediglich mehr verschiedene Klient_innengruppen zu bilden. Die Veränderung

von Bildern über die Zielgruppe ist des Weiteren auch so wichtig, da die Interpretation des Verhaltens von Klient_innen oft vor dem Hintergrund dieser Bilder stattfindet und sie sich so nachteilig für die Klient_innen auswirkt. Zudem sind Anliegen, auch auf benachteiligende strukturelle Faktoren hinzuweisen sowie auf Klient_innen, welche vom Versorgungssystem nicht erfasst werden.

5.4. Konkrete Strategien der Öffentlichkeits- und politischen Lobbyarbeit

Im nachfolgenden Kapitel soll den Strategien nachgegangen werden, mit welchen oben genannte Ziele, den Interviewpartner_innen zu Folge, versucht werden zu erreichen.

Hierbei soll mit jenem_r Interviewpartner_in begonnen werden, die als Ziel die Beeinflussung öffentlicher Diskurse nannte. Einerseits nennt diese verschiedene Medien und Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die sie nützt, wie:

...das haben wir mit Flugblättern gemacht, viel mit auf Podiumsdiskussionen sein, Interviews geben so und natürlich auch die Institutionen sozusagen angreifen, die diesen Diskurs so wesentlich mitprägen. Wir haben ja Kampagnen zum Beispiel gegen die Wiener-Linien-Durchsage⁵ gemacht oder gegen die Wirtschaftskammerplakate. [...] da stand dann auch, äh, leisten Sie dem gewerbmäßigen Betteln nicht Vorschuss, geben Sie den Leuten nichts, sondern spenden Sie an anerkannte Hilfsorganisationen, und da haben wir schon auch Kampagnen dagegen gestartet (IV 1, 103-115).

In diesem Zusammenhang werden von der interviewten Person auch verschiedene diskursive Strategien genannt, wie sich in nachfolgendem Zitat zeigt:

Ich finde, es gibt so die um den öffentlichen Raum und Nutzung des öffentlichen Raumes für alle. Dann gibt es so diese Ebene der alle sind Rechtssubjekte, ja, Grundrecht auf Betteln, Recht auf freie Meinungsäußerung. Der dritte Diskurs ist so Thema Armut, und wir haben ganz viel über den öffentlichen Raum und über den Rechtsdiskurs auch argumentiert und natürlich Armut als eine Bedingung sozusagen auch. Da haben so wir als Teil dieser Gesellschaft, und Betteln ist ja auch ein relativ komplexes Problem, es berührt halt Armutsdiskurse, öffentlicher Raum, aber auch Migrationsdiskurse, ähm, genau (IV 1, 43-51).

In diesem Zitat zeigt sich, dass der Hinweis auf die Armut, obwohl es kein erklärtes Ziel der Lobbyarbeit ist, doch eine diskursive Strategie ist, Akzeptanz für bestimmte Verhaltensweisen, hier Betteln im öffentlichen Raum, zu schaffen. Des Weiteren wird auch versucht, auf

⁵ Die Durchsage der Wiener Linien lautet in den Jahren 2008/2009: „Viele Fahrgäste fühlen sich durch organisiertes Betteln in der U-Bahn belästigt. Wir bitten Sie, dieser Entwicklung nicht durch aktive Unterstützung Vorschub zu leisten, sondern besser, durch Spenden an anerkannte Hilfsorganisationen zu helfen. Sie tragen dadurch zur Durchsetzung des Verbots von Betteln und Hausieren bei den Wiener Linien bei.“ (<https://bettellobbywien.wordpress.com/2009/02/05/protestaktion-gegen-verhetzende-durchsagen-der-wiener-linien/>, [11.09.2014])

Gemeinsamkeiten aller Menschen hinzuweisen, wenn zum Beispiel darauf hingewiesen wird, dass durch strengere Regeln in Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Raumes alle betroffen sind, oder wenn betont wird, dass alle gleichermaßen Rechtssubjekte sind. Verbindungen zwischen Menschen zu schaffen findet auch statt, indem ökonomische Zusammenhänge einbezogen werden:

Genau, also das ist so das eine zu argumentieren wir sind Teil dieser Gesellschaft und wir wollen so einen Umgang nicht, und das andere ist natürlich auch, diese Argumentationsstrategien zu sagen, ähm, wir profitieren von der sogenannten Osterweiterung. [...] Genau, also wir versuchen sozusagen auch immer ein bisschen, die Zusammenhänge aufzuzeigen, weil die Argumentation auch oft ist, wir können uns nicht um die Armut aus Rumänien oder Bulgarien kümmern (IV 1, 64-76).

Als eine weitere Strategie, um Verbindungen zwischen Menschen aufzuzeigen, wird genannt:

also diese Broschüre, die Rechtshilfebroschüre, die kennst du vielleicht auch, ja, die wendet sich ja bewusst, sozusagen, sowohl an bettelnde Menschen als auch an Passant_innen und sagt, also, da war so die Idee, auch ein bisschen die Solidarität zwischen den Gruppen auch herzustellen und zu sagen, wir adressieren die alle so, also, und auch Passant_innen werden ja in ihren Rechten verletzt, wenn sie von einer Amtshandlung weggeschickt werden, oder so, ja. Also es geht sozusagen da drum, alle Beteiligten sozusagen in ihren Rechten und Möglichkeiten sozusagen zu stärken (IV 1, 156-164).

Diese Strategie ist interessant, da sie die gemeinsame Betroffenheit herausstellt und so eine Dichotomie zwischen den „armen Opfern“ und den anderen zu verhindern hilft.

Eine weitere Strategie, welche die/der Befragte_r nennt ist: „das ist auch eine wichtige Strategie der Lobbyarbeit ist, dass wir Argumentationen für andere erarbeitet haben, also das, was die Grünen da zum Beispiel eingeklagt haben und wir denen auch unsere Expertise zur Verfügung gestellt haben“ (IV 1, 126-129)⁶. Interessant ist, dass hier betont wird, dass es sich um eine wichtige Strategie der Lobbyarbeit handelt und etwas später im Interview, wenn die/der Befragte die Klage der Grünen gegen Bettelverbote vor dem Verfassungsgerichtshof⁷ kritisiert (siehe dazu Kapitel 5.5.), dann gesagt wird: „ja, ich finde jetzt auch, also wir haben das jetzt auch nicht selber gemacht, wir haben auch da nur Argumente geliefert und so“ (IV 1, 190-192). In diesem Zitat zeigt sich, dass einerseits eine Strategie mittels Argumenten unterstützt und dies als wichtig empfunden wird. Andererseits wird dieselbe Strategie der rechtlichen Beschwerde abgelehnt und

⁶ Am 05.05.2011 „haben die Grünen OÖ bekannt gegeben, dass sie gemeinsam mit der SPÖ OÖ eine Verfassungsklage gegen die Änderungen im Polizeistrafgesetz (OÖ Polizeistrafgesetz-Novelle 2011) einbringen werden. Ziel ist es, das sogenannte Bettelverbot wieder zu Fall zu bringen, das am 4. Juli in Kraft treten soll“ (<http://www.bettelloobby.at/tag/verfassungsklage/> [11.09.2014])

⁷ Siehe Entscheidung G118/11. Online unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_09879370_11G00118_00 [11.09.2014]

die eigene Rolle entschuldigt, dass sie nur in der Bereitstellung von Argumenten bestand. Dies zeigt auch eine Unsicherheit bei Öffentlichkeitsarbeit und politischer Lobbyarbeit, da nicht feststeht, in welchen Kontexten eigene Argumente wiedergefunden werden. Hier gilt es genau zu überlegen, wie ein/e Befragte_r sagt:

Na ja ich denke mir es gibt Sachen, wo ich mir denke, wenn die groß medial diskutiert werden, kann das eher eine negative Folge auch für die Zielgruppe haben, also ich denk mir, das Thema Sexarbeit und Asylwerber_innen ist zum Beispiel etwas, wo wir sehr bewusst nicht sehr stark medial damit aufgetreten sind. Wo wir immer gesagt haben, ja, es kann sehr leicht sehr kontraproduktiv sein, wenn es in einer größeren Art und Weise in den Medien irgendwie dargestellt wird. Also denken wir, das ist besser, das wird in einen internen also Facharbeitskreisen zu besprechen (IV 4, 118-124).

Ein anderer Punkt, welcher sich in den Interviews auch bemerkbar machte, ist, dass die Strategien von Lobbyarbeit eng gefasst werden. Ein_e Interviewte_r sagt hierzu:

Wir machen oft so eine Runde, wo am Anfang noch mal alle sagen, wer sie sind und warum sie da sind und auch da gibt es so Momente wo ich sagen würde, das ist auch so etwas Empowerndes, wenn die Leute einfach einmal reden können und ihnen Leute zu hören und sagen, wow, das ist eigentlich krass, und eigentlich ja ist das nicht okay was mit dir passiert und so. Also das sehe ich eigentlich auch als Teil, das ist jetzt keine Lobbyarbeit, aber es ist auch politische Arbeit, also dieses Listening, also dieses Zuhören und Bezeugen, ja (IV 1, 472-482).

Wie in Kapitel 5.1. gesagt wurde, führten alle Interviewten die Befähigung in den speziellen Bereichen Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zu machen, auf konkrete Erfahrungen mit den von ihnen repräsentierten Menschen zurück und auf das Wissen, das sie daraus erlangen. Hier dürfte das Zuhören ein wichtiger Bestandteil sein, weshalb es verwundert, dass die befragte Person dieses aus dem Bereich der Lobbyarbeit ausschließt, da es sozusagen eine wichtige Bedingung für diese zu sein scheint.

In einem anderen Interview wird ebenfalls nochmals die Bedeutung der konkreten Erfahrung der Sozialen Arbeit in Hinsicht auf konkrete Strategien der Lobbyingarbeit herausgestrichen:

Ähm, ist es mein Zugang, ähm, weniger, also natürlich haben wir einige klare Forderungen, aber ich denk mir, die Stärke der politischen Tätigkeit ist einfach, dass man die Erfahrungswerte, die man in der Sozialen Arbeit macht, einfach sachlich versucht zu transportieren, also Problemlagen darzustellen. Ich denke mir, dass das eines der, in meinen Augen, stärkste, ähm, stärkste Argumente, dann auch sind um auch Veränderungen herbeizuführen. Dass man einfach sagt, der Ist-Zustand sieht so und so aus, die und die Probleme gibt es auch, daher sehen wir einen Handlungsbedarf, ja, das heißt nicht, dass wir jeden Fall gleich quasi, ähm, Lösungen anbieten können, ja. Aber wir einfach die Problemlagen darstellen, und ich denke mir, dass das einfach ein ganz wichtiges Instrument ist, um dann eben auch Veränderungen auch herbeizuführen (IV 4, 15-24).

Insbesondere die sachliche Darstellung der Problemlagen war dieser Person ein wichtiges Anliegen. Dies hängt damit zusammen, dass sie das Gefühl hat, die von ihr vertretene Zielgruppe wird stark moralisch stigmatisiert und hat aus diesem Grund oft mit benachteiligenden strukturellen Bedingungen zu kämpfen (vgl. IV 4, 32-36). Um dies zu verhindern oder zu

vermindern sieht sie eben als erfolgversprechendste Strategie die sachliche Argumentation. Diese ist allerdings auch problematisch zu betrachten, wie sich bei einer anderen Strategie der scheinbar sachlichen Argumentation zeigt:

...und also wir haben ja den großen Vorteil, wenn man so will, das ist eben, insofern dass wir es eben immer statistisch belegen können, also dass wir praktisch auf unsere Arbeit verweisen können. Wir betreuen beispielsweise in Wien 700, äh, knapp 700 Asylwerberinnen und Asylwerber, und das ist sozusagen eine Grundgesamtheit, wo wir auch gewisse Aussagen treffen können (IV 2, 40-245).

Es wird als vorteilhaft beschrieben, dass die Meinungen der Sozialarbeiter_innen zu einem Thema mittels statistischer Zahlen belegt werden können. Hier wird eine Gruppe generalisierend beschrieben, wobei auch nicht darauf hingewiesen wird, dass es sich eben nur um jene Menschen handelt, die betreut werden in Einrichtungen mit bestimmten Angeboten, welche möglicherweise von einigen Asylwerber_innen nicht in Anspruch genommen werden, da diese Angebote für sie nicht passend sind. Außerdem ist darauf zu achten, ob Sozialarbeiter_innen ihre spezifische sozialarbeiterische Meinung artikulieren, die sie aufgrund ihrer Erfahrung in der Arbeit mit einer bestimmten Zielgruppe erworben haben, oder ob sie diese als allgemeingültige Aussagen über andere Menschen formulieren.

Auch eine weitere interessante Strategie wurde in den Interviews genannt: Diese wurde von einer Gruppe bestehend aus Künstler_innen und Aktivist_innen verfolgt und bestand darin „der Stadt Wien zu zeigen, wie sie Bettelpolitik machen könnte, und das lief dann unter dem Slogan, äh, wie mach ich glücklich und war eine Medienguerillaaktion⁸, d.h. die Aktion wurde quasi im Namen der Stadt Wien lanciert, ja, aber nicht in Aussprache mit der Stadt Wien“ (IV 1, 140-144). Diese Aktion wurde dann auch im darauf folgenden Jahr weitergeführt, wie die/der Interviewte erzählt: „Und dann anknüpfend an das Projekt gab es dann letztes Jahr ein Projekt, wo dann die Bettellobby recht stark involviert war, und das war, von diesen einen Bettelbeauftragten ausgehend, so dieses schaffen wir viele Bettelbeauftragte, die Idee, dieses Wissen sozusagen breiter zu streuen“ (IV 1, 152-155). Dies Strategie hat sehr gut funktioniert, wie der/die Befragte meinte, da es von vielen Menschen für reale Politik gehalten wurde (vgl. IV 1, 150-152). Dies ist auch deshalb eine interessante Strategie, da in Kapitel 2.1. als eine Handlungsmöglichkeit schon angesprochen wurde, Gegenvorschläge zu derzeitigen Politiken zu entwickeln, die einen wünschenswerten Soll-Zustand beinhalten, und dies sich hier also umgesetzt findet.

⁸ Diese Kunstaktion fand im Rahmen der Wienwoche September 2012, einem Stadtfest der Wiener Grünen statt. Es wurde ein Bettelbeauftragter ernannt und mittels Inseraten vorgestellt, die solchen von der Stadt Wien ähnlich sehen. (vgl. <http://wien.orf.at/news/stories/2551005/> [11.09.2014])

In zwei Interviews wurde die Strategie genannt, Einzelfälle zu schildern (vgl. IV 2 und 3). Wie eine befragte Person erzählt: „Wir versuchen, Geschichten halt unterzubringen, die unsere Anliegen halt zum Ausdruck bringen, äh, wo wir auf, ich sag jetzt mal, Missstände auch im System im Sozialstaat hinweisen (IV 2, 44-47). Dies geschieht also einerseits, wie hier beschrieben, um Missstände aufzuzeigen, andererseits ist es aber auch die Antwort auf konkrete Nachfragen: „Genau, also wir haben es oft so, also Medien halt, sehr oft mit Anfragen an uns herantreten und sagen, sie würden ganz gerne zu diesem oder jenem Thema was machen, Stichwort Mindestsicherung, und sie bräuchten auch Fallgeschichten, anhand derer sie es erzählen können“ (IV 2, 82-85). Es zeigt sich also, dass die Geschichten von Menschen hier zur Illustration verwendet werden von Sachverhalten, welche die Organisationen oder Medienvertreter an die Öffentlichkeit bringen wollen. Auch ein_e befragte/r Sozialarbeiter_in sieht Geschichten von Einzelfällen als gut geeignet, wie sie sagt: „Aber ich glaub auch, dass das und die Medien wollen ja Geschichten, und ich denk ma, nach 28 Jahren habe ich viele Geschichten, und des is auch meine Art eh“ (IV 3, 364-366). Es zeigt sich hier also wieder die Nachfrage der Medien nach Geschichten, aber auch, dass diese_r Sozialarbeiter_in ihr Wissen besonders darin verortet, viele Geschichten von Klient_innen aufgrund ihrer beruflichen Praxis zu kennen. Wie sich zeigt, liegt ihr Ziel beim Erzählen von Geschichten auch darin, Akzeptanz für Klient_innen zu schaffen, denn sie sagt: „Naja, für mich ist es eben so, in diesen Geschichten kann ich eben erzählen, welche Leute sind das, aufzuzeigen okay, nach 25 Jahren Straße ist es jetzt nicht einfach eh und zu sagen okay und jetzt nehm ich die Wohnung an. Der hat halt 25 Jahre am Klo gewohnt und und ah“ (IV 3, 378-381). Es zeigt sich hier, dass Geschichten über Schicksale der Klient_innen ganz verschiedene Zwecke verfolgen können und aus ganz verschiedenen Gründen herangezogen werden. Sie können auf der einen Seite dazu dienen, Sachverhalte für ein Publikum spannend darzustellen, auf der anderen Seite scheint es sich bei diesen aber auch um spezielles Wissen der Sozialarbeiter_innen zu handeln und dienen hier dazu, Bewusstsein für die schwierige Situation der Klient_innen zu schaffen.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Strategien der befragten Personen darin bestehen Gemeinsamkeiten zwischen Menschen zu argumentieren, zum Beispiel indem auf die gemeinsame Betroffenheit von bestimmten Gesetzen hingewiesen und so Solidarität hergestellt wird. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es Argumentationen für andere zu erarbeiten, wobei dies auch vorsichtig betrachtet wird, da Argumentationen sich leicht in anderen Zusammenhängen als kontraproduktiv erweisen können. Einerseits ging es den befragten Personen auch darum, Problemlagen sachlich darzustellen, andererseits wurde die Strategie verfolgt, Geschichten von

Einzelfällen zu erzählen, um mehr Aufmerksamkeit zu erwerben. Eine weitere Strategie bestand darin, Politiken in Bezug auf ein bestimmtes Thema zu inszenieren, um zu zeigen, was alles möglich ist.

5.5. Einspruch gegen Strafen

Eine Strategie der politischen Einflussnahme, die in drei von vier Interviews genannt wurde, ist es, Einsprüche gegen Strafen vorzunehmen. Dies wird folgendermaßen beschrieben:

Und dann haben wir auch mit diesen Rechtshilfetreffen begonnen, und, ahm, das ist jetzt die Strategie sozusagen über ganz viele Einsprüche, äh, heißt das Einspruch, ähm Einsprüche heißt das, genau, ähm, sozusagen die polizeiliche Praxis sozusagen zu beeinflussen, indem wir einfach da viel gewinnen auch tatsächlich und dann so nach und nach, dass sich das halt durchsetzt, dass man dies und jenes einfach nicht mehr machen kann (IV 1, 164-169)

Rechtliche Einsprüche zielen hier also darauf ab, dass polizeiliche Praktiken verändert werden. In einem anderen Interview wird das Ziel rechtlicher Einsprüche darin gesehen, dass Präzedenzfälle geschaffen werden, die dann sozusagen eine andere Grundlage für die Rechtsprechung bieten (vgl. IV 4, 284-289). Da rechtliche Einsprüche darauf zielen, die Situation der Klient_innen und den Umgang mit ihnen zu verändern, kann es so gesehen werden, dass auch sie im weiteren Sinn politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit darstellen, da mit ihrer Hilfe Interessen der Klient_innen versucht werden zu verteidigen und auch an eine Öffentlichkeit vermittelt wird, dass bestimmte rechtliche Praktiken als ungerecht angesehen werden.

Eine der befragten Person sieht diese Strategie der rechtlichen Beeinspruchung aber auch als problematisch an.

Ja, das sehe ich im Nachhinein als eine sehr ambivalente Strategie, weil einerseits hat zwar der Verfassungsgerichtshof jetzt festgehalten, dass keine allgemeine Bettelverbote jetzt eingeführt werden können und Betteln sozusagen unter ein Grundrecht fällt, gleichzeitig ist damit aber so diese Trennung in das gute, stille Betteln und sozusagen diese anderen Formen, die verboten werden dürfen, und der Verfassungsgerichtshof hat da die Türe sehr weit eigentlich aufgemacht für alle möglichen Verbote und das Gewerbsmäßige in Wien wurde ja geklagt und da hat er sich einer Meinung eigentlich enthalten und da hat er ja damals gesagt, die, obwohl die Frau, die das geklagt hat, mehrere Strafen wegen gewerbsmäßigen Betteln hatte, hat der Verfassungsgerichtshof gesagt, das Gesetz betrifft sie nicht, sie kann das gar nicht einklagen, weil wenn sie still bettelt, dann kann sie es ja machen. Die hat quasi daraufhin geklagt, dass das zu ungenau definiert wird. Also das ist jetzt auch, also diese Ebene des Verfassungsgerichtshof ist jetzt, von der kann man sich jetzt einfach nicht mehr viel erwarten. Das ist jetzt irgendwie vorbei, und ich, ja politisch, finde ich, ist das echt ein bisschen ambivalent, weil jetzt haben auch alle eine Legitimation, sozusagen, diese vielen verschiedenen Bettelverbote einzuführen (IV 1, 172-187).

Die befragte Person betrachtet die Ebene der rechtlichen Einflussnahme hier als problematisch, weil diese auch zur Legitimation von für die Klient_innen benachteiligenden Gesetzen führen

kann. Dies wäre ihrer Meinung nach zu verhindern gewesen, wenn die Rechtslage argumentativ angegriffen worden wäre, aber keine endgültige Entscheidung verlangt worden wäre. In dem Zitat finden sich auch noch weitere Probleme rechtlicher Praktiken angesprochen. Es wird gesagt, dass diese ungenau definiert sind, und des Weiteren wird auch deutlich, dass rechtliche Praktiken dazu führen, ein bestimmtes Bild der Klient_innen oder benachteiligten Personen zu fördern. Dieses besteht darin, sich still zu verhalten und nicht aufdringlich zu sein, da alles andere als zum Beispiel aggressives Betteln gewertet werden kann und daher vermieden werden muss.

Außerdem wird in zwei Interviews auch darauf hingewiesen, dass gerade eine Bezugnahme auf die fehlende Moral der Klient_innen stark benachteiligend wirkt und auch bei Strafen von Bedeutung ist (vgl. IV 1 und IV 4). Dies zeigt sich zum Beispiel, wenn ein Bestandteil von Anzeigen ist, dass eine Täuschung durch die Klient_innen vorliegt (siehe Zitat unten). Im nachfolgenden Zitat zeigt sich hierbei, inwiefern Moral mit einem bestimmten Bild über die Klient_innen verknüpft ist:

...da ja eigentlich oft von den Bettler_innen eine höhere Moral erwartet wird, als von allen anderen, na, also in dem Sinn, das, ähm, das zeigt jetzt diesen Diskurs von, was weiß ich, die Person hatte eine Krücke und in Wirklichkeit kann sie aber gehen, also, die täuscht uns oder es gibt auch, na, in ganz vielen Anzeigen steht drinnen, eine Person, die sich mit einer Zeitung tarnte und aber gebettelt hat. Also so, wo dieses, äh, die täuschen uns und dabei ist das ja, also jede Werbestrategie funktioniert ja so, oder auch der Versicherungsvertreter, der sich einen Anzug anzieht, ja, wählt ja diese Kleidung, weil er dann das Gefühl hat, da kommt er besser durch, genauso zieht die Bettlerin sich das an oder nimmt sich eine Krücke oder Zeitung. [...]. Das ist, was wir alle eigentlich machen, ja, wird dann diesen Menschen eigentlich zur Last gelegt, ja, oder wenn die dann sozusagen die Wurstsemmel die man ihr anbietet, nicht nimmt, weil das vielleicht die zehnte ist, die sie an diesem Tag kriegt, dann wird gesagt, na, die kann gar nicht so arm sein und so Hunger haben, also so, wo wir auch nicht in Wurstsemmeln bezahlt werden wollen, ja, also dieser Diskurs ist halt so, die Leute müssen so arm sein, oder es gab auch mal die Diskussion rund um die XXX, die Frau, die in Wien das erwerbsmäßige Betteln geklagt hat, dass die Nagellack auf den Fingern hatte. Wie kann jemand ganz arm sein, der sich die Fingernägel lackiert, also wie arm, muss man quasi sein, ja, um betteln zu dürfen und ich hab das Gefühl, viele Leute denken, wenn die sozusagen am Verhungern sind, das ist sozusagen okay, ja, deshalb gibt man ihnen auch Essen, aber dass Essen nicht das einzige Grundbedürfnis ist, ja, so weit geht es dann schon nicht mehr, oder ja genau, also dieses so, die müssen total moralisch integer sein und dass aber Leute, die in einer schwierigen Lebenssituation sind, für die das auch immer schwieriger ist, ja, ähm so, ja, da wird eigentlich denen mehr abverlangt, und wehe, sie machen da irgendwas falsch sozusagen, ja, dann wird ihr ganzes, ihre ganze Bitte delegitimiert, ja (IV 1, 250-280).

Es entsteht der Eindruck, dass es quasi ein bestimmtes Bild über Armut gibt, und es wird verlangt, dass dieses nicht nur vorgespielt wird, sondern der Realität entspricht, dabei ist aber fraglich, ob das Bild über zum Beispiel Armut überhaupt der Realität von Armut und Armsein entspricht. Außerdem ist interessant, dass anscheinend jede Abweichung von diesem Bild zur Delegitimation der Bedürftigkeit führt und sogar bestraft wird. Die Zielgruppe muss also ein bestimmtes Bild darstellen, um Hilfe zu bekommen.

Rechtliche Praktiken beeinflussen hierbei oft das Bild, das über bestimmte Sachverhalte oder Menschengruppen besteht, da sie sich auch sehr konkret auf bestimmte Verhaltensweisen dieser auswirken. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Anwendung der „Campierverordnung“⁹ (IV 3, 214). Wohnungslosen Menschen wurde hierbei das Campieren in Wiener Parks vorgeworfen, welches verboten ist, und sie wurden daher des Parks verwiesen. Die Folgen davon illustrieren zum Beispiel folgende zwei Zitate:

Also das, was jetzt im Grunde ist. Sie waren zuerst geballt auf einem Platz, mhm, und jetzt sind sie im ganzen Stadtpark auf den Bänken unter den Gebüsch, jetzt sind sie überall, und ich denke mir, es ist für mich unangenehmer, wenn ich jetzt irgendwie ein Rascheln im Gebüsch höre, als wenn ich da einen Menschen auf der Parkbank liegen sehe. Das ist halt jetzt rausgekommen (IV 3, 281-285).

Hier wird durch eine rechtliche Praktik Verhalten gefördert, das von anderen Menschen als bedrohlich wahrgenommen wird. Zudem wird verhindert, dass ein Kontakt zu diesen Menschen stattfindet und dadurch Ängste vielleicht abgebaut werden können, und andererseits wird auch die Sichtbarkeit dieser Menschen im öffentlichen Raum untersagt und die Ausschließung noch totaler. Dies lässt einen Verweis auf Agamben zu (siehe Kapitel 3.3.4.), da dieser aufzeigt, dass es durch die souveräne Entscheidung in der qualifiziert wird, wie sich das Leben von Bürger_innen darstellt, zum Ausschluss von anderen Lebensweisen aus dem Staat kommt. Dies ist auch interessant, da er betont, dass durch diesen Ausschluss alle Menschen in ihren Lebensmöglichkeiten eingeschränkt werden. Dies ist zum Beispiel auch bei der Campierverordnung der Fall, da diese nicht nur von wohnungslosen Menschen als stark beeinträchtigend erlebt wird, sondern auch von Menschen, die gern in Wohnwagen leben wollen.

Auch ein anderes Zitat illustriert, inwiefern sich rechtliche Praktiken auf das Verhalten von Menschen auswirken können:

Also im Endeffekt haben wir einen Klienten gehabt der, ähm, also da haben wir, das war Erstkontakt, und dem wollten wir einen Schlafsack geben, aber der hat gesagt, na, der will keinen Schlafsack, Decke ja, Schlafsack nein, weil wenn die Polizei vorbeifährt, dann wird er ja weggewiesen (IV 3, 295-298).

Es zeigt sich, dass es vermieden wird, als wohnungsloser Mensch zu erscheinen, um rechtliche Sanktionen zu vermeiden. Auch dies führt zur Unsichtbarkeit wohnungsloser Menschen und dazu, dass der Ausschluss von Menschen, die wohnungslos sind, aus der Gesellschaft totaler wird.

⁹ §§ 76 und 108 der Wiener Stadtverfassung. Verboten ist unter anderem das Auflegen und Benutzen von Schlafsäcken, oder Zelten. Online unter: <https://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtvorschriften/html/i4550000.htm> [11.09.2014]

Hier bietet sich ein guter Anschluss an Foucault (vgl. Kapitel 3.1.2.). Dieser betonte in seiner theoretischen Arbeit bereits, dass Praktiken mit Diskursen verwoben sind. Diese bedingen sich auch gegenseitig, da Diskurse zu bestimmten Praktiken führen und diese dann aber auch wieder zurück wirken auf bestimmte Diskurse. Zum Beispiel kann der Diskurs darüber, dass vermeintlich viele Menschen aus Afrika Drogen verkaufen, dazu führen, dass vermehrt Afrikaner_innen von der Polizei kontrolliert und aufgrund vermehrter Kontrollen auch mehr Delikte entdeckt werden, was dann wieder den Diskurs bestärkt. Ein anderes Beispiel wäre, dass bettelnde Menschen wegen vermeintlich aggressiven Bettelns bestraft und so einerseits Handlungen als aggressiv qualifiziert werden, die dies zuvor nicht waren, und andererseits der Diskurs verstärkt wird, dass aggressiv gebettelt wird.

Abschließend soll nun noch auf einen weiteren positiven Einfluss eingegangen werden, der Sozialarbeiter_innen zufolge mit der rechtlichen Beeinspruchung von Strafen einhergeht und sich auf die Emanzipation der Klient_innen bezieht. Von einer befragten Person wird hier darauf hingewiesen, dass es insbesondere darum geht, dass Rechte, welche einem zustehen eingefordert werden.

Also, das ist etwas, wo wir ja auch immer wieder, äh, den Frauen klarmachen. Ich meine Österreich ist ein Rechtsstaat, und auch sie haben das Recht, ähm, sozusagen ihre Rechte, wo sie das Gefühl haben, sie möchten sie gerne durchsetzen, versuchen durchzusetzen. Ich meine, nicht jede Frau ist da bereit, ich meine, weil es auch heißt, aus der Anonymität herauszugehen. Aber es gibt die Frauen, die sagen, na wir möchten gerne, in dem und dem Punkt gerne, ähm, nen Einspruch schreiben, oder wir möchten dort auf einen Prozess ankommen lassen, und dann ist es so, dass wir natürlich in Absprache mit der Rechtsanwältin uns jeden Fall genau anschauen, und wenn es so um Präzedenzfälle geht, wir natürlich dort dann auch intensiv Unterstützung geben, und weil es natürlich dann insgesamt für die Gruppe relevant ist (IV 4, 267-276).

Dass es primär um Rechte geht, die einem zustehen, kommt auch in einem anderen Interview zum Ausdruck:

...es ist interessant zu merken, dass die Leute selber, ähm, die die Strafen haben, wenn sie das dann gewinnen, wenn sie sozusagen auch Recht bekommen, dass das Verhalten der Polizei nicht in Ordnung war, dass das den Leuten dann schon was gibt, auch wenn's net ums Geld, also auch wenn die kein Geld dann kriegen, oder irgendwas, ja. Dass das schon auch so, dass das empowernd ist zu sehen okay, ich habe Rechte, und man kann nicht alles mit mir machen, und ich glaub, des is so ein Erfolg (IV 193-200).

In diesem Zitat wird also deutlich, dass es extrem bestärkend ist für benachteiligte Menschen, wenn sie Einsprüche gegen Strafen gewinnen. Interessant ist, dass auch hervortritt, dass es sich in dem Zitat oben lediglich um ein sprachliches Zugeständnis handelt. Hier findet sich ein Anschlusspunkt an Judith Butler (vgl. Kapitel 3.3.3.), da diese darauf hinweist, dass Aus- und Einschlüsse in Gemeinschaft sprachlich verfasst sind. In dem Zitat oben geht es dann um die Frage, ob ein bestimmtes Verhalten von Klient_innen der Sozialen Arbeit erlaubt ist, was auch

bedeutet, dass es darum geht, wie jemand sein darf bzw. welche Art von Subjekt möglich ist zu sein. In der Betrachtung von Butler kann es dann so gesehen werden, dass es zum Beispiel möglich wird, Bettler_in zu sein, wenn Recht gegeben wird, und sich dadurch eine Subjektposition ergibt, anhand der ein politischer Repräsentationsanspruch wahrgenommen wird.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Beeinspruchung von Strafen eine wichtige Strategie politischer Einflussnahme ist. Rechtliche Praktiken führen einerseits oft dazu, ein bestimmtes Verhalten der Klient_innen zu erzeugen, und damit auch eine gewisse Wahrnehmung dieser, andererseits wirken sie auch extrem ausschließend und führen dazu, dass Menschen versuchen müssen, ihre je eigene Lebensweise zu verstecken. Problematisch kann sein, dass das Misslingen von Einspruchnahmen zu einer Legitimation und Verfestigung von für die Klient_innen benachteiligenden Rechtslagen führen kann. Die Beeinspruchung von Strafen hat positive Auswirkungen auf Klient_innen. Sie führt dazu, dass Klient_innen das Gefühl haben, Rechte zu haben, und sich bestärkt fühlen in ihrer Existenz.

5.6. Einbezug und Feedback der Klient_innen

Dieses Kapitel soll der Frage nachgehen, inwiefern in den einzelnen Organisationen und Gruppierungen Feedback und Anregungen der Klient_innen mit einbezogen werden.

Ein Beispiel hierzu, in welchem Klient_innen in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden, ist folgendes:

Wir haben selber vor Kurzem, also unsere Idee ist ja schon ein bisschen, oder unser Wunsch, auch mehr so eine politische Arbeit mit Betroffenen gemeinsam zu machen, und wir haben das jetzt einmal gemacht, da war ich jetzt persönlich nicht dabei, aber wir haben einmal Leute eingeladen, bei unserem Treffen zu einem extra Treffen und dort eine Presseaussendung vorzubereiten, und da haben wir halt Aussagen von denen gesammelt und so, und das war, also ich glaub, das ist ja noch mal was anderes, wenn wir von uns aus entscheiden, gemeinsam an die Öffentlichkeit zu gehen, und da habe ich durchaus Lust, das auszubauen. Ah, einfach auch, um von diesen Sprechen über ein Stück weit wegzukommen und ein Sprechen mit, gemeinsam und so, und das in dem kann sich halt jetzt intensivieren, weil wir wieder mehr Kontakte zu den Leuten selber haben (IV 1, 421-432).

Hier wird die Entscheidung getroffen, sich gemeinsam in der Öffentlichkeit zu äußern. Dies stellt für die befragte Person etwas anderes dar, als wenn Journalist_innen sich an sie wenden, um Klient_innen zu einem bestimmten Thema zu befragen. Allerdings tritt aus dem Interview auch hervor, dass dies nicht allzu häufig geschieht. Ein Grund hierfür wird von der befragten Person folgendermaßen beschrieben:

...das ist halt auch ein bissl ein Sprachproblem. Wie haben halt einen Artikel [...] über, es gab, wann war das, Anfang, das war letztes Jahr, glaub ich, gab es, ist ein Haus in der Gumpendorfer Straße geräumt worden, wo viele, aber nicht nur Bettler_innen gewohnt haben, und da hat die XXX einen Artikel dazu geschrieben und, ähm, den Artikel hat dann auch eine von der YYY ins Rumänische übersetzt und den Leuten auch gezeigt, äh, und das kommt dann gut an. Man müsst sich halt immer auch die Arbeit machen, den Leuten halt zu sagen, schauts her, das wird in den Medien über euch geschrieben. Viele wissen schon, äh, dass mit der Bettelmafia, dass das über sie gesagt wird, und nehmen dazu auch Stellung gegenüber Journalist_innen, also wir sind nicht die Bettelmafia oder die Mafia, die sind die Polizei, gibt es auch Interviews, weil die nimmt uns auch eigentlich das Geld ab, ja, ähm, wir kriegen sehr positive Rückmeldung darauf, dass wir die Treffen machen, also so, da bedanken sich auch viele, also so, dass wir diese, dass wir die Art von Unterstützung machen. Die Öffentlichkeitsarbeit kriegen echt viele gar nicht so viel mit, also das ist, sehe ich, auch noch stärker als unsere Aufgabe, denen auch zu vermitteln, was wir noch alles machen, aber da müsst man halt mehr Berichte übersetzen, also jetzt, wo diese Pressekonferenz, wo diese gemeinsame Presseaussendung und so war, da haben, war das schon auch ein bisschen, dass wir ihnen den Artikel gezeigt haben und so, aber ähm, das ist nicht so stark, weil das einfach so viele im Detail jetzt auch nicht wissen (IV 1, 529-549).

Es wird in diesem Zitat angesprochen, dass Klient_innen oft nicht über die Öffentlichkeits- oder politische Lobbyarbeit Bescheid wissen. Hier ist der Grund ein sprachliches Problem, welches nicht nur aufgrund einer Fremdsprache bestehen kann, sondern auch, weil zum Beispiel eine akademische Sprache verwendet wird. Ein anderer Grund kann auch sein, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um sich medial zu informieren, weil zum Beispiel keine Zeitungen, Fernsehen oder auch Internet zur Verfügung steht.

Ein weiteres interessantes Beispiel ist die Beschreibung einer anderen Organisation, wie Feedback und Anregungen vonseiten benachteiligter Menschen einbezogen werden in politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir haben auch stark das Bestreben, dass wir, wenn es das Bedürfnis gibt seitens der Klient_innen, sei es bei Presseterminen, immer auch ihnen die Möglichkeit geben, für sich zu sprechen. Nur um ein Beispiel zu nennen, letztes Jahr hatten wir, wir senden Spenden für das XXX, wo wir Schlafsäcke, wo es die Möglichkeit gibt, mit 50 Euro einen Schlafsack und eine warme Mahlzeit zu spenden, und wir hatten die Pressekonferenz im Esterhazypark gemeinsam mit dem YYY, der uns bei dieser Aktion unterstützt hat, und dem ZZZ unserem Geschäftsführer, und mit dabei war auch ein Klient, den wir betreuen, mit dem aufsuchenden Sozialarbeiter, der im Stadtpark gelebt hat. Also des war auch sozusagen unser Anliegen, sofern es für den konkreten Klienten, Klientin gewünscht ist, des auch zu machen oder auch Flüchtlings-PK, hatten wir zuletzt mit Amnesty International gemeinsam, AAA und BBB, wo wir dann auch die PK bewusst in einem Flüchtlingshaus gemacht haben, von uns, und, ähm, dort auch im Vorfeld gefragt haben, gibt es Leute, die auch bereit wären, im Nachhinein mit Journalisten, Journalist_innen über ihre Flucht auch zu sprechen, über ihre Situation zu sprechen, über ihre Wünsche zu sprechen, das heimische Asylsystem betreffend, und da gibt es immer wieder welche, die sagen, ja das wollen sie auch machen, und das ist, glaub ich, für die Klient_innen ist es gut, weil sie das Gefühl haben, die werden auch wahrgenommen in der Öffentlichkeit, und für Journalist_innen ist es oft auch gut, weil sie gern natürlich auch Problemzusammenhänge, worüber wir am Anfang gesprochen haben, Problemzusammenhänge anhand von, äh, Einzelschicksalen auch erklären (IV 2, 356-379).

In dieser Beschreibung erscheint es so, dass die Interessen der Organisation und der benachteiligten Menschen nebeneinander stehen. Beide Seiten haben zwar das Recht und die

Gelegenheit, diese zu äußern, allerdings fehlt eine gemeinsame Aushandlung oder Bezugnahme aufeinander. Es erscheint also so, als würden das Feedback und die Anliegen der Klient_innen nicht einbezogen in die politische Lobbyarbeit. Dies könnte problematisch sein, da die Äußerungen der Klient_innen zwar für Einzelschicksale stehen, jene der Organisation aber durch Expertise und Verallgemeinerung Legitimation erhalten und so Ersteren Raum und Anerkennung nehmen. Dies zeigt sich auch in einem weiteren Zitat:

...es geht dann auch sehr stark um deren persönliche Eindrücke und sozusagen, was der XXX, die Anliegen der XXX werden dann im Rahmen der PK ohnedies gesagt, ja. Aber sozusagen, es ist noch eine zusätzliche Facette, wie gehen die selbst davon Betroffenen mit dem Thema um, oder was würden die sich wünschen, das muss dann nicht immer 100 % hundertgleich sein mit dem, was die XXX fordert. Wir hatten dieses Thema ja auch sehr stark bei der Votivkirche, wo wir immer gesagt haben, wo wir immer gesagt haben, wir unterstützen einzelne Forderungen der YYY, aber nicht alle. Ähm, das war ein Spagat, der öffentlich vielleicht nicht immer so wahrgenommen wurde, aber wir haben versucht, den auch so zu machen, weil wir waren dort als betreuende Organisation tätig, und heißt nicht, dass wir sozusagen mit allem einer Meinung sind, sozusagen mit allen Meinungen d'accord sind, die wir auch, dass die Meinungen derer, die wir betreuen, muss nicht immer unsere sein und ist ja auch total legitim (IV 2, 396-409).

Es zeigt sich auch in diesem Interview, dass die Meinung der Klient_innen anscheinend bloß eine zusätzliche Facette ist. Es ist dann die Frage, ob dies delegitimierend für die Ansichten gesellschaftlich benachteiligter Menschen ist, wenn eine Organisation zwar einzelne Forderungen unterstützt, andere aber ablehnt. Es ist außerdem fraglich, ob es tatsächlich unbedeutend ist, wenn die Interessen jener, die von einer Organisation vertreten werden, und der Organisation, welche für diese Lobbyarbeit macht, unterschiedlich sind, oder ob Letzteren nicht hierdurch eigentlich ihre wichtigste Legitimationsgrundlage entzogen ist. Diese Frage hängt wohl auch mit der Gewichtung von Wissen über Betroffene gegenüber dem Wissen der Betroffenen zusammen. Hierbei zeigt sich in vorhergehendem Zitat, dass die Organisation sich anscheinend stärker auf Ersteres bezieht und dieses mehr Anerkennung erfährt.

Die Frage nach der Anerkennung von Erfahrungen und Meinungen benachteiligter Menschen wird auch hier deutlich:

...manchmal ist es schon auch gefährlich, dann Klienten zu haben, die dann schimpfen, weil die immer, das sind ihre Erlebnisse, die sie gehabt haben, und was ist dann wirklich Realität. Also wir haben einen gehabt, der wirklich nur über das Sozialsystem geschimpft hat [...] und die Frage ist dann auch immer, was hat der wirklich gemacht, was ist wirklich schiefgegangen, also es ist dann immer sehr schwierig, das sind dann so diese reißerischen, wo ich sag dann, der hat nichts annehmen können, wir haben aber trotzdem Kontakt gehabt, und dann muss der von der Donauinsel weg, [...] und der ist dann wirklich darauf eingestiegen, und jetzt wohnt er. [...] Also des wor, wo ich, wie gesagt, es ist immer schwierig, diese reißerischen Sachen bin ich immer sehr vorsichtig, weil das gehört genau angeschaut, was stimmt da, was ist da wirklich Realität, oder was ist da ihre Erfahrung (IV 3, 477-494).

In diesem Zitat sticht vor allem die Trennung zwischen Erfahrung der Klient_innen und Realität

durch die befragte Person ins Auge: Erfahrungen von Klient_innen entsprechen nicht per se der Realität bzw. sind auf ihre Realität hin erst zu überprüfen. Es kann sein, dass dies aus einer sozialarbeiterischen Sichtweise wichtig ist, da es auch darum geht, Klient_innen zum Beispiel in das Sozialsystem zu integrieren, und hierfür kann es notwendig sein, wie in dem Beispiel oben, die Einstellung gegenüber diesem zu verändern. Andererseits ist es aber so, dass die Erfahrungen der Klient_innen ja auch von diesen so erfahrene Realität sind. Bei Butler (vgl. Kapitel 3.3.3.) ist hierzu die Bemerkung zu lesen, dass Realität nicht frei von Interpretation ist, sondern vielmehr immer erst in einem interpretativen Prozess entsteht. Empfundene Ungerechtigkeiten anzuerkennen kann auch dafür wichtig sein, dass benachteiligte Menschen sich im Recht fühlen und sich selbst für ihre Situation einsetzen.

Ein weiteres Beispiel, an dem sich die Einbeziehung von Feedback der Klient_innen gut zeigt und auch, dass diese durchaus Feedback geben können, ist folgendes:

Also ich kann mich nur erinnern, einmal, dass ein Kollege angefangen hat mit Öffentlichkeitsarbeit, und der hat dann, glaub ich, gesagt: Fast alle sind psychisch krank oder oder, also grad mit psychisch krank, ähm, und da, ich glaub, der Klient war auch in der Reportage, oder irgendwo, auf jeden Fall hat sich der dann fürchterlich aufgeregt, weil er gesagt hat, ich bin doch nicht psychisch krank. Wieso sagst du, dass wir alle psychisch krank sind, also das heißt die Klienten schauen es sich schon an, und man muss einfach aufpassen, wenn man Interviews gibt, wie trifft man die Wortwahl. Wenn ich sag, fast alle, dann kann es jetzt sein 90%, 95%, 99%, oder wenn ich sage sehr viele, kann dasselbe, äh, bedeuten, aber bei Klienten kommt es vielleicht anders an (IV 3, 185-194).

Es zeigt sich hier, dass sich die Kritik des Klienten gegen das Bild richtet, das über die Gruppe, welche er sich zugehörig fühlt, an die Öffentlichkeit vermittelt wird. Es ist auch wichtig, sehr gut auf die Wortwahl zu achten, da dies schon bei kleinen Unterschieden für Klient_innen viel ausmachen kann.

Hierzu ist auch der Text „Mein Körper, Dies Papier, Dies Feuer“ (Kapitel 3.1.3.) interessant, denn in diesem wird von Michel Foucault herausgearbeitet, dass die Eigenschaft, wahnsinnig zu sein, oder hier, psychisch krank zu sein, für den/die Betroffenen einen Ausschluss bedeutet, an Diskursen teilzunehmen oder sich rechtlich selbst zu vertreten. Es wird dann verständlich, warum sich der Klient dagegen wehren muss, als psychisch krank bezeichnet zu werden. Allerdings kann es auch sein, dass durch die Ablehnung des Attributs psychisch krank zu sein, die Fähigkeit an Diskursen teilzunehmen oder sich rechtlich zu vertreten sichergestellt werden soll. Hier wird dann die Verwicklung dieser Bezeichnungen von Menschen in Machtverhältnisse deutlich. Es kann also wichtig sein, diese Machtverhältnisse oder Entmachtungen zu kritisieren. Wie Derrida bemerkt, können diese gerade hierdurch aber auch wiederholt werden, und es ist daher in einem

nächsten Schritt auch wichtig, das Normale des Wahnsinns bzw. das Wahnsinnige am Normalen aufzuzeigen.

Außerdem wird in dem Zitat oben interessanterweise erwähnt, dass der Klient selbst auch mitwirkte an der Reportage. Es kann sein, dass durch die Einbindung von Klient_innen in Öffentlichkeitsarbeit auch das Wissen jener über diese gesteigert wird und sie sich leichter einbringen können.

Auch in einem anderen Zitat kommt die Einbeziehung von Meinungen und Ansichten der Klient_innen zum Ausdruck. So sagt ein/e Befragte_r: „ja, mein Anliegen, also, dass das, was für mich, also ein Klient hat dann für mich treffend gesagt, äh, also ich würde es nicht mit Zonen beschreiben, aber es gibt Hundezonen, ja, also Hunde dürfen offiziell in der Öffentlichkeit sein. Es gibt Kinderspielplätze -zonen, aber es gibt keine Obdachlosenzonen“ (IV 3, 263-266). Hier zeigt sich, dass es sich nicht nur um Feedback zur Öffentlichkeitsarbeit handelt, sondern dass auch auf die Wortwahl des Klienten zurückgegriffen wird. Es wird auch deutlich, dass ein Diskurs über Sachverhalte, hier jenen der Verdrängung aus dem öffentlichen Raum, stattfindet. Auch die Distanzierung von der Wortwahl des Klienten erscheint hier positiver, da auf der anderen Seite auch Anerkennung gegenüber dieser ausgedrückt wird. Hier kann es eher so erlebt werden, als ließe die interviewte Person die Worte des Klienten auch klar als dessen Worte für sich stehen. Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch immer die/der Sozialarbeiter_in ist, welche_r redet, und nicht die/der Klient_in. Hier ist auch auf die Gefahr hinzuweisen, dass Sozialarbeiter_innen zu indigenen Informant_innen werden, wie sie sich bei Spivak finden (vgl. Kapitel 3.3.2.), da der Eindruck entsteht, dass sie die Stimme der Klient_innen auf authentische Weise repräsentieren. Dies ist allerdings gefährlich, da zuvor schon beschrieben wurde (vgl. Kapitel 5.3.), dass sozialarbeiterische Interessen an politischer Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit nicht per se auch jene der Klient_innen sind.

Ein weiteres Feedback, das angesprochen wurde, ist „dass wenn Interviews geführt worden sind, also in der Regel ist es so, dass ich die Interviews gebe, dass wir wieder dann von Frauen angesprochen wurden, äh, werden und sagen, hey, wir haben das gelesen und toll, und ihr habt euch für uns eingesetzt und toll. Also diese Rückmeldung erhalten wir immer wieder, ja“ (IV 4, 206-209). Hier zeigt sich, dass die Klient_innen, die über die Öffentlichkeitsarbeit Bescheid wissen, sie hier auch als positiv erleben, weil sie das Gefühl haben, dass sich jemand für sie bemüht. Dies könnte auch bestärkend für eigenes Engagement sein, wenn erlebt wird, dass die

Anliegen benachteiligter Menschen ohne stigmatisierende Konsequenzen in der Öffentlichkeit vorgebracht werden können.

Zusammenfassend erscheint es so, dass in vielen Organisationen das Feedback und die Anliegen benachteiligter Menschen nicht eingebunden werden in die eigene Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit. Manchmal wird ihnen zwar Raum gegeben, aber nur als Nebenschauplatz zur eigentlichen Öffentlichkeits- und politischen Lobbyarbeit. Ein Grund, der hierfür genannt wurde, ist, dass es sehr viel Aufwand bedeutet, benachteiligte Menschen mit einzubeziehen und über die Öffentlichkeitsarbeit zu informieren. Es zeigte sich außerdem, dass Erlebnisse von Klient_innen in Konkurrenz zu Aufgaben der Sozialen Arbeit stehen können, weshalb sie als realitätsfern delegitimiert werden. Andererseits zeigt sich auch, dass es sehr wohl Feedback von Klient_innen zu öffentlichen Äußerungen über sie gibt, dass diese den Menschen, welche für sie Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit machen, bekannt sind und auch teilweise ernst genommen werden.

5.7. Politisches Engagement von Klient_innen

In diesem Kapitel soll auf unterschiedliche Facetten politischen Engagements der Klient_innen und Formen, für sich selbst zu sprechen, eingegangen werden. Diese beinhalten in den Interviews genannte Aspekte, die sich einerseits auf die Einschätzung des politischen Engagements durch die befragten Personen bezieht, andererseits wurden auch Aspekte herausgearbeitet, welche nicht explizit genannt wurden. Zudem werden auch einige positiv bzw. auch negativ beeinflussende Umstände beschrieben. Außerdem wurde auch in jeder Befragung auf Interviews durch Journalist_innen eingegangen, was daher auch in einem Unterkapitel behandelt werden soll. Vorab soll auch gesagt werden, dass die Frage nach politischem Engagement von Klient_innen an Sozialarbeiter_innen und lobbyierende Personen beinhaltet, dass über jemanden anderen geredet wird. Dies erschien notwendig, da es stark darum geht, wie und in welchem Maß Sozialarbeiter_innen und andere durch ihre Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit begünstigend oder benachteiligend auf Klient_innen wirken. Hierzu ist auch wichtig zu erheben, welches Bild über politisches Engagement der Klient_innen besteht.

Eine befragte Person antwortete auf die Frage nach ihrer Einschätzung von politischem Engagement von Klient_innen damit, dass sie sagte:

...ich kenne jetzt keine, ich kenne keine Selbstorganisation von Bettler_innen, die so politisch irgendwie selber agiert, ähm, also es gibt, ich kenne halt so, es gibt so Kooperationen in Einzelfällen. Die Vinzenzgemeinschaft in Graz zum Beispiel, ähm, da gibt es auch immer wieder Leute, die dann öffentlich irgendwie was sagen, oder die haben sich beteiligt, da haben sich auch Bettlerinnen und Bettler damals beteiligt an den, ähm, den Demonstrationen gegen die Gesetze, ja, oder ich hab auch schon überlegt, dass so, ich war in Linz einmal auf einer Podiumsdiskussion eingeladen, und da ist dann ein junger Mann im Publikum aufgestanden und hat sich sozusagen als Bettler geoutet und seine Anliegen vertreten, also der is da auch extra hingegangen, so, um sich zu Wort zu melden, ja, oder, also, ich kenne jetzt keine Initiativen, die so direkt von den Bettler_innen ausgehen. Wir haben ja auch, gut, dieser Bettelbeauftragte war ja auch mit dem XXX gemeinsam, ähm, aber auch der ist von uns angefragt worden, der hat das Bettelverbot in Salzburg geklagt, kenne ich nicht, äh, ich hab schon den Eindruck, dass viele politisch denken, ja, aber ich kenne jetzt keine so Initiativen, also ich glaub unsere, unser Weg ein bisschen, dass wir, dass auch in einer Kooperation auch aufzubauen, und, äh, ja, da ist halt immer die Frage, wie viel Energieressourcen haben die Leute, wie politische Arbeit, wie kurzfristig, wie langfristig, an was, und, so, aber äh, es gibt, also ich würde sagen, es gibt durchaus Leute, die sich dafür interessieren und die auch irgendwie, die sagen, hey, das ist ein Skandal, wir wollen und so. Also das Interesse ist durchaus da, ich glaub, es braucht oder ja, ich denk da schon so an Kooperationen eher (IV 1, 558-579).

Es zeigt sich, dass in dem Interview einerseits kollektives politisches Engagement von bettelnden Menschen nicht bekannt ist, andererseits werden aber Fälle genannt, in denen Menschen sich einzeln zu Wort gemeldet haben. Es erscheint in dem Interview des Weiteren so, dass es wichtig wäre, Kooperationen aufzubauen und eine kollektive Gruppe zu bilden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass es implizit bestimmte Ansichten darüber gibt, wie politisches Engagement zielführend sein kann und was politisches Engagement ist. Dies zeigt sich auch in nachfolgendem Zitat, das ebenfalls die Antwort auf die Frage nach politischem Engagement von Klient_innen ist:

Das ist ein Prozess, der uns im Moment gerade auch beschäftigt. Wir haben im Bereich Menschen mit Behinderung. Wir haben Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Wohngruppen für Menschen mit Behinderung, ähm, und dort haben wir in den letzten Jahren einen Prozess gestartet, wo wir Interessensvertretungen, die Möglichkeit für Interessensvertretungen eben gegeben haben, also wo wir, wo die Klient_innen selbst für sich stärker sprechen können, also dass sie nicht nur sozusagen den Menüplan in ihrer betreuten Wohngruppe sich aussuchen, also dass sie auch wirklich gestalterisch mitreden können, das war ein sehr aufwendiger Prozess, und der is es nach wie vor und der sich aber, glaube ich, sehr bewährt hat und wo wir einfach in vielen Häusern, eben in den Werkstätten, in den Wohngruppen sogenannte Selbstvertretungsgruppen und -gremien haben. Die im Austausch mit den Hausvertretungen, mit den Werkgruppenleitungen ihre Wünsche deponieren, und wir haben irgendwie beschlossen, dass wir diese Interessensvertretungen auch auf andere Bereiche ausweiten wollen (IV 2, 343-356).

Es ist einerseits sicher begrüßenswert, Selbstvertretungsgruppen einzuführen, da Menschen ihre Interessen hier äußern können und möglicherweise auch viele Lernprozesse stattfinden, andererseits stellt sich die Frage, ob die Sichtweise auf politisches Engagement hier nicht sehr eingengt ist und möglicherweise andere Formen der Meinungsäußerung, die außerhalb solcher top-down eingeführter, fremdbestimmter Selbstvertretungsgruppen stattfinden, nicht gehört werden. Letzteres soll einen Hinweis darauf geben, dass es Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.) folgend möglicherweise nicht an Äußerungen mangelt, sondern an Zuhörer_innen.

Im Gegensatz hierzu wird in einem anderen Interview in diesem Zusammenhang auf politisches Engagement eines einzelnen Klienten eingegangen.

Na ja, im Stadtpark, das war ja schon auch, hab ich super gefunden, eben der XXX, der dann sehr viel Medienarbeit gemacht hat mit uns, ähm, dass der gesagt hat, na, irgendwo muss er halt schlafen und er kann gerade nix annehmen und es gibt grad nix für earm, äh, und es muss doch das Recht geben, irgendwo zu sein, ja, also der hat, da hab ich schon versucht ihn, oder die YYY eben auch zu unterstützen, und da war sehr viel Medienarbeit, die auch er unter Anführungszeichen gemacht hat und eben auch unterstützen, wie sich der Rechtsanwalt eben da gefunden hat, diese Anträge zu machen und dass er das durchzieht und macht und tut, ja (IV 3, 308-316).

Hier wird in den Vordergrund gerückt, dass diese_r Klient_in sich zu Wort gemeldet und sich stark für seine/ihre Interessen engagiert hat. Es wird aber auch erwähnt, dass er dabei durchaus Unterstützung erhalten hat, um sein Engagement aufrechtzuerhalten. So sagt die befragte Person auf die Frage, welche Ressourcen der/die politisch aktive Klient_in hatte, dass sie diese gewesen sei (vgl. IV 3,526) und weiter meinte diese Person:

...hab fast täglich dann mit ihm Kontakt gehabt, gredt und geschaut, wie geht's ihm damit, will er das wirklich, was will er, will er nicht doch was tun, AMS. Auch so einfach viel Beziehungsarbeit und auch unterstützend zu sagen, okay, lass da das nicht gefallen und vor allem so, wie es passiert ist (IV 3, 530-536).

Einerseits erfolgte die Unterstützung in sozialarbeiterischen Belangen, andererseits wird in dem Zitat auch deutlich, dass der Klient auch in seinem Ungerechtigkeitsempfinden bestärkt und ermuntert wurde, sich zu wehren.

Als eine weitere Form des politischen Engagements soll auch die rechtliche Beeinspruchung von Strafen gesehen werden, die in Kapitel 5.5. schon beschrieben wurde. Dies wurde von den Interviewten zwar nicht angeführt, aber dennoch kann es so gesehen werden, dass sich Betroffene gegen sie betreffende Benachteiligungen auflehnen und sich dagegen zur Wehr setzen. Auch hierbei handelt es sich um eine Form des individuellen politischen Engagements, wobei es aber Auswirkungen hat auf die ganze Gruppe der von einem Gesetz Betroffenen.

Die eigene Betroffenheit von rechtlichen Maßnahmen wird in allen Interviews auch als vorrangiger Auslöser für politisches Engagement gesehen. Dies zeigt sich zum Beispiel auch in folgendem Interview:

...österreichische Bettler_innen kommen selten, also es kommen hauptsächlich bulgarisch- und rumänischsprachige, also zumindest aus zwei Communitys quasi [...]. Es kommen eigentlich keine Suchtkranken, die betteln, oder die Punks, oder so, aber die haben jetzt auch mit der Polizei nicht solche Probleme. Also ich frag die manchmal da beim Omufuma-Denkmal, ob die abgestraft werden, und die werden einfach auch nicht abgestraft. Es kommt schon, also heterogen ist es insofern, als solche kommen, die immer betteln, welche die Straßenzeitung verkaufen (IV 1, 385-599).

Dies kann zersplitternd auf die Gruppe der bettelnden Menschen wirken, da sehr unterschiedliche Grade an Betroffenheit von rechtlichen Praktiken vorliegen. Rechtliche Praktiken können sich ebenfalls auch auf Arbeits- und Lebensbedingungen auswirken und durch diese eine Solidarisierung verhindern:

...das ist wie in anderen Bereichen auch, dass natürlich Kolleg_innen miteinander reden, aber auf der anderen Seite gibt es natürlich spezifische Geschichten, die es besonders schwierig machen in diesem Feld, weil es natürlich teilweise viele Frauen gibt, die nur kurz an einem Ort arbeiten, d. h. ne hohe Fluktuation, dann haben wir einen hohen Anteil an MigrantInnen, die dann halt teilweise auch der deutschen Sprache nicht sehr mächtig sind, die sich dann natürlich sehr viel schwieriger, oder schwertun ihre Rechte oder ihre Sachen durchzusetzen oder überhaupt zu wissen, welche Rechte hätten sie da, also das heißt das sind schon spezifische, ähm Problemfelder, die man in diesem Feld hat, ja, die es besonders schwierig machen, dass es dort zu einer Solidarisierung kommt und zu einer gemeinsamen Durchsetzung von Rechten kommt (IV 4, 295-305).

Es zeigt sich also, dass in der rechtlichen Betroffenheit ein großer Anreiz liegt, sich politisch zu engagieren, es aber andererseits auch erschwert wird, sich mit anderen zu solidarisieren, da unterschiedliche Lebensbedingungen und Grade der Betroffenheit durch rechtliche Praktiken konstituiert werden.

Abschließend soll noch ein positives Beispiel angeführt werden, in dem gesellschaftlich benachteiligte Menschen selbständig Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit machten. So wurde in einem Interview gesagt:

Ja, ich glaube, das war ja das Einmalige in der Geschichte der Zweiten Republik, dass irgendwie erstmals Flüchtlinge, und das war auch für uns ein Lernprozess, dass erstmals Flüchtlinge bewusst aufgestanden sind für sich und gesagt haben, des sind ihre Forderungen und ihre Anliegen, und wir haben halt versucht, soweit es geht, uns mit ihnen mitzutragen, und haben aber auch immer dazugesagt, diese und jene Forderung können wir unterschreiben und da möchten geben wir absolut recht und das andere ist ihre Meinung einfach auch, ja (IV 2, 422-428).

Dies zeigt nun als Schlusspunkt nochmals die Bedeutung politischen Engagements von Klient_innen der Sozialen Arbeit, da dieses, wie in diesem Zitat deutlich wird, nicht gleichzusetzen ist mit der Öffentlichkeitsarbeit durch die Soziale Arbeit. Andererseits zeigt sich auch, dass politisches Engagement gesellschaftlich benachteiligter Gruppen durchaus möglich ist.

Zusammenfassend lässt sich zu dem Thema des politischen Engagements von Klient_innen der Sozialen Arbeit sagen, dass in Bezug auf dieses bestimmte Vorstellungen bei den befragten Menschen vorherrschen, zum Beispiel, dass es sich bei dem Sprechen in Selbstverwaltungsgremien um politisches Engagement handelt oder dass eine kollektive Organisation herrscht. Demgegenüber steht, dass in den Interviews öfter vom Engagement Einzelner erzählt wurde. Dies ist auch dadurch bedingt, dass der Hauptfaktor für ein Engagement

in der Betroffenheit durch rechtliche Praktiken liegt und diese für verschiedene Menschen sehr unterschiedlich ist. Wichtig ist zuletzt zu sagen, dass Unterstützung auch für das politische Engagement Einzelner sehr wichtig ist.

5.8. Kontakt mit Journalist innen

In nachfolgendem Kapitel soll auf eine besondere Form des politischen Engagements eingegangen werden. Es handelt sich hierbei um Interviews durch Journalist_innen. Als politisches Engagement wird dies gesehen, da es sich auch um eine Form des Für-sich-selbst-Sprechens von Klient_innen handeln kann, die allerdings auch besondere Schwierigkeiten in Bezug auf dieses mitbringen kann.

In allen Interviews wurde betont, dass Anfragen von Medienvertreter_innen sehr häufig vorkommen. In lediglich zwei Interviews wurde deutlich, dass die Einladung von Medienvertreter_innen bzw. die Kontaktaufnahme mit diesen auch vonseiten der Organisation erfolgen (IV 1, IV 2). Bei beiden dieser Interviewpartner_innen handelte es sich um Organisationen, die auf Medien- und Öffentlichkeitsarbeit spezialisiert sind.

Interessant ist auch, dass in allen Interviews angesprochen wurde, dass dem Schutz der Klient_innen bei Interviews sehr große Bedeutung zukommt. Dies zeigt sich zum Beispiel in folgendem Zitat:

Es ist, es ist natürlich auch immer eine Gratwanderung, also es gibt Interessen, also Interessen der Klient_innen, die im Vordergrund stehen müssen, also die, die zu schützen sind, und es gibt Interessen der Medien, die natürlich das am liebsten sehr detailgetreu erzählen würden, ihre, ihre, ihre Geschichte, die sie dann berichten, und das bleibt eine Gratwanderung, wo für uns ganz wichtig ist, da die Maxime ist, der Klient, die Klientin sagen des, was sie auch wirklich sagen wollen, und auf Fragen auf welche sie nicht antworten wollen, antworten sie auch nicht, ja, also es muss gewährleistet sein, auch im Fall der Anonymisierung, wenn die Klient_innen draufkommen, sie wollen, äh, doch nicht mit dem Namen genannt werden, muss es so halt sein, oder auch, wenn sie so fotografiert werden wollen, dass man sie nicht erkennt, auch das muss gewährleistet sein (IV 2, 114-125).

In diesem Interview wird einerseits wieder angesprochen, dass es vor allem um persönliche Geschichten der Klient_innen geht, welche für diese schwer zu erzählen sein können. Ein weiterer Punkt, der angesprochen wurde, ist, dass die Anonymisierung der Interviews für viele sehr wichtig ist. In Bezug auf Ersteres fasst eine befragte Person zusammen: „ich weiß nicht, ob ich einem Reporter jetzt gerne über mein Leben erzählen würde, also über die XXX und mei Arbeit erzähl ich jetzt schon gern, aber, vor allem, wenn mein Leben gescheitert ist. Es ist halt

schon so sicher eine Schwierigkeit, ja“ (IV 3, 171-176). Es zeigt sich, dass ein großes Problem darin liegt, wonach die Klient_innen gefragt werden. Hierbei handelt es sich vorwiegend um persönliche Geschichten, welche schwer zu erzählen sind. Nach Meinungen bezüglich struktureller und rechtlicher Sachverhalte werden Klient_innen eher weniger gefragt. Ein weiterer Punkt, der hier angesprochen werden soll, ist, dass das intensive Bedürfnis, Klient_innen zu beschützen, auch paternalistische Aspekte beinhalten kann, durch welche Klient_innen nicht dazu ermuntert werden zu sprechen, sondern eher davon abgehalten werden.

Die Anonymisierung ist aus verschiedenen Gründen wichtig zu beachten. Eine interviewte Person weist auf ihre Bedeutung hin, wenn sie von schlechten Erfahrungen mit Interviews von Klient_innen erzählt.

Ich habe das ein-, zweimal gemacht und auch schlechte Erfahrungen tatsächlich damit gemacht auch. Entweder, dass die Journalist_innen sich dann nicht an das halten, was vereinbart ist, oder eine is einmal, die hat eigentlich einmal anonym sich filmen lassen und is trotzdem erkannt worden, so an Tasche und Haaren. Die hat, is einfach dann bedroht worden von einem Polizisten, so, teilweise ist das halt auch, kann halt gefährlich für die Leute sein. Wir machen das teilweise schon, und wir kriegen ganz, ganz oft die Anfrage. Die Leute wollen immer mit Bettler_innen sprechen (IV 1, .394-401).

In diesem Interview wird von konkreten Repressionen als Nachwirkungen eines Interviews gesprochen. Auch in anderen Interviews wurde es so beschrieben, dass die Konsequenzen eines Interviews von Klient_innen negativ wahrgenommen werden. Die zeigt sich zum Beispiel in folgendem Interview:

...weil man dann einfach sehr oft auch sehr stark von Themen reden muss, von denen man erstens selber betroffen ist und die zweitens einfach sehr stark schambehaftet sind, ja, sozusagen, ähm, es ist nicht leicht, über das eigene Einkommen zu sprechen, des nicht reicht oder des gar nicht erst vorhanden ist, oder darüber zu sprechen, dass man vor etlichen Monaten aufgrund diverser Umstände seine Wohnung verloren hat und jetzt auf der Straße lebt, des muss man erstens selber auch wollen, und und dann kommt es darauf an, dass man den Prozess auch gut mitbegleitet, aber eben das Restrisiko ist da, und wir versuchen, es eben auch so klein zu halten wie möglich (IV 2, 538-547).

Es wird hier deutlich, dass Klient_innen sehr oft durch ihre Lebensumstände stigmatisiert sind und es daher unangenehm sein kann, über diese zu sprechen. Dies wird auch in einem anderen Interview zu bedenken gegeben:

...na, die Hemmschwelle ist eine sehr große, weil natürlich viele Frauen gerne auch in der Anonymität auch bleiben möchten, ähm, und Angst haben, die Anonymität durch ein Medieninterview, ähm, quasi zu verlieren, ähm, das heißt, ähm, wir sprechen dann auch mit den Frauen im Vorfeld sehr genau, wie ein Interview dann auch aussehen kann, und es kommt dann darauf an, ob die Frau halt ein Anliegen hat, wo sie das Gefühl hat, damit möchte sie gerne an die Medien auch, ähm, oder nicht. Ich denke mir, das ist dann auch der Impuls, den sie hat, das zu tun, und es ist nicht, ähm, und das muss sie entscheiden. Aber wir informieren halt und lassen die Entscheidung bei ihr, aber selbstverständlich ist es so, dass wir natürlich durch unsere Erfahrung mit Medien dann natürlich die Frauen dann auch, dass man ihnen dann in der Phase auch beratend zur Seite steht (IV 4, 183-193).

In diesem Interview zeigt sich, dass die Klient_innen zwar einerseits ein Interesse daran haben, anonym zu bleiben. Andererseits stellt gerade der Wunsch, eigene Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen, einen starken Anreiz dar, sich öffentlich zu äußern. Die hauptsächliche Fokussierung auf Lebensgeschichten der Klient_innen stellt also eine Erschwernis für politisches Engagement dar, da sie die Anonymität erschwert sowie auch ablenken kann von politischen Anliegen der Klient_innen.

Weiters ist es negativ, dass die Themen zumeist von den Medien vorgegeben werden (vgl. IV 3, IV 4). Außerdem besteht auch Unsicherheit darüber, was mit dem, was gesagt wird, geschieht. Eine befragte Person erzählt hierzu von einem Klienten:

Na für eam war es schon gut so, glaub ich, das aufzuzeigen, dass nicht die Alkoholiker, also der Alkohol, diese Geschichte, das zu repräsentieren. Und dass er einfach ein ganz normaler Mensch war, wie du und ich, also dass du ihm, wenn du ihn so sehen würdest, nicht einmal ansehen würdest, dass er obdachlos ist, also, ah, eam war das so ein Anliegen, dass es wirklich jeden treffen kann und dass man halt die Zeit braucht auf der Straße und er war dann schon manchmal so, ja, es passiert eh nichts, also das war manchmal schon so, dann ein Stück weit negativ bei eam, ja, und, äh, wo eam die Reporter, oder was passiert da jetzt mit dem, was er sagt. Also ich weiß jetzt nach der Verhandlung hätte es jetzt ein Interview gegeben, das hat er dann wieder verweigert, wo er sagt, er will jetzt einfach nix mehr. Des is eh schiefgegangen (IV 3, 542-552).

Es zeigt sich hier, wie frustrierend es sein kann für Klient_innen, wenn sozusagen keine konkreten Veränderungen der Situation erfahren werden. Weiters wird auch deutlich, dass das Gesprochene der Klient_innen Veränderungen erfährt, bevor es an die Öffentlichkeit gelangt, und dies auch demotivierend wirkt. Es handelt sich bei einem Medieninterview durch Journalist_innen also durchaus um eine sehr unsichere Situation für Klient_innen, die sich dann auch auf das Gesagte auswirken kann, wie ein_e Befragte_r zu bedenken gibt:

...oder viele sagen, na, es passt eh so, wie es ist, oder ich mag ja gar nicht woanders hin und ich komm schon immer wieder darauf, ja, der Reporter oder die Person, die mit dem redet, die redet jetzt mit dem so, wie wenn ich dich frage, wie geht es dir, würdest auch sagen, es geht da gut, und du würdest ma net erzählen, dass du vielleicht gerade jetzt heute mit deinem Freund gezofft hast und, äh, deine Eltern im Sterben liegen, das wirst ma nicht erzählen, ja, und genauso ist es mit den Obdachlosen, die a net wirklich sagen, wie es ihnen wirklich geht, sondern einfach sagen, na, es passt eh. [...] Weils einfach einerseits des Vertrauen net haben, und andererseits denk ich mir, wenn ich sage, es geht ma schlecht in der Situation, dann muss ich was verändern, und vielfach sehen die Leute aber nicht, was sie verändern können oder wie sie es verändern können. Drum sagen sie oft, ja, es passt eh alles. Das heißt, es braucht zuerst Beziehung, es braucht zuerst mal Geschichte, da halt einmal dahinter zuschauen, aber das Wichtigste ist halt Beziehung da, und Perspektiven, die man aufzeigen kann (IV 3, 130-147).

In diesem Zitat zeigt sich, dass es schwierig sein kann, politische Anliegen darzustellen, wenn Journalist_innen Klient_innen interviewen, da diese vielleicht zu diesem Zeitpunkt nicht die Bereitschaft haben, sich zu äußern bzw. auch möglicherweise nicht die richtige Situation dazu vorfinden.

Andererseits kann Interesse von Medien auch wichtig sein um Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass auch sie etwas zu sagen haben. Ein_e Interviewte_r sagte zur Frustration der Klient_innen in Bezug auf Medien: „Ja, es ist aber schon so, was auch die Obdachlosen sagen: Hurch uns gibt's das ganze Jahr. Nicht nur vor Weihnachten und nicht nur, wenn es kalt ist, sondern 365 Jahre, äh, Tage im Jahr“ (IV 3, 440-443). Es zeigt sich hier, dass die Frustration der Klient_innen daraus resultiert, dass sie das Gefühl haben, dass nur zu einem gewissen Zeitpunkt im Jahr Interesse an ihnen besteht. Hier wird der Wunsch ausgedrückt, dass sie konstant das ganze Jahr über mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen werden.

Ein weiterer Punkt, der in den Interviews angesprochen wurde, waren Gründe dafür, warum sich Medienvertreter_innen an Organisationen wenden, die dann einen Kontakt zu Klient_innen herstellen. Einerseits wurde hier als Grund genannt, dass Hemmungen bestehen können, Klient_innen direkt anzusprechen (vgl. IV 1, 405-409). Andererseits wurde von Interviewpartner_innen auch angeführt, dass viele Journalist_innen es schätzen, wenn sie auch Hintergrundwissen der Organisationen erwerben können (vgl. IV 2, 235-236). Hier ist allerdings wieder zu fragen, inwiefern dies verzerrend auf die Äußerung oder Darstellung von Meinungen der Klient_innen wirken kann.

Anfragen um Interviews durch Journalist_innen kommen sehr häufig vor und waren daher ein stark angesprochenes Thema. Besonders wurde hierbei der notwendige Schutz der Klient_innen betont. Einerseits erfolgten durchaus Repressionen aufgrund von Interviews, andererseits ist die Situation der Klient_innen auch oft schambehaftet und nicht zuletzt kann sich hier auch ein

paternalistischer Aspekt zeigen. Erleichternd für Äußerungen ist hierbei, wenn Interviews anonymisiert werden, erschwerend ist allerdings, dass zumeist nach persönlichen Geschichten und Erlebnissen gefragt wird. Frustrierend für Klient_innen ist auch, dass die Themen zumeist vorgegeben sind und Äußerungen auch verändert in Medien reproduziert werden. Abschließend kann jedoch auch gesagt werden, dass Interviews Klient_innen das Gefühl geben, dass Interesse für sie herrscht, und dadurch auch positive Wirkungen haben können.

6. Zusammenführung der theoretischen und empirischen Erkenntnisse

Im folgenden Kapitel soll es darum gehen, die Kapitel drei und fünf zusammenzuführen. Zum Teil geschah dies schon im vorhergehenden Kapitel, nun sollen jedoch die theoretischen sowie empirischen Erkenntnisse nochmals zusammenfassend diskutiert werden. Die hier herangezogenen Überlegungen stammen also alle aus vorherigen Kapiteln dieser Masterarbeit. Die Zusammenführung soll vor dem Hintergrund des in Kapitel zwei skizzierten Problemzusammenhanges geschehen. Bei diesem handelte es sich einerseits um die Darstellungen der Rahmenbedingungen und Organisation von Sozialer Arbeit, und andererseits wurde auch argumentiert, dass es in jüngster Zeit aufgrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen auch zu einer Neuorganisation der Sozialen Arbeit kam (vgl. Kapitel 2.2.1. und Kapitel 2.2.2.). Hierbei wurde dann auch auf mögliche Probleme eingegangen, die mit einem erhöhten damit einhergehenden Legitimationsdruck auf die Soziale Arbeit verbunden sein können (vgl. Kapitel 2.3.). Als mögliche problematische Antworten auf den Legitimationsbedarf wurden die Betonung der Defizite von Klient_innen der Sozialen Arbeit sowie die Fokussierung auf Verhalten, das von einer Norm abweicht, identifiziert. Außerdem kann es auch zur Konstruktion von homogen scheinenden Klient_innengruppen kommen, wenn diese entlang spezifischer Probleme benannt und beschrieben werden, wie zum Beispiel Drogensüchtige, psychisch Kranke oder benachteiligte Jugendliche. Dies kann dann weiters auch mit einer Kulturalisierung dieser Probleme einhergehen, da sie sozusagen zu der Kultur dieser spezifischen Gruppe gehörend gesehen werden. Abschließend wurde in diesem Zusammenhang in Kapitel 2.3.1. noch auf Zielgruppendefinitionen von sozialen Einrichtungen eingegangen, bei denen sich dies zum Teil nachverfolgen ließ.

Vor dem Hintergrund dieser Problematik wurde dann gefragt, ob sich das Sprechen über gesellschaftlich benachteiligte Menschen erschwerend auf die Möglichkeiten politischen Engagements dieser auswirken kann. Es ergaben sich hier einerseits also Fragen nach der Konstruktion von kollektiven Gruppen. In Bezug auf diese interessierte, ob es in der Literatur oder von Menschen, die politische Lobbyarbeit betreiben, so gesehen wird, dass diese verbunden ist mit Prozessen kultureller Zuschreibung. Es wurden auch mögliche positive und negative Konsequenzen betrachtet. Außerdem wurde gefragt, ob die Bildung kollektiver Gruppen eine wichtige Vorbedingung für politisches Handeln darstellt oder eher nicht. Es wurde andererseits auch die konkrete Praxis der politischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für gesellschaftlich

benachteiligte Gruppen anhand einiger Beispiele beleuchtet und hier nach der Ausgestaltung und ihren Konsequenzen für selbstständiges Handeln benachteiligter Menschen gefragt. Weiters wurde auch nach der Rolle gefragt, welche gesellschaftlich benachteiligte Menschen selbst in dieser spielen.

6.1. Die Konstruktion kollektiver Gruppen und die Zuschreibung kultureller Eigenschaften

In diesem Kapitel soll herausgearbeitet werden, worin die Gründe für die Konstruktion kollektiver Gruppen, sowohl in der Literatur (vgl. Kapitel 3) als auch in den Interviews (vgl. Kapitel 5), gesehen werden. Weiters wird auf mögliche Konsequenzen der Konstruktion kollektiver Gruppen eingegangen, sowie auch auf die Rolle und Position der Sozialarbeiter_innen in diesem Prozess.

In Bezug auf die Konstruktion kollektiver Gruppen lässt sich im Hinblick auf die theoretische Betrachtung (vgl. Kapitel 3) sagen, dass einige Theoretiker_innen die Konstruktion kollektiver Gruppen durch die Produktion von Wissen bedingt sehen. Dies ist zum Beispiel bei Edward Said (vgl. Kapitel 3.3.1.) im Anschluss an Michel Foucault (vgl. Kapitel 3.1.2.) der Fall, oder auch bei Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.). Es wird hier so gesehen, dass Wissenschaftler_innen, indem sie bestimmte Menschen erforschen und diesen angebliche gemeinsame Merkmale zuschreiben, homogene Gruppen erst erschaffen. Dabei wird auch darauf hingewiesen, dass Wissenschaftler_innen nicht außerhalb von Machtverhältnissen stehen, sondern in diese eingebunden sind. Daher finden auch Prozesse, ungleiche Machtverteilungen abzusichern, in der Produktion von Wissen statt. Indem Menschen in der Sozialen Arbeit beforscht werden, werden auch hier kollektive Gruppen konstruiert, da über andere gesprochen wird und Zielgruppen anhand ihrer angeblich gemeinsamen Merkmale beschrieben werden (vgl. Kapitel 2.3.1.). In diesem Zusammenhang fällt auch die Betonung der Rolle der Wissenschaft auf, wenn es darum geht, Öffentlichkeits- oder politische Lobbyarbeit zu betreiben (vgl. Kapitel 5.2.). Wissenschaftler_innen haben hier die Aufgabe, Aussagen der Sozialen Arbeit zu legitimieren. Ersichtlich wird, dass die Rolle der Wissenschaftler_innen von den Sozialarbeiter_innen unkritisch akzeptiert wird. Es ist allerdings zu beachten, dass diese auf den Gegenstand der Betrachtung einen verobjektivierenden Einfluss haben können, womit subjektive Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

In Bezug auf die Beschreibung von Menschengruppen anhand ihrer Eigenschaften, die zuvor

schon angesprochen wurde, ist mit Jacques Derrida (vgl. Kapitel 3.1.1.) darauf hinzuweisen, dass Eigenschaften, welche in Oppositionen zueinander geordnet sind, auch in einer hierarchischen Ordnung zueinander stehen. Dies ist in diesem Kontext nachzuverfolgen, da es sich bei gesellschaftlich benachteiligten Menschen, wie die Bezeichnung schon andeutet, um wenig machtvolle Menschen handelt, deren scheinbar charakteristische Eigenschaften oft stigmatisierend sind und daher nochmals benachteiligend wirken können. In der Befragung zeigte sich dies zum Beispiel, wenn über die Schwierigkeit, Interviews zu geben, gesprochen wurde, da Menschen sich für ihre Lebensumstände schämen (vgl. 5.7.1.). Jacques Derrida verfolgt die Methode der Dekonstruktion, mit der einerseits die gegenseitige Verflochtenheit der Oppositionen herausgearbeitet und andererseits Eigenschaften, die aus den binären Oppositionen ausgeschlossen sind, aufgezeigt werden sollen, um die Gegensatzpaare zu verschieben. In den Interviews wurde die Strategie, gegenseitige Verflochtenheit aufzuzeigen, besonders dann verfolgt, wenn es um die Erklärung der ökonomischen Situation der Menschen oder um die gemeinsame Betroffenheit durch rechtliche Praktiken ging (vgl. Kapitel 5.4.). Die Strategie, Eigenschaften aufzuzeigen, die in den Gegensatzpaaren nicht vorkommen, wurde in den Interviews nicht genannt.

Neben der hierarchischen Ordnung von Eigenschaften und damit stattfindenden Stigmatisierung bestimmter Eigenschaften wurde auch die Essentialisierung von Eigenschaften als untrennbar zu spezifischen Menschen gehörend in der Literatur problematisiert, etwa bei Edward Said (vgl. Kapitel 3.3.1) oder Stuart Hall (vgl. Kapitel 3.2.1.). In den Interviews zeigte sich, wie sich oben schon andeutet, dass es oft ein Ziel von Sozialarbeiter_innen ist, die Heterogenität verschiedener Menschen zu betonen, um der Festschreibung einer Gruppe von Menschen auf bestimmte Eigenschaften entgegenzuwirken (vgl. Kapitel 5.3.). Dies kann einerseits damit einhergehen, wie in den Interviews hervortrat, dass es bloß zu der Bildung von mehreren und verschiedenen Untergruppen kommt, andererseits kann es aber auch bedeuten, dass auf die Besonderheit jedes einzelnen Menschen und die Vielzahl der jeweiligen Eigenschaften hingewiesen wird. Sozialarbeiter_innen und Menschen, die Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit betreiben, nehmen durchaus eine Verknüpfung von kollektiven Gruppen und scheinbar zu diesen gehörenden Eigenschaften wahr und versuchen, diesen entgegenzuwirken, indem sie vorherrschende Bilder dekonstruieren (vgl. Kapitel 5.3.). Gründe für diese Verknüpfung von kollektiven Gruppen mit bestimmten Eigenschaften aus Sicht der Sozialarbeiter_innen wurden in den Interviews nicht genannt. Es fällt außerdem auf, dass es einerseits zwar als problematisch erkannt wird und dem entgegengewirkt werden soll und andererseits Vorgänge, in denen die

Soziale Arbeit auch zu dieser Konstruktion beiträgt, wie durch das wissenschaftliche Reden über Klient_innen, nicht gesehen werden.

Es lassen sich hier dann auch weitere Gründe für die Verknüpfung von kulturellen Eigenschaften mit kollektiven Gruppen identifizieren, die mit der Organisation der Sozialen Arbeit zusammenhängen (vgl. Kapitel 2.2). In Kapitel zwei wurde, wie in vorhergehendem Kapitel schon beschrieben, ein zunehmender Legitimationsdruck auf die Soziale Arbeit konstatiert, welcher mit erhöhten Sparmaßnahmen einhergeht. Dies kann dann dazu führen, dass Tätigkeiten der Sozialarbeiter_innen vermehrt gerechtfertigt werden müssen, was zu einer Legitimationsnachfrage an Wissenschaftler_innen führen kann. Diese können dann den Auftrag haben, die Notwendigkeit Sozialer Arbeit für bestimmte Zielgruppen aufzuzeigen, was mit der Identifizierung von scheinbar zu Gruppen von Menschen gehörenden problematischen Eigenschaften einhergehen kann. In den Interviews wurde in Bezug auf die Organisation Sozialer Arbeit vor allem angesprochen, dass Sozialarbeiter_innen selbst oft nicht für die Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit zuständig sind, sondern es eigens dafür eingerichtete Bereiche mit entsprechenden Mitarbeiter_innen gibt (vgl. 5.2.). Das kann einerseits unterstützend sein, da diese in ihren spezialisierten Bereichen über viel Wissen verfügen, andererseits kann es auch problematisch sein, da Sozialarbeiter_innen sich so nicht mehr selbst an die Öffentlichkeit wenden können.

Bei Giorgio Agamben (vgl. Kapitel 3.4.) wird die Verknüpfung von Kollektiven mit bestimmten kulturellen Eigenschaften ein wenig anders begründet. Agamben geht davon aus, dass jeder kollektive Zusammenschluss durch den Ausschluss von bestimmten Eigenschaften geschieht. Für ihn hängt daher die Verknüpfung von bestimmten Gruppen mit spezifischen Eigenschaften mit der Inklusion in Gruppen selbst zusammen. Dies zeigt sich auch in den Interviews. Die Interviewpartner_innen argumentierten, dass die Zugehörigkeit zu einer Gruppe über den Anspruch auf staatsbürgerliche Rechte entscheiden kann. Wohingegen die falschen Eigenschaften zu dem Ausschluss aus dieser Gruppe führen und für den Entzug dieser Rechte verantwortlich sein können (vgl. Kapitel 5.3.). Politisch wirksam ist laut Agamben dann gerade jene Lebensform, die ausgeschlossen wird, da diese Eigenschaften hat, welche nicht Teil der kollektiven Gruppe sind. Gerade sie kann zu der Erweiterung der Lebensmöglichkeiten aller beitragen. Agamben schlägt daher vor, dass Menschen als Einzelne kollektive Gruppen bilden und in diesen Einzelne bleiben sollen. Als Beispiel für den einschränkenden Ausschluss einer Lebensform wurde in den Interviews, die Wiener Campierverordnung angeführt, welche einerseits

wohnungslose Menschen betrifft, andererseits aber auch Menschen, die zum Beispiel einfach gern in einem Wohnwagen leben würden (vgl. Kapitel 5.5.). Durch die Verordnung werden alle in ihren Lebensmöglichkeiten eingeschränkt. Weiters wurde in den Interviews auch gesagt, dass es sich um einzelne Menschen handelt, die je verschiedene Eigenschaften in sich vereinen, die nicht auf bestimmte kollektive Eigenschaften reduziert werden können (vgl. Kapitel 5.4.). Aus den Interviews wurde deutlich, dass bei Agamben die Betrachtung fehlt, dass der Ausschluss oft graduell erfolgt, also nicht alle wohnungslosen Menschen gleichermaßen ausgeschlossen sind. Zum Beispiel haben österreichische wohnungslose Menschen relativ mehr Rechte im Vergleich zu jenen, die in Österreich nicht anspruchsberechtigt sind. Das führt zur Bildung von verschiedenen kollektiven Gruppen, die in unterschiedlichem Grade über Rechte verfügen (vgl. Kapitel 5.7.). Dies betont wiederum die Heterogenität dieser Gruppen, was bei Agamben nicht beachtet wird, wenn er zum Beispiel von „den Flüchtlingen“ (vgl. z. B. Agamben 2006: 21ff.) spricht.

Der oben angesprochene Punkt, dass es unterschiedliche Grade der Betroffenheit von rechtlichen Praktiken und auch dem Entzug von Rechten gibt, ist auch dahingegen interessant, dass es durch rechtliche Praktiken zu der Absonderung von Menschen in verschiedene Menschengruppe kommen kann, wie in den Interviews gesagt wurde (vgl. Kapitel 5.7.). Dies ist ein Punkt, der sich auch in der Literatur zeigt, und hier besonders bei Michel Foucault (vgl. Kapitel 3.1.2.) und Judith Butler (vgl. Kapitel 3.3.) im Anschluss an Ersteren. Von diesen Autor_innen werden Fragen der Subjektkonstitution durch rechtliche Praktiken beleuchtet. Bei Foucault geschieht dies, indem er beobachtet, dass durch solche Praktiken zusammen mit den mit ihnen verbundenen Diskursen die Regierung, Lenkung und Disziplinierung von Menschen verfolgt werden. Dies geschieht einerseits durch den mit diesen einhergehenden Zwang und andererseits auch dadurch, dass sich die Individuen selbst an diese anpassen. Widerstand gegen solche rechtlichen Praktiken und Kritik gegen sie ist dann auch ein zentrales Mittel, politisch zu handeln. Judith Butler schließt hier an Foucault an und sieht Subjekte durch Anrufungen konstituiert, die auch rechtliche Praktiken darstellen. Anschließend an Derrida (vgl. Kapitel 3.1.1.) geht sie davon aus, dass Eigenschaften immer entlang von Oppositionen strukturiert sind. Es ist also möglich, zum Beispiel männlich oder weiblich zu sein, andere Eigenschaften sind jedoch aus dem Bereich des Möglichen ausgeschlossen. Hier erscheint es so, als wären in bestimmten kulturellen Gruppen nur bestimmte Eigenschaften möglich zu sein. Allerdings weist sie ähnlich wie Agamben auch darauf hin, dass die Eigenschaften, die ausgeschlossen sind aus den binären Oppositionen, sich immer wieder in diese hineindrängen und es so zu Störungen der binären Oppositionen kommt.

Abweichende Subjektkonstitutionen, welche nicht in die vorgegebenen Schemata passen, sind dann bei Judith Butler politisch in dem Sinn, dass sie bestehende Systeme kritisieren und hinterfragen. Dies stellt eine Form der individuellen politischen Artikulation dar, kann aber auch eine kollektive sein, wenn sich mehrere Subjektivitäten zusammenschließen. Allerdings muss dann wiederum darauf geachtet werden, dass die Eigenschaften nicht essentialisiert werden und andere wiederum ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend kann zu der Konstruktion kollektiver Gruppen gesagt werden, dass sowohl in theoretischer Hinsicht (vgl. z. B. Agamben oben) wie auch bei den befragten Personen davon ausgegangen wird, dass diese verbunden sind mit der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften, die scheinbar alle Angehörige dieser Gruppe charakterisieren. Außerdem kann auch gesehen werden, dass dies oft aus der Produktion von Wissen über bestimmte Menschen resultiert, mit der Inklusion in Gruppen einhergeht, oder durch rechtliche Praktiken bedingt ist. Letzteres bedeutet einerseits, dass Menschen je nach Gruppe, der sie zugeordnet werden, unterschiedlich behandelt werden und dies dann auch wieder zurückwirkt auf die ihnen zugeschriebenen Eigenschaften. Es wird auch wahrgenommen, dass diese Eigenschaften in hierarchischen Oppositionen zueinander stehen und es benachteiligend sein kann, wenn einem/r bestimmte Eigenschaften zukommen. Die befragten Personen nannten verschiedene Strategien, Heterogenität aufzuzeigen, etwa das Herausarbeiten von Gemeinsamkeit oder die Betonung der Verschiedenheit aller Menschen.

6.2. Politisches Engagement und kollektive Gruppen

Eine Frage an Menschen, die politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, war im Kontext dieser Arbeit auch, ob es so gesehen wird, dass politisches Engagement nur in kollektiven Gruppen möglich ist, bzw. ob die Bildung kollektiver Gruppen eine wichtige Vorbedingung für politisches Engagement ist. Die Frage danach, wie politisches Engagement betrachtet wird, war wichtig, da davon ausgegangen wurde, dass die bei Sozialarbeiter_innen vorherrschende Konzeption politischen Engagements auch beeinflussen kann, inwiefern politisches Engagement von Klient_innen wahrgenommen und unterstützt wird. Es wurden außerdem auch Formen politischen Engagements herausgearbeitet, wie sie sich in der Literatur beschrieben fanden (vgl. weiter unten Agamben und Butler).

In den Interviews ergab sich hier ein zwiespältiges Bild, da einerseits die Bildung kollektiver Gruppen bzw. die Organisation solcher für politisches Engagement als wichtig angesehen wurde (vgl. Kapitel 5.7.). Andererseits waren den befragten Personen mehr Fälle politischen Handelns einzelner Personen bekannt (vgl. ebenda). Von einigen befragten Personen wurde auch stark betont, dass sie politisches Handeln einzelner Klient_innen unterstützen (vgl. ebenda), wobei hier die Sicht der Interviewten auf politisches Handeln eng war. So wurde als solches eigentlich nur das selbstständige Für-sich-Sprechen in der Öffentlichkeit gesehen, sei es bei Interviews oder bei Pressekonferenzen (vgl. ebenda). Andere Formen, die auch nicht sprachlich verfasste miteinbeziehen, fielen hier anscheinend nicht unter den Begriff des politischen Handelns.

In der theoretischen Literatur wurde sowohl politisches Engagement, das von Einzelnen ausging, wie solches von kollektiven Gruppen behandelt. Giorgio Agamben (vgl. Kapitel 3.4.) etwa beschäftigt sich mit dem politischen Engagement von Einzelnen. Er betrachtet die aus einem System Ausgeschlossenen und betont ihre Singularität. Allerdings besteht hierbei die Gefahr, dass diese wiederum zu einer Gruppe zusammengefasst werden, zum Beispiel zu den Flüchtlingen. Heterogenität der Gruppe kann verschwinden, und es wird angenommen, dass diese Gruppen sich selbst vertreten können. Auf dies weist besonders Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.) hin, da sie diese Gefahr auch bei Michel Foucault (vgl. Kapitel 3.1.2.) gegeben sieht. Sie verwehrt sich dagegen, dass von Intellektuellen wieder ein Subjekt der Subalternen eingeführt wird, das für sich selbst sprechen und handeln kann, wie zum Beispiel die Flüchtlinge. Bemerkenswert bei Giorgio Agamben ist allerdings, dass er die Aufmerksamkeit weg vom Sprechen hin zu den Lebensweisen der Menschen, die für ihn schon politisch sind, verschiebt, da sie die Möglichkeiten der in einer kollektiven Gruppe gegebenen Lebensweisen erweitern. Dies

ist insofern interessant, als sich dadurch andere Sichtweisen eröffnen, etwa das Betteln im öffentlichen Raum als eine Form der Meinungsäußerung zu sehen.

Auffallend war, dass in den Interviews vorwiegend sprachliche Äußerungen in einem bestimmten Setting, wie auf Podiumsdiskussionen, oder vor Medienvertreter_innen, als Formen politischen Engagements identifiziert wurden (vgl. Kapitel 5.7.). Diese sind vorwiegend Artikulationen Einzelner, was ebenfalls in Widerspruch zu der von den befragten Personen angenommenen Bedeutung kollektiven Engagements steht. Andere Formen, wie oben angesprochen, wurden nicht erwähnt. Auch Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.) weist in ihrer theoretischen Arbeit darauf hin, dass das Schweigen der Subalternen oft nicht als politische Äußerung verstanden wird. So skizziert sie den Fall, dass der vermutlich politisch motivierte Selbstmord einer indischen Frau als Akt der verzweifelten Liebe gelesen wird. Dies soll auch den Blick dafür öffnen, dass es möglicherweise bei gesellschaftlich benachteiligten Menschen Arten der politischen Artikulation gibt, die nicht auf herkömmliche Art und Weise sprachlich verfasst sind. Zum Beispiel kann Judith Butler (vgl. Kapitel 3.3.) zufolge eine abweichende Subjektpositionierung eine Form des politischen Widerstandes sein. Dies kommt dadurch zustande, dass Subjektivitäten entlang von Eigenschaften, welche in Oppositionen angeordnet sind, ausgebildet werden. Aus diesen binären Oppositionen sind alle alternativen Eigenschaften ausgeschlossen, die aber immer wieder störend zurückkehren können. Dies kann zum Beispiel auch bei gesellschaftlich benachteiligten Menschen der Fall sein, da ihre Benachteiligung oft auch daher rührt, dass sie nicht in herrschende Schemata passen. Hier kann es für Sozialarbeiter_innen wichtig sein, diese Menschen in ihrer Identität zu unterstützen und nicht das Ziel zu verfolgen sie an herrschende Strukturen anzupassen.

Es zeigt sich also, dass ausgeschlossene Lebensweisen nach Giorgio Agamben (vgl. Kapitel 3.4.) und abweichende Subjektpositionen nach Judith Butler (vgl. Kapitel 3.3.) politisch sein können. Werden diese Formen als politisch wahrgenommen, kann dies Versuche bedingen, dass herrschende System zu verändern, damit auch aus diesem ausgeschlossene Menschen Möglichkeiten, in diesem zu leben, haben. Werden abweichende Lebensweisen jedoch als resultierend aus einem Defizit aufseiten des/der Klienten/Klientin gesehen, dann wird möglicherweise öfters versucht, Menschen bloß an herrschende Systeme anzupassen. Dies illustriert auch, inwiefern die Konzeption politischen Engagements ausschlaggebend sein kann für die Unterstützung eines solchen.

In Bezug auf Formen politischen Engagements ist noch eine weitere zu nennen, die in den Interviews einen wichtigen Platz einnahm und darin besteht, existierende rechtliche Praktiken anzufechten, sofern diese Klient_innen in ihrem alltäglichen Leben stark beeinträchtigen (vgl. Kapitel 5.5.). Dies soll hier ebenfalls als politisches Handeln benannt werden, da es einen Versuche darstellt, auf die Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens von Menschen Einfluss auszuüben. Des Weiteren ist zu sagen, dass es sich um eine Form des politischen Handelns handelt, welche einerseits von einzelnen Menschen ausgeübt wird, die sich vor Gericht gegen bestehende rechtliche Praktiken wenden, andererseits wurde in den Interviews auch ein Fall genannt in dem sich eine Gruppe von Menschen gegen sie einschränkende Gesetze wendet (vgl. Kapitel 5.7.). Die Anfechtung bestehender rechtlicher Praktiken geht oft auch einher mit Versuchen, die Bilder, welche mit diesen Praktiken verbunden sind, zu verändern. Es handelt sich also oft um eine sprachlich verfasste Form, in der sich die Menschen gegen Diskriminierungen zur Wehr setzen, die mit einer institutionell verankerten Handlung, die von Einzelnen durchgeführt wird, einhergeht.

In den vorhergehenden Absätzen wurden Formen des politischen Engagements behandelt, die eher von Einzelnen ausgehen. So wie auch die Theoretiker_innen, Agamben (vgl. Kapitel 3.4.) und Judith Butler (vgl. Kapitel 3.3.), welche herangezogen wurden, eher auf dieses fokussieren. Bei Stuart Hall (vgl. Kapitel 3.2.1.) findet sich ein Ansatz, der zwar politisches Engagement einzelner Menschen thematisiert, aber hierfür kollektive Gruppen, denen sich Menschen zuordnen können, für wichtig ansieht. Er betont, dass zum Beispiel die Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gruppe wichtig sein kann, da sie einen gemeinsamen Bezugsrahmen bildet, von dem aus die Menschen sich politisch engagieren können. Allerdings wendet er auch ein, dass eine solche kulturelle Gruppenzugehörigkeit niemals essentialisiert werden darf, sondern vielmehr immer offen bleiben muss. Das heißt, dass Menschen nicht auf ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe festgeschrieben werden sollen, da Identitäten sich auch verändern können.

Auch bei Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.) findet sich ein ähnlicher Ansatz, wenn sie von einem strategischen Essentialismus spricht, der temporär für einen politischen Kampf gegen bestehende Ungerechtigkeiten für bestimmte Menschen eingenommen werden kann. Wie schon zuvor erwähnt, weist sie auf die Schwierigkeit der Subalternen hin, für sich selbst zu sprechen. Sie betont, dass Intellektuelle, die eine wesentliche Rolle in Bezug auf das Schweigen der Subalternen einnehmen, sich nicht vor der Aufgabe, diese zu vertreten, scheuen dürfen. Hierbei geht es besonders auch darum, das Schweigen der Subalternen zu vermessen. Mit diesem

Vermessen des Schweigens kann allerdings wieder einhergehen, dass etwas, was für manche wichtig ist zu sagen, für alle angenommen wird. Dies ist wichtig zu vermeiden und daher soll dieser Essentialismus nur als strategischer und damit vorläufiger konzipiert werden. Allerdings stellt dies ein sehr schwieriges Unterfangen dar, da aus temporären Essentialisierungen sehr leicht dauerhafte werden können und nie kontrolliert werden kann, wie auch bei Foucault zu lesen ist (vgl. Kapitel 3.1.2.), wer Argumentationen letztlich wie benutzt.

Abschließend kann gesagt werden, dass es in den Interviews so gesehen wurde, dass politisches Engagement und kollektive Gruppen eng zusammengehören und dass vorwiegend sprachlich verfasste Formen des politischen Handelns genannt wurden (vgl. Kapitel 5.7.). Nannten die Befragten allerdings konkrete Beispiele, wurde ersichtlich, dass hier vorwiegend einzelne Personen handelten. In der Literatur wurden auch anders verfasste Formen, wie abweichende Subjektpositionen bei Judith Butler (vgl. Kapitel 3.3.), Widerstand gegen Praktiken wie bei Michel Foucault (vgl. Kapitel 3.1.2.) oder ausgeschlossene Lebensweisen wie bei Giorgio Agamben (vgl. Kapitel 3.4.), genannt. Hierbei handelte es sich ebenfalls größtenteils um politisches Handeln einzelner Menschen. Möglicherweise wird es von den Befragten implizit so gesehen, dass eine Gruppe an Menschen, um sprachlich Gehör zu finden, als notwendig angesehen wird und deshalb die Notwendigkeit kollektiver Gruppen betont wird. In der Sozialen Arbeit und für gesellschaftlich benachteiligte Menschen kann eine solche Solidarisierung aus verschiedenen Gründen schwierig sein, wie im nachfolgenden Kapitel noch erläutert wird (vgl. Kapitel 6.3.). Aus diesem Grund kann es wichtig sein, sich dem politischen Handeln Einzelner zuzuwenden, sowie auch dem Schweigen, wie bei Gayatri Chakravorty Spivak (vgl. Kapitel 3.3.2.) zu lesen ist, und zu versuchen, nicht sprachlich verfasste Äußerungen zu erfassen.

6.3. Politisches Engagement in der Sozialen Arbeit

In diesem Kapitel sollen nun besonders konkrete Formen des politischen Engagements betrachtet werden, welche die befragten Personen in Bezug auf politisches Engagement gesellschaftlich benachteiligter Gruppen nannten. Des Weiteren soll auch darauf eingegangen werden, welche positiven und negativen Konsequenzen hier vor dem Hintergrund der theoretischen Betrachtungen auszumachen sind. Außerdem wird dargestellt, wie in den Organisationen mit politischem Engagement und Feedback zu politischer Lobbyarbeit gesellschaftlich benachteiligter Menschen umgegangen wird.

Einige Aspekte in Bezug auf politisches Engagement gesellschaftlich benachteiligter Gruppen wurden zuvor schon genannt. Diese waren einerseits die Unterscheidung in Formen, die von Kollektiven oder von Einzelnen ausgeübt werden (vgl. Kapitel 6.2.). Des Weiteren wurde anhand der theoretischen Betrachtung (vgl. z. B.: Spivak und Agamben weiter oben) auch zu bedenken gegeben, dass nicht alle Formen politischen Engagements sprachlich verfasst sein müssen (vgl. ebenda). In den Interviews fiel in Bezug auf die Frage nach politischem Engagement gesellschaftlich benachteiligter Menschen weiters auf, dass Antworten sich oft an herkömmlichen Formen orientierten, zum Beispiel an institutionalisierten Interessenvertretungen (vgl. Kapitel 5.7.). In weiterer Folge wurde dann in den Interviews auch gesagt, dass eigenständiges politisches Engagement von gesellschaftlich benachteiligten Menschen eigentlich nicht bekannt ist (vgl. ebenda). Dies verwunderte, da implizit sehr wohl Formen politischen Engagements angeführt wurden, wie zum Beispiel, dass Klient_innen Interviews geben, in welchen sie ihre Meinung äußern oder gegen bestehende Gesetze Einspruch erheben. Weiters können auch bestimmte Tätigkeiten als politisch gesehen werden, wie zum Beispiel zu betteln, da dies laut der österreichischen Rechtsprechung ein Ausüben der Meinungsfreiheit sein kann. Dieser Widerspruch zwischen der Betrachtung politischen Engagements durch Sozialarbeiter_innen und der Betrachtung politischen Engagements in dieser Arbeit ist möglicherweise dadurch erklärbar, dass die Sichtweise der interviewten Personen auf politisches Engagement enger ist. Dies ist problematisch, da ein Nichterkennen von politischem Engagement dazu führen kann, dass dieses nicht unterstützt wird. In Bezug auf Formen, die die befragten Personen als politisches Handeln erkannten, nannten die Interviewten das Anliegen, diese zu unterstützen (vgl. Kapitel 5.6. und Kapitel 5.7.).

Das Äußern einer politischen Meinung vor Journalist_innen wurde lediglich in einem Interview explizit als politisches Engagement benannt und auch betont, dieses als solches zu unterstützen

(vgl. Kapitel 5.7.). Gefragt nach politischem Handeln, wurden von allen anderen Befragten Interviews mit gesellschaftlich benachteiligten Menschen genannt (vgl. Kapitel 5.8.). Allerdings wurde dies in den Interviews dann mehr unter dem Aspekt des Schutzes der Klient_innen diskutiert. Dies kann als weniger emanzipativ und stärker paternalistisch interpretiert werden. So fiel auch auf, dass Interviews stärker unter dem Gesichtspunkt der Anonymisierung betrachtet wurden, der zweifelsohne ein wichtiger ist, allerdings wurde der Aspekt, wie benachteiligte Menschen eigene Anliegen einbringen können und nicht nur als Illustration für Medienberichte gesehen werden, nicht beachtet.

In den Interviews wurde außerdem zu bedenken gegeben, dass die Organisation in kollektiven Gruppen für gesellschaftlich benachteiligte Menschen oft eine Herausforderung darstellt (vgl. Kapitel 5.7.). Dies ist der Fall, da strukturelle Bedingungen eine gemeinsame Organisation oft schwierig machen. So wurde zuvor schon angesprochen, dass unterschiedliche rechtliche Behandlung oft trennend auf Menschen wirkt, da diese so ihre Gemeinsamkeiten nicht erkennen können (vgl. Kapitel 5.5.). Auch dass bestimmte Verhaltensweisen, wie das Übernachten im Park, das Betteln oder die Prostitution, strafbar sind, kann dazu führen, dass diese Lebensweisen versteckt werden oder versucht wird, sie dort auszuüben, wo nicht viele andere dieser Tätigkeit nachgehen, damit sie nicht zu störend ins Auge fallen (vgl. Kapitel 5.5.). Dies kann dann weiters dazu führen, dass ein Austausch schwieriger wird. Außerdem können Einrichtungen der Sozialen Arbeit oft nur von bestimmten Zielgruppen in Anspruch genommen werden, da die Angebote sich nur an bestimmte Gruppen von Menschen richten, was ebenfalls eine gegenseitige Solidarisierung erschweren kann (vgl. Kapitel 2.3.1.). Eine weitere Schwierigkeit für politisches Engagement ist, dass den Menschen oft stigmatisierte Merkmale zugeschrieben werden und es unangenehm sein kann, in der Öffentlichkeit einer bestimmten Gruppe an Menschen zugeordnet zu werden (vgl. Kapitel 5.8.).

Konkrete Unterstützungsleistungen politischen Handelns wurden in den meisten Interviews nicht angesprochen. Wie bereits weiter oben erwähnt, wurde einmal auf die Einrichtung von Strukturen der Interessenvertretung eingegangen, die politische Aushandlungen innerhalb einer Organisation begünstigen sollen (vgl. Kapitel 5.7.). Es ist allerdings kritisch anzumerken, dass dies dazu führen kann, dass andere Formen von politischen Äußerungen nicht bemerkt und so auch nicht gefördert werden. In einem anderen Interview wurde angesprochen, dass ein_e Klient_in, der/die sich vor Medienvertreter_innen äußerte, dabei unterstützt wurde, in dem sie/er zum Beispiel auch positives Feedback auf die von ihm/ihr angesprochenen Ungerechtigkeiten bekam (vgl. Kapitel

5.7.). Bestärkung in Bezug auf das eigene Ungerechtigkeitsempfinden kann eine wichtige Form der Unterstützung sein, dies findet zum Beispiel auch statt, wenn den Menschen Räume geboten werden, in denen sie sich über die von ihnen als ungerecht empfundenen Sachverhalte austauschen können (vgl. z. B. Kapitel 5.4.).

Ein weiterer Punkt, auf den in den Interviews eingegangen wurde, war jener, wie Feedback vonseiten gesellschaftlich benachteiligter Menschen in die politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit einbezogen wird. Dies wurde gefragt, da Aushandlungsprozesse in der Sozialen Arbeit, in die auch die Klient_innen einbezogen werden, politisches Engagement dieser begünstigen kann, im Gegensatz zu stark hierarchischen und autoritären Strukturen. Von einigen der befragten Personen wurden Beispiele für Feedback von den von ihnen vertretenen Menschen genannt (vgl. Kapitel 5.6.). In manchen Fällen ist den Menschen die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit also sehr wohl bekannt, und sie haben eine Meinung zu dieser. In anderen Fällen ist sie nicht bekannt (Kapitel 5.6.). Als Grund hierfür wurde genannt, dass die Kommunikation dieser an die Menschen als langwierig und zeitintensiv erlebt wird. Ein Grund für die fehlende Bekanntheit der Öffentlichkeitsarbeit kann auch sein, dass diese spezialisierten Bereichen großer Organisationen obliegt und so den Sozialarbeiter_innen selbst nicht bekannt ist (vgl. Kapitel 6.1.).

Bei einer anderen Organisation fiel auf, dass die Meinungen gesellschaftlich benachteiligter Menschen zwar Raum erhielten, zum Beispiel bei Pressekonferenzen, aber dass diese nicht miteinbezogen wurden in die Positionen der Organisation und zum Teil sogar Konflikte zwischen den verschiedenen Ansichten bestanden (vgl. Kapitel 5.6.). Dies zeigt, dass die Meinungen, die von Organisationen in ihrer Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit vertreten werden, oft nicht mit jenen der Personen, die sie vertreten, übereinstimmen. Dies ist problematisch, da oft der Eindruck entsteht, die Interessen benachteiligter Menschen werden an die Öffentlichkeit getragen, die Unterschiede zwischen den zwei verschiedenen Positionen werden von der Öffentlichkeit jedoch nicht wahrgenommen. Außerdem wurde auch ersichtlich, dass es gesellschaftlich benachteiligten Menschen oft nicht zugetraut wird, ihre Meinung zu strukturellen übergreifenden Problemen zu äußern, und sie daher eher nach persönlichen Geschichten befragt werden (vgl. Kapitel 5.8.). Diese zu erzählen ist für die Betroffenen aber oft problematisch.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass politisches Engagement, das von Klient_innen ausgeht, in der Sozialen Arbeit nicht viel Raum einnimmt. Unterstützung in Bezug auf politisches

Engagement erfolgte mit einer Orientierung an hierarchisch institutionalisierten Formen. Gefragt nach politischen Äußerungen der Klient_innen, wurde besonders häufig genannt, dass diese selbst Interviews geben. Allerdings wurde hierbei bei weiteren Nachfragen stärker der Aspekt des Schutzes und der Anonymisierung angesprochen als jener der Unterstützung der Klient_innen bei der Veröffentlichung ihrer politischen Meinung. Eine solche kann zum Beispiel darin bestehen, die Klient_innen in ihrem Ungerechtigkeitsempfinden zu unterstützen. Ein weiterer Punkt war auch die Einbeziehung von Feedback der Klient_innen zu der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Hierbei zeigte sich, dass Klient_innen zwar in manchen Fällen über die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit Bescheid wissen, aber nur selten direkt mit einbezogen werden. In einigen Fällen wurde Klient_innen zwar eine Plattform geboten, um auch ihre Kritik auszusprechen, diese wurde jedoch nicht in die Ausgestaltung der Organisation miteinbezogen, sondern als gesonderte Meinung, von der die Organisationen sich zum Teil sogar abgrenzte, stehen gelassen. Dies stellt sich als problematisch dar, da so nicht mehr ersichtlich ist, worin die politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit ihre Grundlage findet.

6.4. Zwischenfazit

Dieses Kapitel stellte die wichtigsten Erkenntnisse aus Kapitel drei und fünf zusammengeführt nochmals dar. In Bezug auf die Konstruktion kollektiver Gruppen (Kapitel 6.1.) wurde festgestellt, dass diese zu großen Teilen durch die Produktion von Wissen über bestimmte Menschen bedingt ist, welche auch zu der Zuschreibung von Eigenschaften führen kann (vgl. dazu Spivak und Said). Weitere Gründe waren die Inklusion in Gruppen (vgl. dazu Agamben) und die Subjektbildung unter anderem durch rechtliche Praktiken (vgl. dazu Foucault und Butler). Im Anschluss an Derrida kann es so gesehen werden, dass Eigenschaften in hierarchischen Oppositionen zueinander stehen. Dies zeigt sich in den Interviews darin, dass Scham und Stigmatisierung angesprochen wurden, die mit bestimmten Eigenschaften verbunden sind. In den Interviews trat außerdem hervor, dass es ein Anliegen der Befragten ist, der Reduktion auf bestimmte Eigenschaften entgegenzuwirken, indem Heterogenitäten oder Gemeinsamkeiten betont wurden. Es zeigte sich aber auch, dass die Gründe für solche Zuschreibungen nicht reflektiert werden und zum Beispiel die Rolle der Wissenschaft unkritisch als eine legitimierende gesehen wird. Dies bedeutet auch, dass die eigene Rolle bei der Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften zu spezifischen Gruppen nicht reflektiert wird.

In Bezug auf die Frage nach der Notwendigkeit kollektiver Gruppen für politisches Engagement

ergab sich ebenso ein zwiespältiges Bild (Kapitel 6.2.). Einerseits schienen den Befragten kollektive Gruppen als eine wichtige Voraussetzung, andererseits nannten sie als Beispiele eher politisches Engagement, das von Einzelnen unternommen wurde. Es fiel des Weiteren auf, dass politisches Handeln in der Betrachtung der Sozialarbeiter_innen sprachlich verfasst ist. Dem entgegen stehen theoretische Ansätze (vgl. z.B. Agamben, Butler), die den Fokus auf politisches Handeln von Menschen richten, das nicht sprachlich verfasst ist. Es besteht hier die Gefahr, dass, wenn ein zu enges Bild über politisches Engagement herrscht andere Formen nicht erkannt und daher auch nicht unterstützt werden.

Zuletzt wurde auf mehrere Formen politischen Engagements von Klient_innen eingegangen, die in den Interviews genannt wurden (vgl. 6.3.). Einige wichtige Formen waren hier das Geben von Interviews oder auch die Beeinspruchung von Gesetzen. Zu Ersterem ist zu sagen, dass dies zwar von den Befragten genannt wurde, dann jedoch stärker unter dem Aspekt des Schutzes der Klient_innen diskutiert wurde. Nicht angesprochen wurde zum Beispiel, wie Interviews so genutzt werden können, dass Klient_innen ihrer Meinung Ausdruck verleihen und nicht nur nach persönlichen (Leidens-)Geschichten gefragt werden. Als eine wichtige Form der Unterstützung für politisches Engagement und das Äußern der eigenen Meinung wurde die Bestärkung des eigenen Ungerechtigkeitsempfindens genannt.

Des Weiteren wurde auch angesprochen, dass die Organisation in kollektiven Gruppen für gesellschaftlich benachteiligte Menschen aus verschiedenen Gründen schwierig sein kann, da sie sehr unterschiedliche rechtliche Situationen erleben bzw. ihre Situation auch schambehaftet sein kann und daher versucht wird, sie zu verstecken.

In Bezug auf Feedback zu der politischen Lobbyarbeit verschiedener Organisationen kann nun abschließend gesagt werden, dass diese in einigen Fällen nicht bekannt war. Als Grund wurde unter anderem angeführt, dass es viel Aufwand bedeutet, diese den Menschen, die repräsentiert werden, zu kommunizieren. Dort, wo sie bekannt war, wurde in den Interviews evident, dass das Feedback dazu oft nicht in die politische Arbeit der Organisation einbezogen wird, sondern als solches für sich stehen gelassen wird. Wenn keine Aushandlungsprozesse zwischen der Meinung der Personen, die Öffentlichkeitsarbeit machen und jener, die durch diese vertreten werden, stattfindet, ist allerdings fraglich, worin die Öffentlichkeitsarbeit ihre Grundlage findet.

7. Fazit

Die Frage, der im Zuge dieser Arbeit nachgegangen werden sollte, lautete, ob sich das Sprechen über gesellschaftlich benachteiligte Menschen erschwerend auf die Möglichkeiten politischen Engagements dieser auswirken kann..

Sie stellte sich vor dem Hintergrund der Sozialen Arbeit. Zu Beginn dieser Auseinandersetzung (vgl. Kapitel 2.1.) wurde diese definiert als eine professionelle soziale Dienstleistung, die spezifisches Handlungs- und Reflexionswissen integriert. Einerseits werden Menschen mit Hilfeleistungen unterstützt und andererseits soziale Bedingungen reflektiert, die sich benachteiligend auf bestimmte Individuen auswirken. Ein bedeutendes Merkmal Sozialer Arbeit ist, dass die Empfänger_innen von Dienstleistungen der Sozialen Arbeit nicht die Auftraggeber_innen sind, sodass die Interessen der Empfänger_innen von jenen der Auftraggeber_innen zum Teil abweichen. Vor dem Hintergrund dieser Definition wurde in Kapitel 2.2. auf gegenwärtige Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit eingegangen. Die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Betrachtung waren, dass der Bereich der Sozialen Arbeit verschärften ökonomischen Bedingungen ausgesetzt ist (vgl. z.B. Diebäcker/ Ranftler/ Strahner/ Wolfgruber 2009a). Mit diesen gehen verschlechterte Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit aufgrund von Einsparungsmaßnahmen einher, vermehrte Aufgaben, Klient_innen zu kontrollieren und zu disziplinieren, sowie insbesondere auch ein erhöhter Legitimationsbedarf der Sozialen Arbeit. Dieser erhöhte Legitimationsbedarf kann dazu führen, dass von sozialen Einrichtungen gefordert wird, nach außen gegenüber den Auftraggeber_innen zu kommunizieren, weshalb es einen Bedarf nach ihren Dienstleistungen gibt. Dadurch wird vermehrt über Klient_innen gesprochen (vgl. Kapitel 2.3.), entweder indem Defizite der Klient_innen betont werden oder besonders auf normabweichendes Verhalten hingewiesen wird, das kontrolliert werden soll. Dieses Art und Weise über Klient_innen zu sprechen kann dann weiters auch zu der Konstruktion homogener Klient_innengruppen entlang spezifischer Problemlagen führen und zu einer Zuschreibung problematischer Eigenschaften als natürlich zu den Klient_innen gehörende. Formen des Sprechens über Klient_innen in der Sozialen Arbeit wurden in Kapitel 2.3.1 exemplarisch vorgestellt und besprochen.

Anschließend an diesen Problemaufriss folgten dann in einem ersten Schritt zur Beantwortung

der Frage theoretische Betrachtungen des Zusammenhangs zwischen der Konstruktion homogener Klient_innengruppen, den Zuschreibungsprozessen von Eigenschaften sowie politischer Handlungsfähigkeit (vgl. Kapitel 3). Außerdem wurden Interviews geführt (vgl. Kapitel 5), um einen Eindruck davon zu bekommen, wie politische Handlungsfähigkeit und die Konstruktion spezifischer Klient_innengruppen in der Sozialen Arbeit gesehen werden. Die Ergebnisse der theoretischen sowie empirischen Betrachtung wurden präsentiert (vgl. Kapitel 6).

Den Ausgangspunkt der theoretischen Auseinandersetzung bildeten Jacques Derrida (Kapitel 3.1.1.) und Michel Foucault (Kapitel 3.1.2.). Bei Ersterem war die Überlegung besonders wichtig, dass Bedeutung immer im Gegensatz zu etwas steht, was es nicht bedeutet, also immer oppositional strukturiert ist und dass es eine hierarchische Ordnung zwischen diesen gibt, die dann auch die Dekonstruktion notwendig macht. Diese versucht einerseits, Oppositionen zu verschieben, indem die Aufmerksamkeit auch auf das gerichtet wird, was ausgeschlossen ist, und andererseits versucht sie auch die gegenseitige Verbundenheit der beiden Bestandteile der Opposition aufzuzeigen. Diese Überlegung fand sich auch in den Interviews wieder. Einerseits wurde hier von Sozialarbeiter_innen oft auf die Nachteile hingewiesen, die damit verbunden sind, dass Klient_innen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Es wurde also die hierarchische Ordnung zwischen den Eigenschaften angesprochen (vgl. Kapitel 5.3.). Andererseits fanden sich bei den Strategien, damit umzugehen, auch Ansätze dekonstruktiver Art. Zum Beispiel gab es Versuche, der einseitigen Zuschreibung bestimmter Eigenschaften entgegenzuwirken, indem auf die Heterogenität der Menschen hingewiesen wurde bzw. wurde auch auf die Verbundenheit der Menschen miteinander hingewiesen (vgl. Kapitel 5.4.). Im Gegensatz hierzu steht allerdings, dass von den befragten Personen auch ausgesagt wurde, dass sie Medienvertreter_innen, aufgrund der großen Nachfrage, oft Einzelschicksale erzählen (vgl. Kapitel 5.4.). Dies kann dann dazu führen, dass aus dem Blick gerät, dass es sich um Geschichten einzelner Personen handelt, und wiederum ein Bild, das für die gesamte Gruppe an Menschen, die zum Beispiel wohnungslos sind, angenommen wird.

Bei Michel Foucault war die Überlegung bedeutend, dass Wissen und Macht eng verknüpft sind und auch Wissen über bestimmte Menschen im Kontext von Machtverhältnissen steht und zu Zwecken der Regierung von Individuen herangezogen werden kann. Dies wird zum Beispiel auch von Edward Said aufgegriffen (Kapitel 3.3.1.), der auf die Konstruiertheit des fremden anderen, bei ihm des Orients, hinweist. Bei diesen Ansätzen lässt sich bereits erkennen, dass die Konstruktion von homogenen Klient_innengruppen von den Autor_innen kritisch betrachtet wird,

da sie auch in Machtverhältnisse eingebunden ist, was benachteiligend für bestimmte Menschen wirken kann. Außerdem lässt sich sagen, dass die Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften hier auch eng verbunden mit der Produktion von Wissen gesehen wird, was sich auch bei Gayatri Chakravorty Spivak (Kapitel 3.3.2.) angesprochen findet. Lediglich in einem Interview wurde zu bedenken gegeben, dass genau zu überlegen ist, welche Informationen über Klient_innen an die Öffentlichkeit weitergegeben werden, da dies auch negativ für sie sein kann (vgl. Kapitel 5.4.). Sonst fand sich in den Interviews eher ein recht unkritischer Umgang mit der Produktion von Wissen, zum Beispiel bei der Produktion statistischen Zahlenmaterials (vgl. Kapitel 5.4.). Dies zeigt sich auch daran, dass die positive Rolle von Wissenschaftler_innen bei der Produktion von Wissen betont wurde (vgl. Kapitel 5.2.) bzw. auch die eigene Expertise, die dazu befähigt, in der Öffentlichkeit über Klient_innen zu sprechen, öfter dargelegt wurde (vgl. Kapitel 5.1.).

Weiters wurde auch auf einen Vertreter der Cultural Studies eingegangen, nämlich auf Stuart Hall (Kapitel 3.2.). Er sieht kulturelle Identität nicht per se negativ, sondern auch als notwendigen Ausgangspunkt für politisches Engagement. Doch auch er konstatiert, dass kulturelle Identität nicht zu einer Festschreibung von Menschen auf bestimmte Eigenschaften führen darf. Gayatri Chakravorty Spivak betont im Gegensatz hierzu, dass gerade die Äußerungen bestimmter kultureller Identitäten in herrschenden Machtverhältnissen nicht gehört werden können und so Intellektuelle vorsichtig versuchen sollen die Subalternen zu vertreten (vgl. Kapitel 3.3.2.). Auch sie schlägt die Strategie eines strategischen Essentialismus vor, der eingenommen werden soll, um Interessen der Klient_innen zu vertreten. Hierbei wird auch von ihr betont, dass dieser immer nur als temporärer gesehen werden soll und nie als dauerhafter. Alle genannten Autor_innen üben Kritik an der dauerhaften Verknüpfung bestimmter Eigenschaften mit bestimmten Menschen und damit einhergehend auch an der Konstruktion kollektiver Gruppen. Wie zuvor beschrieben wurde diese Kritik auch in den Interviews geäußert.

Aus oben Beschriebenem geht hervor, dass sich die Zuschreibung negativ konnotierter Eigenschaften auch hinderlich auf die Möglichkeit auswirkt, öffentlich Gehör zu finden und politisch zu handeln. Dies ist ein Punkt, der vor allem von Gayatri Chakravorty Spivak herausgearbeitet wurde (vgl. Kapitel 3.3.2.). Sie betonte auch, dass kollektive Gruppen, die als homogen erscheinen, oftmals sehr heterogen konstituiert sind und es daher schwierig ist gemeinsame Interessen zu verfolgen. Dies wurde auch in den Interviews deutlich, in denen dargelegt wurde, dass es auch für benachteiligte Menschen, zum Beispiel drogensüchtige Menschen, oft schwierig ist, sich gemeinsam zu engagieren, da sowohl die Lebens-, wie auch die

rechtlichen Situation stark voneinander abweichen (vgl. Kapitel 5.7.). Außerdem ist die zugeschriebene Gruppenzugehörigkeit auch oft schambehaftet, was dazu führen kann, dass versucht wird, diese zu verdecken, indem zum Beispiel möglichst nicht dem Bild eines drogensüchtigen Menschen entsprochen wird (vgl. Kapitel 5.5.). Dies kann ebenfalls die Solidarisierung mit anderen erschweren.

Im Hinblick auf politisches Handeln waren auch die Überlegungen von Judith Butler (vgl. Kapitel 3.4.) und Giorgio Agamben (vgl. Kapitel 3.5.) interessant. Für beide ist dieses nicht per se sprachlich verfasst, sondern äußert sich zum Beispiel in einer bestimmten Lebensweise der Menschen betrifft. In Bezug auf die Interviews ist aber zu sagen, dass politisches Agieren von jenen, die politische Öffentlichkeitsarbeit betreiben, an herkömmliche Formen wie Selbstorganisationen Betroffener oder institutionalisierte Interessenvertretungen gebunden war (vgl. Kapitel 5.7.). Dies kann auch der Grund sein, warum einerseits ausgesagt wurde, dass politisches Handeln von gesellschaftlich benachteiligten Menschen in den jeweiligen Bereichen nicht bekannt ist und andererseits sehr wohl Beispiele für ein solches genannt wurden, wie die Beeinspruchung von Strafen (vgl. Kapitel 5.5.) oder das Geben von Interviews (vgl. Kapitel 5.7.1.). Rechtliche Praktiken scheinen das Verhalten der betroffenen Menschen und damit auch die Gruppenzuordnung zu beeinflussen (vgl. dazu auch Foucault). Das Ziel der Beeinspruchung von Strafen war es, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Hierbei handelte es sich um ein Unternehmen, das von Sozialarbeiter_innen stark unterstützt wurde. Gefragt nach dem politischen Engagement von Klient_innen wurde angeführt, dass diese Interviews geben. Dabei wurde jedoch in erster Linie der Aspekt des Schutzes besprochen und es wurde weniger der Frage nachgegangen, wie Klient_innen dabei unterstützt werden können, ihrer eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen und nicht nur nach persönlichen Geschichten gefragt zu werden.

Zuletzt soll nun angesprochen werden, dass auch das Feedback der Klient_innen zu der politischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Namen zwiespältig aufgenommen wurde. Dieser Frage wurde einerseits nachgegangen, da die Ansicht vertreten wurde, dass die Lobby- bzw. Öffentlichkeitsarbeit für Menschen in den Interessen dieser Menschen wurzeln sollte, und andererseits auch deshalb, da die Ansicht vertreten wurde, dass die Einflussnahme auf die Gestaltung Sozialer Arbeit ebenfalls politisches Engagement darstellen kann. In Bezug auf Ersteres ist zu sagen, dass in den Interviews hervortrat, dass zu unterscheiden ist zwischen Öffentlichkeitsarbeit, die dazu dient, den Bedarf an Sozialer Arbeit zu bewerben, und solcher, mit welcher der Zweck verfolgt wurde die Situation der Klient_innen zu verbessern (vgl.

Kapitel 5.3.). Auch in letzterem Fall ist aber zu sagen, dass dem Feedback benachteiligter Menschen zwar eigens Raum gegeben wird, es aber andererseits als solches stehengelassen wird und nicht in die Kommunikation der Organisation nach außen miteinbezogen wird (vgl. Kapitel 5.6.). Es zeigt sich hier, dass zwischen Organisationen und Klient_innen der Organisationen keine Aushandlungsprozesse stattfinden. Dies kann auch als Anzeichen dafür gelesen werden, dass eigenständiges politisches Engagement in der Sozialen Arbeit nicht besonders gefördert wird.

Abschließend kann gesagt werden, dass in den Interviews immer wieder Widersprüchlichkeiten in den Aussagen der befragten Personen auftraten. Dies zeigt sich zum Beispiel an dem Wunsch, Bildern über gesellschaftlich benachteiligte Menschen entgegenzuwirken, andererseits aber auch zu diesen selbst beizutragen. Eine weitere Widersprüchlichkeit war die Aussage, dass kein politisches Engagement von gesellschaftlichen Menschen bekannt ist, und gleichzeitig wurden Arten politischen Handelns aufgezählt. Diese Widersprüche ließen sich besonders auch anhand der Erkenntnisse, die sich in der theoretischen Auseinandersetzung ergaben, erkennen, wie etwa die Problematik, über Menschen zu sprechen, die Notwendigkeit das Schweigen herauszuarbeiten und verständlich zu machen, oder mögliche alternative Formen politischen Handelns zu identifizieren. Es zeigte sich anhand der Widersprüche auch, dass es sinnvoll sein kann, Reflexionen über diese Themen in der Sozialen Arbeit anzustrengen, denn diese können möglicherweise zu oben beschriebenen Benachteiligungen führen, wie zum Beispiel dem fehlenden Einbezug politischen Engagements oder Feedbacks gesellschaftlich benachteiligter Menschen. Hier gilt es, weitere Überlegungen anzustellen und auch über konkrete Möglichkeiten nachzudenken, die Soziale Arbeit und auch die in ihrem Umfeld stattfindende Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit offener für das Mitwirken der von ihr betroffenen Menschen zu machen. Dies geht allerdings über den Rahmen dieser Arbeit hinaus und muss daher auf eine zukünftige Bearbeitung hoffen.

Schwierigkeiten, die im Zuge dieser Arbeit auftraten, waren, dass die Fragestellung verschiedene große Themenbereiche berührte, die von großem Interesse sind. Diese sind zum Beispiel das Thema der politischen Handlungsfähigkeit, das Thema der politischen Lobbyarbeit für gesellschaftlich benachteiligte Menschen bzw. jenes der Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialen Arbeit. Hierbei war es oft schwierig, sich nicht in diesen Themen zu verlieren

und sich auf die Fragestellung zu konzentrieren. Allerdings bieten sich hier auch zahlreiche Ansatzpunkte für eine vertiefte Bearbeitung dieser Themen, nachdem in dieser Arbeit diese Fragen erstmals aufgeworfen und erörtert wurden.

8. Literatur- und Quellenverzeichnis

Agamben, Giorgio (2001a): Lebens-Form. In: Ders.: Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik. Übers. aus dem Italienischen von Sabine Schulz. diaphanes, Freiburg-Berlin. Seiten 13-23. [Agamben, Giorgio (1996): Mezzi senza fine. Note sulla politica. Bollati Boringhieri, Torino.]

Agamben, Giorgio (2001b): Was ist ein Lager? In: Ders.: Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik. Übers. aus dem Italienischen von Sabine Schulz. diaphanes, Freiburg-Berlin. Seiten 43-53. [Agamben, Giorgio (1996): Mezzi senza fine. Note sulla politica. Bollati Boringhieri, Torino.]

Agamben, Giorgio (2001c): Noten zur Politik. In: Ders.: Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik. Übers. aus dem Italienischen von Sabine Schulz. 2.Auflage. diaphanes, Freiburg-Berlin. Seiten 105-112. [Agamben, Giorgio (1996): Mezzi senza fine. Note sulla politica. Bollati Boringhieri, Torino.]

Agamben, Giorgio (2002): Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Übers. aus dem Italienischen von Hubert Thüring. Suhrkamp, Frankfurt am Main. [Agamben, Giorgio (1995): Homo sacer. Il potere sovrano e la nuda vita. Giulio Einaudi, Torino.]

Agamben, Giorgio (2004): Kindheit und Geschichte. Zerstörung der Erfahrung und Ursprung der Geschichte. Übers. aus dem Italienischen von David Giuriato. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Agamben, Giorgio (1979): Infanzia e storia. Distruzione dell'esperienza e origine della storia. Giulio Einaudi, Torino.]

Agamben, Giorgio (2006): Jenseits der Menschenrechte. In: Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik. Übers. aus dem Italienischen von Sabine Schulz. Diaphane. Zürich. Seiten 21-30. [Agamben, Giorgio (1996): Mezzi senza fine. Note sulla politica. Bollati Boringhieri, Torino]

Assmann, Aleida (2006): Einführung in die Kulturwissenschaft. Grundbegriff, Themen, Fragestellungen. Erich Schmidt Verlag, Berlin.

Bakic, Josef/ Diebäcker, Marc/ Hammer, Elisabeth (2007):Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit. Online unter: <http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true> [14. 3. 2014]

Bakic, Josef (2008): Qualität und Effizienz. In: Bakic, Josef/ Diebäcker, Marc/ Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. 1.Auflage. Erhard Löcker GesmbH, Wien. Seiten 200-217.

Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (2008): Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit in Österreich. Eine fachlich-kritische Herausforderung. In: Soziale Extra 1/2 `08. Online unter: <http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true> [13. 3. 2014]

Bennington, Geoffrey (1994): Derridabase. In: Bennington, Geoffrey/Derrida, Jacques (Hrsg.):Jacques Derrida. Ein Porträt. Übers. aus dem Französischen von Stefan Lorenzer. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Bennington, Geoffrey/Derrida Jacques (1991): Jacques Derrida. Par Geoffrey Bennington et Jacques Derrida. Editions du Seuil, Paris.]

Bettinger, Frank (2008): Auftrag und Mandat. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Erhard Löcker GesmbH. 1. Auflage. Wien. Seiten 25-40.

Böckelmann, Janine (2007): Der Begriff des Lebens und die Perspektive des Ethischen. In: Böckelmann, Janine/ Meier, Frank (Hrsg.): Die gouvernementale Maschine. Zur politischen Philosophie Giorgio Agambens. 1. Auflage. UNRAST-Verlag, Münster. Seiten 131-149.

Bratic, Ljubomir (2004): Sie haben ein Problem. Soziale Arbeit als Form des Regierens. Ljubomir Bratic und Peter Pantucek. In: FH St. Pölten GmbH (Hrsg.): Der gläserne Mensch - Europäisierung. FACTS Band 2. Böhlau Verlag, Wien. Seiten 35-50. Online unter: <http://www.pantucek.com/index.php/soziale-arbeit/texte/129-sie-haben-ein-problem-soziale-arbeit-als-form-des-regierens> [10. 12. 2014]

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Übers. aus dem Englischen von Kathrina Menke. Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main. [Butler, Judith (1990): Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity. Routledge, New York - London.]

Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Übers. aus dem Englischen von Karin Würdemann. Berlin Verlag, Berlin. [Butler, Judith (1993): Bodies that matter. Routledge, New York - London.]

Butler, Judith (1998): Haß spricht. Zur Politik des Performativen. Übers. aus dem Englischen von Kathrina Menke und Markus Krist. Berlin Verlag, Berlin. [Judith Butler: Excitable Speech. A politics of the Performative, Routledge, New York - London.]

Butler, Judith (2006): Haß spricht–Zur Politik des Performativen. Übers. aus dem Englischen von Kathrina Menke und Markus Krist. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Judith Butler: Excitable Speech. A politics of the Performative, Routledge, New York - London.]

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Duden. Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 5. Aufl. Bibliographisches Institut, Mannheim. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus> [4. 7. 2014]

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2004): Horizonte der Repräsentationspolitik–Taktiken der Intervention. In: Roß, Bettina (Hrsg.): Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine anti-rassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 205-227.

Castro Varela, María do Mar/ Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie: eine kritische Einführung. 1. Auflage. Transcript Verlag, Bielefeld.

Castro Varela, María do Mar (2010): Un-Sinn: Postkoloniale Theorie und Diversity. In: Kessl, Fabian/ Plößer, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit: Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 248-263.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2012): Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik. In: Steyerl, Hito/Rodríguez, Encarnación Gutiérrez (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. 2. Auflage. UNRAST-Verlag, Münster. Seiten 270-291.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Übers. aus dem Englischen von Nikolaus Gram. 1. Auflage. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Polity. Cambridge.]

Dederich, Markus (2010): Behinderung, Norm, Differenz-Die Perspektive der Disability Studies. In: Kessl, Fabian/Plöber, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 170-187.

Deleuze, Gilles/Foucault, Michel (1977): Die Intellektuellen und die Macht. Ein Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze. In: diess.: Der Faden ist gerissen, Berlin. Seiten 86-100. [Deleuze, Gilles/Foucault, Michel (1972): Les intellectuels et le pouvoir. L'Arc, no 49: Gilles Deleuze, 2e trimestre 1972. Seiten 3-10.]

Derrida, Jacques (1972): Cogito und Geschichte des Wahnsinns. Übers. aus dem Französischen von Ulrich Köppen. In: ders.: Die Schrift und die Differenz. Suhrkamp, Frankfurt am Main. Seiten 53-101. [Derrida, Jacques (1967): Cogito et Histoire de la folie. In: ders.: L'écriture et la différence. Éditions du Seuil, Paris.]

Derrida, Jacques (1994): Akte(n): Das Gesetz der Gattung. In: Bennington, Geoffrey/Derrida, Jacques (Hrsg.): Jacques Derrida. Ein Porträt von Geoffrey Bennington und Jacques Derrida. Übers. aus dem Französischen von Stefan Lorenzer. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Bennington, Geoffrey/Derrida, Jacques (1991): Jacques Derrida. Par Geoffrey Bennington et Jacques Derrida. Editions du Seuil, Paris.]

Derrida, Jacques (1997): Of Grammatology. Übers. aus dem Französischen von Gayatri Chakravorty Spivak. Johns Hopkins University Press, Baltimore - London. [Derrida, Jacques (1967): De la grammatologie. Les Éditions de Minuit, Paris.]

Derrida, Jacques (2001): Signatur, Ereignis, Kontext. In: ders.: Limited Inc. Übers. aus dem Franz. von Werner Rappl unter Mitarbeit von Dagmar Tavern. Passagen, Wien. Seiten 15-45. [Derrida, Jacques (1972): Signature événement contexte. In: ders.: Marges de la philosophie. Minuit, Paris. Seiten 365-393.]

Derrida Jacques (2004): Die différance. In: Engelmann, Peter (Hrsg.): Jacques Derrida. Die différance. Ausgewählte Texte. Philipp Reclam jun. GmbH, Stuttgart. Seiten 110-150. [Erstmals vorgetragen am 27. Januar 1968 vor der *Société Française de philosophie* und zugleich in dem *Bulletin de la Société Française de philosophie* (Juli-September 1968) veröffentlicht, sowie in *Theorie d'ensemble* (coll. Tel Quel), Paris 1968. Übersetzt von Eva Pfaffenberger-Brückner.]

Descartes, René (1993): Meditationen über die Grundlagen der Philosophie. Übers. aus dem Lateinischen von A. Buchenau, hrsg. v. L. Gäbe. Meiner Verlag, Hamburg. Seiten 15-30. [Descartes, René (1641): Meditationes de prima philosophia, in qua Dei existentia et animae immortalitas demonstratur.]

Dhawan, Nikita (2010): Spivak - Subalternes Schweigen und Repräsentation. In: Kuch, Hannes/Herrmann, Steffen K. (Hrsg.): Philosophien sprachlicher Gewalt. 21 Grundpositionen von Platon bis Butler. Velbrück Wissenschaft, Weilerswist. Seiten 370-387.

Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith/Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun (2009a): Neoliberale Strategien und die Regulierung sozialer Organisation im lokalen Staat. Von der Ökonomisierung des Politischen zur Depolitisierung und Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit - Teil I. In: soziales_kapital. wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit. Nr. 3 (2009). Online unter: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/150/213.pdf> [13. 3. 2014]

Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith/Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun (2009b): Zeugnisse alltäglichen Leidens in sozialen Organisationen. Von der Ökonomisierung des Politischen zur Depolitisierung und Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit- Teil II. In: soziales_kapital. wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul - studienänge soziale arbeit. Nr. 4 (2009).

Online unter: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/168/243.pdf> [13. 3. 2014]

Dimmel, Nikolaus (2006): Vertriebswirtschaftlichung, Professionalisierung und sozialpolitisches (Doppel)Mandat - ein Bermuda-Dreieck der Sozialen Arbeit? Online unter: <http://www.sozialarbeit.at/archiv.php?documents=true> [13. 3. 2014]

Dimmel, Nikolaus (2009): Zur moralischen Ökonomie sozial randständiger Lebensformen. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. 1. Auflage. Studienverlag Innsbruck-Wien-Bozen, Innsbruck. Seiten 332-346.

Dreisholtkamp, Uwe (1999): Jacques Derrida. 1. Auflage. Verlag C.H. Beck, München.

Eggerth, Alexander/Keller-Ressel, Martin/Lachout, Sabine/Schmid, Rainer (2005): In: Verein Wiener Sozialprojekte (Hrsg): Daten zum Konsumverhalten von Freizeitdrogen-KonsumentInnen. Eine Sekundäranalyse der Fragebogenstudien 1998 und 2001 bis 2003. Wien. Online unter: http://www.suchthilfe.at/wp-content/uploads/ChEck-iT_Sekundaeranalyse.pdf [10. 12. 2014]

Eppenstein, Thomas (2010): Professionelles soziales Handeln in Orientierung auf kulturell Andere. In: Kessler, Fabian/Plößler, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 96-117.

Fonds Soziales Wien. Online unter: <http://www.fsw.at/> [2. 12. 2014]

Foucault, Michel (1969): Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft. 1. Auflage. Übers. aus dem Französischen von Ulrich Köppen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Foucault, Michel (1961): Histoire de la folie à l'âge classique: Folie et déraison. Plon, Paris.]

Foucault, Michel (1972): Mon corps, ce papier, ce feu. In: ders.: Histoire de la folie. Editions Gallimard, Paris. Seiten 583-603. [Foucault, Michel (1961): Histoire de la folie à l'âge classique: Folie et déraison. Plon, Paris.]

Foucault, Michel (1977): Der Wille zum Wissen. *Sexualität und Wahrheit*. 1. Auflage. Übers. aus dem Französischen von Ulrich Raulff und Walter Seitter. Suhrkamp, Frankfurt am Main. [Foucault, Michel (1976): *Histoire de la sexualité*, 1: *La volonté de savoir*. Editions Gallimard, Paris.]

Foucault, Michel (1981): Die Archäologie des Wissens. 1. Auflage. Übers. aus dem Französischen von Ulrich Köppen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. [Foucault, Michel (1969): *L'archéologie du savoir*. Editions Gallimard, Paris]

Foucault, Michel (1992): Mein Körper, Dies Papier, Dies Feuer. Übers. aus dem Französischen von Rüdiger Campe. In: *KultuRRevolution* 27/1992. Seiten 31-41. [Foucault, Michel (1972): *Mon corps, ce papier, ce feu*. In: ders.: *Histoire de la folie*. Editions Gallimard, Paris. Seiten 583-603.]

Foucault, Michel (1999a): Warum ich die Macht untersuche. Die Frage des Subjektes. In: Jan Engelmann (Hrsg.): *Michel Foucault. Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. Seiten 161-171.

Foucault, Michel (1999b): Wie wird Macht ausgeübt? In: Jan Engelmann (Hrsg.): *Michel Foucault. Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. Seiten 187-202.

Foucault, Michel (1999c): Die politische Technologie der Individuen. In: Jan Engelmann (Hrsg.): *Michel Foucault. Botschaften der Macht. Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. Seiten 202-215.

Foucault, Michel (2005): Vorlesung vom 14. Januar 1976. In: Defert, Daniel/Ewald, François (Hrsg.): *Michel Foucault. Analytik der Macht*. Unter der Mitarbeit von Jacques Lagrange. Übers. aus dem Französischen von Ansén, Rainer/Bischoff, Michael/Gondek, Hans-Dieter/Kocyba, Hermann/Schröder, Jürgen. Auswahl und Nachwort von Thomas Lemke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. Seiten 108-126.

Galuske, Michael (2002): *Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. 4. Auflage. Juventa Verlag, Weinheim - München.

Ganahl, Ines/Halbartschlager, Claudia/Hammer, Elisabeth/Harner, Roswitha/Schäfer, Peter (2013): Ein Jahr Housing First. Pilotprojekt in Wien. September 2012-September 2013. In: *neunerhaus. hilfe für obdachlose Menschen* (Hrsg.). Wien. Online unter: http://www.neunerhaus.at/fileadmin/Bibliothek/Neue_Website/Medizinische_Versorgung/Wohnen/20131010_HF_1Jahresbericht_DRUCK_final.pdf [30. 10. 2014]

Geulen, Eva (2005): *Giorgio Agamben zur Einführung*. Junius Verlag GmbH, Hamburg.

Gramsci, Antonio (2012): *Gefängnishefte in 10 Bänden. Kritische Gesamtausgabe auf der Grundlage der von Valentino Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition*. Herausgegeben vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann (Universität Leipzig) und Wolfgang Fritz Haug (Freie Universität Berlin). Übers. aus dem Italienischen von Klaus Bochmann, Ruedi Graf, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Gerhard Kuck, Joachim Meinert und Leonie Schröder. Argument Verlag, Hamburg. [Antonio Gramsci (1975): *Quaderni del carcere*. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. Verlag Einaudi, Torino.]

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 3., überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Groß, Melanie (2010): „Wir sind die Unterschicht“ - Jugendkulturelle Differenzartikulationen aus intersektionaler Perspektive. In: Kessler, Fabian/Plößer, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 34-49.

Grünmayer, Fabian (2013): Konsummuster von Benzodiazepinen bei den KlientInnen der niederschweligen Drogenarbeit in Wien. In: soziales_kapital. wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit. Nr.9 (2013). Online unter: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/262/418.pdf> [22. 3. 2014]

Halbartschlager, Claudia/Hammer, Elisabeth/Kufner, Jonathan/Reiter, Markus (2011): „Housing First“ in Wien. Internationale Diskurse, fachliche Herausforderung und Herausforderungen der Implementierung. Mit einem Vorwort von Volker Busch-Geertsema. Dem Fachbereich Betreutes Wohnen – Wiener Wohnungslosenhilfe (FSW) am 22.06.2011 vorgelegt. Online unter: http://www.neunerhaus.at/fileadmin/Bibliothek/Neue_Website/Medizinische_Versorgung/Wohnen/Housing_First_final.pdf [30. 10. 2014]

Hall, Stuart (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von „Rasse“ und Ethnizität. In: ders.: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1 (hrsg. v. Nora Rätzl). Argument Verlag, Hamburg. Seiten 56-91.

Hall, Stuart (2004): Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. In: Koivisto, Juha/Merkens, Andreas (Hrsg.). Übers. aus dem Englischen von Carls, Kristin/Engelken, Dagmar/Howald, Stefan/Nagl, Tobias/Rätzl, Nora/Rego-Diaz, Victor/Suppelt, Bettina/Weber, Thomas. Argument Verlag, Hamburg.

Hammer, Elisabeth (2006): Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Dienste der Standortsicherung. Aspekte einer grundlegenden Transformation. In: ATTAC (Hrsg.): Standortwettbewerb: Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Mandelbaum-Verlag, Wien. Seiten 76-95.

Hammer, Elisabeth (2008): Neue Unterschicht und soziale Sicherung. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. 1. Auflage. Erhard Löcker GesmbH, Wien. Seiten 137-154.

Heite, Catrin (2010): Anerkennung von Differenz in der Sozialen Arbeit. Zur professionellen Konstruktion des Anderen. In: Kessler, Fabian/ Plößer, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 187-201.

Hüffel, Karin (1994): Inhaltsanalyse. In: Arbeitskreis Qualitative Sozialforschung (Hrsg.): Verführung zum qualitativen Forschen. Eine Methodenauswahl. Redaktion: Chorherr, Otmar/Fischer, Martin/Haasbauer, Lisa/Hölzl, Erik/Hüffel, Karin/Rottensteiner, Günter/Schedenig, Vera/Schuster, Gudrun. WUV-Universitätsverlag, Wien. Seiten 135-149.

International Federation of Social Work (2012): Definition of Social Work. Online unter: <http://ifsw.org/policies/definition-of-social-work/> [4. 7. 2014]

Kämpf, Heike (2006): Judith Butler: Die störende Wiederkehr des kulturell Verdrängten. In: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur.Theorien der Gegenwart. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 246-259.

Kammler, Clemens/Parr, Rolf/Schneider, Ulrich Johannes (Hrsg.) (2008): Foucault - Handbuch: Leben - Werk – Wirkung. Unter Mitarbeit von Elke Reinhart Becker. Metzler Verlag, Stuttgart.

Kellner, Johannes (2010): Sozialarbeit zwischen Bürokratie und Managerialismus. Diplomarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Kessl, Fabian (2009): Das wahre Elend? Zur Rede von der „neuen Unterschicht“. In: Widersprüche, 25.Jg. Heft 98. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster. Seiten 20-30. Online unter: http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-21023/Das_wahre_Elend.pdf [10. 12. 2014]

Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2009): Soziale Arbeit. In: Albrecht, Günther/Groenemeyer, Axel (Hrsg.): Handbuch Soziale Probleme. 1. Auflage. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten o. N. .

Kessl, Fabian/Plößer, Melanie (2010): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen – eine Einleitung. In: dies. (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 7-17.

Kimmerle, Heinz (2008): Jacques Derrida zur Einführung. Junius Verlag GmbH, Hamburg.

Kreisky, Eva (2012): „Durch die Eiswüste der Abstraktion?“ Begriffs- und Theoriearbeit in der Politikforschung. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Facultas. WUV, Wien. Seiten 21-33.

Kusche, Christoph/Hermann, Peter (1997): Sozialarbeit - Eine Disziplin im Schnittpunkt von Politik und professioneller Hilfeleistung? In: Hermann, Peter/Kusche, Christoph (Hrsg.): Sozialarbeit in der EU. Wege zur Entwicklung eines Professionsbewusstseins. Schäuble Verlag, Rheinfelden. Seiten 109-137.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4., vollständig überarbeitete Auflage. Beltz Verlag, Weinheim - Basel.

Lemke, Thomas (Hrsg.) (2005): Michel Foucault: Analytik der Macht. Textauswahl und Nachwort von Thomas Lemke. 1. Auflage. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Lemke, Thomas (o. J.): Gouvernamentalität. Online unter: http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Gouvernamentalit%E4t%20_Kleiner-Sammelband_.pdf [17. 12. 2014]

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. Seiten 7-41.

Lenz, Gaby (2012): Im Sog der Ökonomisierungswelle - strukturelle Rahmenbedingungen zur Produktion von Professionalität in der Sozialen Arbeit. In: Becker-Lenz, Roland/Busse, Stefan/Ehlert, Gudrun/Müller-Herman, Silke (Hrsg.): Professionalität Sozialer Arbeit und Hochschule. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 303-316.

Lutter, Christina/Reisenleitner, Markus (2008): Cultural Studies. Eine Einführung. 6. verbesserte und erweiterte Auflage. Erhard Löcker GesmbH, Wien.

Lorey, Isabell (1996): Immer Ärger mit dem Subjekt. Theoretische und politische Konsequenzen eines juridischen Machtmodells: Judith Butler. Edition diskord, Tübingen.

Lüdemann, Susanne (2008): Vom Unterscheiden. Zur Kritik der politischen Urteilskraft bei Hannah Arendt und Giorgio Agamben. In: Geulen, Eva/Kauffmann, Kai/Mein, Georg (Hrsg.): Hannah Arendt und Giorgio Agamben. Parallelen, Perspektiven, Kontroversen. Wilhelm Fink Verlag, München. Seiten 27-41.

Machart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 5. Auflage. Beltz Verlag, Weinheim - Basel.

Mayring, Philipp (1995): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe/von Kardoff, Ernst/Keupp, Heiner/von Rosenstiel, Lutz/Wolff, Stephan (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 2. Auflage. Beltz, Psychologie-Verlag-Union, Weinheim - Basel. Seiten 209-213.

Mecheril, Paul/Melter, Claus (2010): Differenz und Soziale Arbeit. Historische Schlaglichter und systematische Zusammenhänge. In: Kessler, Fabian/Plößer, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 117-135.

Moebius, Stephan (2003): Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida. Campus Verlag, Frankfurt - New York.

Moebius, Stephan (2009): Kultur. transcript Verlag, Bielefeld.

Moebius, Stephan/Wetzel, Dietmar J. (2005): absolute. Jacques Derrida. orange-press, Freiburg.

Moser, Michaela/Schenk, Martin (2009): Armutsbetroffene als Akteure - Partizipation und Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. 1. Auflage. Studienverlag Innsbruck - Wien - Bozen, Innsbruck. Seiten 410-420.

Nandi, Miriam (2006): Gayatri Chakravorty Spivak: Übersetzungen aus Anderen Welten. In: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur.Theorien der Gegenwart. 1.Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 129-140.

Pantucek, Peter (2004): Sie haben ein Problem. Soziale Arbeit als Form des Regierens. Ljubomir Bratic und Peter Pantucek. In: FH St.Pölten GmbH (Hrsg.): Der gläserne Mensch - Europäisierung. FACTS Band 2. Böhlau Verlag, Wien. Seiten 35-50. Online unter: <http://www.pantucek.com/index.php/soziale-arbeit/texte/129-sie-haben-ein-problem-soziale-arbeit-als-form-des-regierens> [10. 12. 2014]

Pieper, Marianne (2006): Diskursanalyse - Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitische Deutungsanalyse. Ein Kommentar zu den Beiträgen von Susanne Krasmann und Julia Lepperhoff. In: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 269-289.

Pratt, Mary Louise (1994): Edward Said's Culture and Imperialism: A Symposium. In: Duke University Press (Hrsg.): Social Text, No. 40 (Autumn, 1994). Seiten 1-24. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/466793> [28. 4. 2014]

Putre, Margit (2006): Obdachlosigkeit bei KonsumentInnen illegaler Drogen. Eine Analyse der Lebenswelt und der Hilfsressourcen von obdachlosen DrogenkonsumentInnen in Wien. Diplomarbeit eingereicht zur Erlangung des Grades Magistra (FH) der Sozialwissenschaften an der Fachhochschule St. Pölten im Mai 2006. Online unter: <http://www.suchthilfe.at/wp-content/uploads/Obdachlosigkeit-bei-KonsumentInnen-illegaler-Drogen.pdf> [10. 12. 2014]

Raithel, Jürgen (2008): Quantitative Forschung. Ein Praxiskurs. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Reese-Schäfer, Walter (2000): Ein radikaler Neuanatz im feministischen Denken: Judith Butler. In: ders.: Politische Theorie heute. Neuere Tendenzen und Entwicklungen. R. Oldenburg Verlag, München - Wien. Seiten 285-299.

Reitz, Tilman (2007): Der Ausnahmezustand, in dem wir leben. Politische Ordnung und entgrenzte Verfügungsgewalt. In: Böckelmann, Janine/Meier, Frank (Hrsg.): Die gouvernementale Maschine. Zur politischen Philosophie Giorgio Agambens. 1. Auflage. UNRAST-Verlag, Münster. Seiten 45-58.

Said, Edward (1978): Orientalism. Pantheon Books, New York.

Said, Edward (1989): Representing the Colonized: Anthropology's Interlocutors. In: The University of Chicago Press (Hrsg.): Critical Inquiry, Vol. 15, No. 2 (Winter, 1989), pp. 205-225. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/1343582> [28. 4. 2014]

Said, Edward (1993): Culture and Imperialism. Knopf, New York.

Salustowicz, Peter (2006): Soziale Arbeit und Empowerment - einige kritische Bemerkungen zur Suche nach einer politischen Sozialen Arbeit. In: Böllert, Karin/Hansbauer, Peter/Hasenjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 187-197.

Scheu, Bringfriede (2011): Grundorientierungen der Sozialen Arbeit. In: Spitzer, Helmut/Höllmüller, Hubert/Hönig Barbara (Hrsg.): Sozillandschaften. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 79- 89.

Scheu, Bringfriede/Autrata, Otger (2013): Partizipation und Soziale Arbeit. Einflussnahme auf das subjektive Ganze. Springer Fachmedien, Wiesbaden.

Schirmer, Dominique (2009): Empirische Methoden der Sozialforschung. Grundlagen und Techniken. Mit Beiträgen von Baldo Blinkert und Sylvia Buchen. Unter Mitarbeit von Peter Brüstle. Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn.

Schmitt, Carl (1934): Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. Duncker & Humblot, Berlin.

Schmitt, Carl (1963): Der Begriff des Politischen, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Duncker & Humblot, Berlin.

Schuhmeyer, Larissa/Walzl, Nicole (2010): Soziale Arbeit im Spiegel der Ökonomisierung. Herausforderungen und Entwicklungspotenziale in der Jugendwohlfahrt. Seiten 1- 9. Online unter:
<http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/182/271.pdf> [12. 3. 2014]

Schütte-Bäumner, Christian (2010): Queer Professionals als Reflexionskategorie für die Soziale Arbeit. In: Kessl, Fabian/Plößer, Melanie (Hrsg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 77-96.

Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit. 2., durchgesehene und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Spitzer, Helmut (2011): Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen Sozialer Arbeit in Österreich. In: Spitzer, Helmut/Höllmüller, Hubert/Hönig, Barbara (Hrsg.): Sozillandschaften. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 55-68.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2011): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Mit einer Einleitung von Hito Steyerl. Übers. aus dem Englischen von Joskowicz, Alexander/Nowotny, Stefan. In: Buden, Boris/Kastner, Jens/Marchart, Oliver/Nowotny, Stefan/Raunig, Gerald/Steyerl, Hito/Vavra, Ingo (Hrsg.): ES KOMMT DRAUF AN. Texte zur Theorie der politischen Praxis. Band 6. Verlag Turia + Kant, Wien. [Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the Subaltern Speak? In: Grossberg, Lawrence/Nelson, Cary (Hrsg.): Marxism and the Interpretation of Culture. University of Illinois Press, Urbana - Chicago. Seiten 271-313]

Spöhring, Walter (1995): Qualitative Sozialforschung. 2. Auflage. B.G. Teubner, Stuttgart.

Stark, Christian (2006): Klient oder Kunde? Kritische Überlegungen zum Kundenbegriff in der Sozialen Arbeit. Online unter:
http://www.sozialearbeit.at/data/documents/schoeppel_kundinnenorientierung.pdf [13. 3. 2014]

Staub-Bernasconi, Silvia (2005): Deprofessionalisierung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit – gegenläufige Antworten auf die Finanzkrise des Sozialstaates oder Das Selbstabstufungsprogramm der Sozialen Arbeit . Online unter: <http://static.twoday.net/rauch/files/professionalisierung.pdf> [13. 3. 2014]

Steinert, Erika/Thiele, Gisela (2000): Sozialarbeitsforschung für Studium und Praxis. Einführung in die qualitativen und quantitativen Methoden. Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, Köln.

Stelzer-Orthofer, Christine (2008): Aktivierung und soziale Kontrolle. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. 1. Auflage. Erhard Löcker GesmbH, Wien. Seiten 11-25.

Steyerl, Hito/Rodríguez, Encación Gutiérrez (2012): Einleitung. In: Steyerl, Hito/Rodríguez, Encación Gutiérrez (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. 2. Auflage. UNRAST-Verlag, Münster. Seiten 7-17.

Tálos, Emmerich (2005): Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005. Studienverlag, Innsbruck – Wien – Bozen, Innsbruck.

Thole, Werner (2012): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 4. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 19-70.

Thomas, Tom (2012): Edward Said and the Margins. Text Matters - A Journal of Literature, Theory and Culture. Band 2, Heft 2. Seiten 155-168.

Thuswald, Marion (2013): Armut und Kultur. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Band 2. Erhard Löcker GesmbH, Wien. Seiten 11-29.

Ujma, Christina (o.J.): Kosmopolit, Gelehrter und Aktivist. Zum Tod von Edward Said. Online unter: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=6452&ausgabe=200310 [28. 4. 2014]

Verband Wiener Wohnungslosenhilfe (Hrsg.) (2013): OBDACH.FERTIG.LOS. Wien. Online unter: http://www.neunerhaus.at/fileadmin/Bibliothek/Neue_Website/Publikationen/20131022_Verbandsjahresbericht_WWH.pdf [30. 9. 2014]

Villa, Paula-Irene (2003): Judith Butler. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Villa, Paula-Irene (2010): Butler - Subjektivierung und sprachliche Gewalt. In: Kuch, Hannes/Hermann, Stefan K. (Hrsg.): Philosophien sprachlicher Gewalt. 21 Grundpositionen von Platon bis Butler. Velbrück Wissenschaft, Weilerswist. Seiten 408-428.

Williams, Patrick (2004): Edward Said (1935-2003). In: Theory, Culture & Society 2004 Vol. 21(1). SAGE, London - Thousand Oaks - New Delhi. Seiten 169-171. Online unter: <http://tcs.sagepub.com/content/21/1/169.citation> [28. 4. 2014]

Wetters, Kirk (2006): The Rule of the Norm and the Political Theology of „real Life“ in Carl Schmitt and Giorgio Agamben. In: diacritics 36.1. . Seiten 31-46. Online unter: <https://muse.jhu.edu/journals/diacritics/v036/36.1wetters.html> [10. 12. 2014]

Winkler-Hermaden, Rosa (2010): Kein Spritzentausch mehr für Suchtkranke am Karlsplatz. derStandard.at am 16.4.2010. online unter: <http://derstandard.at/1269449785511/Kein-Spritzentausch-mehr-fuer-Suchtkranke-am-Karlsplatz> [19. 11. 2014]

Winter, Rainer (2006): Stuart Hall: Die Erfindung der Cultural Studies. In: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur.Theorien der Gegenwart. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Seiten 381-394.

Onlinequellen:

Fußnote 1: <http://wiev1.orf.at/stories/458923> [19. 11. 2014]

Fußnote 2: <http://www.fsw.at/> [2. 12. 2014]

Fußnote 5: <https://bettellobbywien.wordpress.com/2009/02/05/protestaktion-gegen-verhetzende-durchsagen-der-wiener-linien/>, [11. 9. 2014]

Fußnote 6: <http://www.bettellobby.at/tag/verfassungsklage/> [11. 9. 2014]

Fußnote 7:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_09879370_11G00118_00 [11. 9. 2014]

Fußnote 8: <http://wien.orf.at/news/stories/2551005/> [11. 9. 2014]

Fußnote 9: <https://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/html/i4550000.htm> [11. 9. 2014]

9. Abstract (deutsch)

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist der Umstand, dass in der Sozialen Arbeit für Klient_innen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Einerseits können dem Sprechen über gesellschaftlich benachteiligte Menschen vorherrschende Ansichten über diese zugrunde liegen, die sich negativ auf ihr politisches Engagement auswirken. Andererseits kann es auch dazu beitragen, dass homogene Gruppen konstruiert und diesen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Auch dies kann es für Klient_innen erschweren, für sich selbst zu sprechen.

Diese Arbeit beschäftigt sich daher mit der Frage, ob sich das Sprechen über gesellschaftlich benachteiligte Menschen erschwerend auf die Möglichkeiten politischen Engagements dieser auswirken kann. Die Beantwortung erfolgte einerseits mittels theoretischer Literatur, andererseits wurden Interviews mit Personen geführt, die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für gesellschaftlich benachteiligte Menschen machen.

Anhand der Literatur zeigte sich, dass die Zuschreibung von Eigenschaften zu als homogen konstruierten Gruppen oft damit zusammenhängt, wie über Menschen geredet beziehungsweise Wissen über diese produziert wird, was auch in der Sozialen Arbeit stattfindet. Von den befragten Personen wurde einerseits ein Bedarf wahrgenommen, Bildern über Klient_innen entgegenzuwirken, da sie sich benachteiligend auswirken können, andererseits wurde aber ebenso ein Beitrag zu solchen geleistet. In Bezug auf politische Handlungsfähigkeit kann Folgendes festgestellt werden: In den theoretischen Betrachtungen wurden mehr Formen des Handelns als politisch identifiziert als später in den Interviews. Diese allesamt nicht sprachlichen Formen wurden von den Interviewpartner_innen nicht wahrgenommen und daher auch nicht unterstützt.

Die Bedeutung dieser Arbeit kann dann gerade darin gesehen werden, diese Widersprüche aufzudecken und so einen Beitrag zu einer Praxis Sozialer Arbeit zu leisten, die die Selbstständigkeit ihrer Klient_innen unterstützt und auch eine passende Form des Sprechens über Klient_innen findet.

10. Abstract (englisch)

The basis of this thesis is a theoretical discussion of how lobbying and information campaigns may affect clients in social work. These campaigns can convey certain views about socially disadvantaged people, which may negatively affect their political involvement. Furthermore, talking about people may contribute to the ascription of certain characteristics to them and to the construction of homogenous groups. This can make it difficult for these people to talk for themselves.

This work thus engages in the question, whether the public discussion of people associated with social work may impair their capacity to act political. To answer this question, theoretical literature as well as interviews were used.

An important insight of the theoretical discussion was that the construction of homogenous groups is often a result of talking about those people and of scientific research about them. The interviews showed that on the one hand it was an aim to deconstruct negative views about socially disadvantaged people, but on the other hand people also helped to form one-sided opinions about people themselves. Concerning the ability for political action, the theoretical approach made it possible to identify more forms of political action of disadvantaged people than have been mentioned in the interviews.

This work exposes some of these contradictions and it contributes to the establishment of a practice of social work which encourages the independence of its clients.

11. Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Formanek, Katrin

Nachname, Vorname (in Blockschrift)

12. Lebenslauf

Kontakt: katrin.formanek@inode.at

Studium

ab 10/2011

Universität Wien:

Masterstudium Politikwissenschaft

Bachelorstudium Philosophie

4/2011 – 07/2011

Humboldt Universität Berlin:

Bachelorstudium Philosophie

Bachelorstudium Sozialwissenschaften

10/2010 – 12/2010

Sprachstudium in St. Petersburg, Russland

09/2007- 06/2010

Fachhochschule Campus Wien:

Bachelorstudium Soziale Arbeit

Abschluss 06/2010: Bachelor of Arts in Social Sciences

10/2006 – 06/2007

Universität Wien:

Magisterstudium Psychologie

Magisterstudium Pädagogik

Schulbildung

09/1997 – 06/2006

Neusprachliches Gymnasium, 1140 Wien